

Said Musa Samimy

Afghanistan

Gefangener seiner eigenen Widersprüche?

Institut für Afghanistanforschung e.V.

Institute for Afghanistan Research

د افغانستان د خير نوي ټولنه
موسسه پژوېشي مسائلي افغانستان

IAF-Dokumentation: DOK 6

Said Musa Samimy

Afghanistan

Gefangener seiner eigenen Widersprüche ?

Institut für Afghanistanforschung e.V.

Institute for Afghanistan Research

د افغانستان د خير نني ټولنه

موسسه پژوېشي مسائل افغانستان

IAF-Dokumentation: DOK 6

Gewidmet meinem Onkel und Förderer,

Said Nasruddin Shah Samimy

Copyright 1993 by Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH
Breite Str. 47, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/63 23 06 Fax 0228/63 49 68
Alle Rechte vorbehalten

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Samimy, Said M.:
Afghanistan - Gefangener seiner eigenen Widersprüche ?
/ Said Musa Samimy. - Bonn: Pahl-Rugenstein, 1993
(IAF-Dokumentation ; DOK 6)
ISBN 3-89144-176-2
NE: Institut für Afghanistanforschungen: IAF-Dokumentation

Vorwort	7
Afghanistan - Determinanten seiner historischen Formation	8
Dimensionen des afghanischen Widerstands	31
Sowjetische Strategie der ökonomischen Einbindung Afghanistans - Konzeption, Durchführung und Konsequenzen	61
Afghanische Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland Empirische Untersuchung zu Fluchtmotiven und Engagement	77
Afghanistan - Positionen der deutschen Linken Eine kritische Auseinandersetzung	87
Die Genfer Afghanistan-Vereinbarungen Hintergründe, Verlauf und Perspektiven	119
Währungspolitische Vorstellungen im Wiederaufbauprozess Afghanistans- Zielsetzung, Konzeption und Hemmnisse	160
Grundbedürfnisorientierte Entwicklungsstrategie für den sozio-ökonomischen Wiederaufbau Afghanistans	168
Afghanistan-Konflikt Entwicklung und Perspektiven eines chronischen Bürgerkrieges	178
Über den Autor	225

Vorwort

Am 27. April 1978 putschte sich die "Demokratische Volkspartei Afghanistan" (DVPA) an die Macht. Auf den Tag genau 14 Jahre nach dieser sogenannten "April-Revolution" brach die Partei der moskauhörigen Kommunisten, die später in "Watan" (Heimat) umgetauft wurde, zusammen. Die Siegesparade der afghanischen Mudjahedin, ein Triumph nach dem langen und erbittert geführten Widerstand, wurde jedoch von sinnlosen Straßenkämpfen zwischen verschiedenen Mudjahedin-Gruppen um die politische Vorherrschaft in Kabul überschattet.

Aus vielfach verschlungenen und oftmals sehr vordergründigen macht- und einflußbedingten Faktoren und Rivalitäten ergibt sich die äußerst fragile Gegenwartslage Afghanistans. Sie wird für die Außenwelt in Berichten über immer aufs neue aufflammende Gefechte einander befehlender Widerstandsgruppen sichtbar, ebenso aber auch in rasch wiederkehrenden Meldungen über Waffenstillstands- und Friedensabmachungen zwischen ihnen.

Die jetzt vorhandenen Parteienlandschaft ist hauptsächlich ein Produkt der Vielfalt von Zugehörigkeiten zu verschiedenen Ethnien, Sprachen und Religionsgemeinschaften. Dabei hat fast jeder Volksstamm im Laufe des Krieges durch das Einwirken religiöser und sprachlicher Faktoren eigene politische Organisationen hervorgebracht. Zugleich sind durch den Krieg viele der althergebrachten sozialen Bindungen zerrissen worden. Anstelle traditioneller Einflußbereiche entstanden vor allem im ländlichen Raum neue Lokalgruppen mit eigenem politischen Bewußtsein. Sie sehen sich nun gefordert, mit den in ihrer Sicht historisch überholten Kräften ein neues gesamtgesellschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Wenn die jetzigen überregional auftretenden Führer der Widerstandsorganisationen nicht bereit sind, diesen Wandel und den daraus abgeleiteten Anspruch zu berücksichtigen, dürften sie selbst bald für historisch überholt erklärt werden.

Das neue Afghanistan ist noch nicht Realität. Zahllose Elemente und Faktoren wirken über Kreuz und gegeneinander auf die unmittelbar bevorstehende Entwicklung ein. Die beschworene Staatseinheit findet starke Gegengewichte in der traditionellen Heterogenität der afghanischen Gesellschaft und in dem während des Krieges gestärkten neuen Regionalismus, mit einem gewachsenen Selbstbewußtsein, einzelner Ethnien, Sprachgemeinschaften und

Stammesverbände. Die bisher hervorgestretenen politischen Kräfte sind unsicher und uneins, wie die Zukunft Afghanistans konkret gestaltet werden soll. Äußere Mächte wollen ihre eigenen Interessen durchsetzen und sichern. Bei alledem geht es nicht zuletzt um die Frage, welcher Islam das islamische Afghanistan prägen soll. Der große Klärungsprozeß wird Zeit brauchen.

Der Verfasser hat sich im Laufe der letzten Jahre mit der Situation und der Entwicklung in Afghanistan beschäftigt und eine Reihe kritischer Aufsätze und Beiträge geschrieben. Das vorliegende Buch, das eine Auswahl dieser Schriften darstellt, liefert Hintergrundinformationen über verschiedene Aspekte des damaligen Widerstandes der Afghanen zunächst gegen die Invasionstruppen der ehemaligen Sowjetunion und anschließend gegen die "DVAP". Damit wird die skizzierte Heterogenität als Haupthindernis für die Konsolidierung unter den jetzt staatsbestimmenden Kräften beleuchtet.

Der Verfasser bedankt sich beim Institut der Afghanistanforschung für die Veröffentlichung dieses Buches und ebenso ist er Herrn Dr. Ghulam Nabi Osmani, dem Mitglied des Vorstandes des Instituts für die Übernahme der Korrekturarbeit und Unterbreitung diverser Vorschläge im Hinblick auf die Gestaltung des Buches dankbar.

Juli 1992

Afghanistan

Determinanten seiner historischen Formation *

0. Formulierung des Ansatzes

In dem hier vorliegenden Beitrag soll versucht werden, die naturgeographischen und gesellschaftspolitischen Determinanten herauszuarbeiten, die für den Ablauf der historischen Entwicklung des afghanischen Raumes (1) von großer Relevanz gewesen sind.

Die inhaltliche Konzeption des Beitrages beruht auf dem Versuch, sich unter Heranziehung der Modalitäten der "hydraulischen Gesellschaftsformation" und der Bezugnahme auf Ansätze der "peripheren Handelsformation" mit der Auffassung der "unilinearen Evolutionsmodelle" auseinanderzusetzen, und zwar an dem konkreten Fall des afghanischen Raumes.

Die Herausarbeitung relevanter Determinanten der Gesellschaftsformationen des afghanischen Raumes trägt zum einen zum besseren Verständnis der Entstehung der afghanischen Zentralinstanzen bzw. der imperialen Reiche auf afghanischem Boden bei, zum anderen macht sie die Hintergründe des Zerfalls derselben evident.

Bekanntlich stellen die Apologeten des unilinearen Ansatzes der historischen Formation den "Geschichtsprozeß als eine gradlinige, unwiderstehliche und unvermeidliche, fortschrittliche Entwicklung" dar.(2).

Offensichtlich wird dabei - trotz der in verschiedenen Kulturkreisen von Ethnologen und Sozialhistorikern durchgeführten und sehr aufschlußreichen Untersuchungen - schlechthin ignoriert, daß die Sozialgeschichte ein "äußerst vielfältiger Prozeß ist, der Stagnation und Entwicklung, laterale (diversive) Änderung, Rückschritt und Fortschritt einschließt"(3) und deshalb in ihrer Multidimensionalität nicht ohne konkrete Zeit- und Raumkomponenten erfaßt werden kann. Zum Verständnis dieser Vielfalt scheint die historische Gesellschaftsentwicklung des afghanischen Raumes sehr hilfreich zu sein.

Aufgrund seiner geopolitischen Lage - als Highway of Conquest - ist der afghanische Raum im Laufe der Jahrtausende ständig einer Reihe von äußeren Einflußfaktoren (externe Determinanten) ausgesetzt gewesen. Sie haben einerseits in der Struktur und der Kultur der afghanischen Völkerschaften deutlich ablesbare Spuren hinterlassen und andererseits im Zusammenwirken

mit den im Lande vorherrschenden ökologischen Bedingungen und gesellschaftspolitischen Verhältnissen (interne Determinanten) die historische Formation des afghanischen Raumes mitbestimmt.

Im Folgenden werden zunächst interne Determinanten im einzelnen skizziert. Im Anschluß daran wird der Stellenwert der externen Determinanten in ihrer historischen Dimension herausgearbeitet. Infolge dieser kritischen Beleuchtung wird der historische Ablauf innerhalb des afghanischen Raumes in seinen polit-ökonomischen und sozial-kulturellen Dimensionen evident.

1. Interne Determinanten

Hiermit werden die Einflußfaktoren bezeichnet, die zum einen aus den naturgeographischen Bedingungen und zum anderen aus den vorherrschenden gesellschaftspolitischen Verhältnissen des afghanischen Raumes resultieren.

1.1. Naturgeographische Bedingungen

Die am Hindukusch vorherrschenden Naturbedingungen bieten den dort seit Jahrtausenden beheimateten oder in der Folgezeit hinzukommenden Völkern bestimmte Voraussetzungen für ihre Existenz und Reproduktion.

1.1.1. Topographische Gegebenheiten

Der afghanische Raum bietet eine Fülle unterschiedlicher und sehr krass differierender topographischer Strukturen. Trotz allem ist der dominante topographische Faktor das Gebirge; im Hindukusch und Pamir verbinden sich die Berge des Himalaya mit denen des Tieschan (4). Die von Nordosten nach Südwesten abfallenden Berge des Pamir Hindukusch und Kohebaba gliedern den afghanischen Raum in viele Teilgebiete, im Zusammenwirken mit dem u.a. ariden Klima haben sie seit Jahrtausenden sowohl die Größe der Anbaufläche bzw. des Weideslands, als auch die Art der Vegetation bestimmt. Darüberhinaus haben sie auch noch die Entstehung spezifischer Siedlungs- und Lebensformen bewirkt.

Das als "Rückgrat des Landes" bekannte Hindukusch-Gebirge verläuft vom Junai-Tal im Pamir Richtung Südwesten bis zum Bamian-Tal und erstreckt sich über etwa 600 Kilometer. Während es im Norden, in Katschan, etwa 6900 m hoch ist, flacht es im Südwesten ab und hat in Aq Rabat nur noch eine Höhe von 3600 m über dem Meeresspiegel. Damit beträgt seine durchschnittliche Höhe etwa 4500 bis 5000 m. Von Banian aus setzt es sich nach Südwesten

zunächst im Kohe-Baba (ca. 200 Kilometer lang und bis zu 4000 m hoch) und dann im Firoz-Koh (etwa 100 Kilometer lang und bis zu 3160 m hoch) fort.

Im Osten des Landes zweigt der Spin-Ghar (Weißer Berg) vom Hindukusch ab (er ist 150 Kilometer lang und seine höchste Spitze erreicht 5000 m), der zusammen mit dem Solaiman-Gebirge das zerklüftete Bild des östlichen Landesteils bestimmt(5).

Diese Berge, die in ihrem Inneren reich an verschiedenen Mineralien sind, bieten ab einer gewissen Höhe und bis zur Obergrenze von 3500 m die Möglichkeit zum Anbau und zur Weidewirtschaft. Darüber hinaus speisen sie, aufgrund der Tatsache, daß ein Teil von ihnen das ganze Jahr über schneebedeckt ist, die zahlreichen Flüsse, die ihrerseits für die Wasserversorgung und somit auch für die Landwirtschaft des Landes unentbehrlich sind.

1.1.2. Das Wasserreservoir und dessen Verwendung

Bedingt durch den im Jahresdurchschnitt sehr niedrigen Niederschlag ist die Landwirtschaft im afghanischen Raum zu etwa 90% von künstlicher Bewässerung abhängig (6). Hinzu kommt noch, daß in den Dörfern und Oasen die Größe der Anbaufläche von dem Volumen des unterirdischen Wasserreservoirs mitbestimmt wird.

Im Rahmen der künstlichen Bewässerung sind die Flüsse und die von ihnen abzweigenden kleinen Kanäle (Jui oder Walah) von großer Bedeutung.

Die Funktionstüchtigkeit des afghanischen Bewässerungssystems beschränkt eine Reihe technischer und gesellschaftspolitischer Komplikationen, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Im Norden des Landes fließt der historisch bekannte Amudarya, der etwa 1200 Kilometer lang ist. Die Flüsse Sorkhab, Koktschah, Zarafschan und Kunduz münden alle in den Amudarya. Von den achtzehn Kanälen, die vor 1000 Jahren von arabischen Schriftstellern in ihren Werken erwähnt werden, sind südlich des Amudarya nur noch zwölf erhalten geblieben(7).

Im Westen des Landes fließen zwei bedeutende Flüsse, der Morghab und der Harirud. Sie bewässern das Morghab- und das Herat-Becken. Der Morghab kann aufgrund seines steilen Laufes und seines tiefen Flußbettes erst weit entfernt von seiner Quelle, die sich bei Firozkoh in Tschaghtscharan befindet, für die Bewässerung genutzt werden. Dagegen nimmt der Harirud, kurz nachdem er die Enge von Obey passiert und das Wasser von Jangal und Sarjantal aufgenommen hat, einen ruhigen Lauf an.

Im Süden des Landes sind der Helmand und der Arghandab zu nennen, die die Umgebung von Helmad und die Oase von Kandahar bewässern. Der Helmand-Fluß wird in der Nähe von Bamian von Kohe-Baba gespeist und fließt nach etwa 1000 Kilometern in den Hamoon in der Region Sistan. Auf der ersten Hälfte seines Laufes beträgt der Höhenunterschied des Helmand-Flusses drei Kilometer. Daraus kann man ableiten, wie reißend dieser Strom ist. Wie Ägypten vom Nil, so ist Sistan vom Helmand abhängig. Es ist sogar behauptet worden, daß man mit Hilfe des Helmand Sistan in ein zweites "Mesopotamien" verwandeln könnte (8). Dem Helmand kommt insofern eine historisch besondere Bedeutung zu, als er sogar im 7. Jahrhundert durch ein Kanalsystem die Flüsse von Roode-Taam, Nahre-Baschtrood und Sanaarood und den Kasak-Staudamm miteinander verband und ihr Wasser der Zarandj-Oase zuführte, für die er damit von existentieller Bedeutung war (9). In gleicher Weise ist heutzutage das Helmand-Tal vom Segen des Helmand-Flusses bzw. von den von ihm abgezweigten Nebenflüssen (Boghra, Nahre-Saradj, Nahre-Schamalan und Darweschan) abhängig.

Südlich von Laschkergh, in der Nähe von Qalae-Bost, mündet der von Südosten kommende Arghandab-Fluß in den Helmand. Zusammen mit seinen Nebenflüssen Tarnak und Arghasan ist der Arghandab-Fluß für die Landwirtschaft der Oase von Kandahar von immenser Wichtigkeit. Ohne ihn wären die Obstgärten von Wadi-Arghandab, nördlich von der Stadt Kandahar, und die Weingärten von Khoschk-Aba, im Süden der Stadt Kandahar, kaum vorstellbar.

Im Osten des Landes ist der Kabul-Darja der bedeutendste Fluß Afghanistans. Er wird von den Bergen in der Nähe von Onai-Kotal gespeist und mündet in der Nähe des Atak-Flusses in den Sind. So wie beim Helmand, ist auch beim Kabul-Darja der Niveauunterschied zwischen Quellen und Mündung sehr groß. Er beträgt zwischen Onai-Kotal und dem Atak-Fluß, die etwa 460 Kilometer voneinander entfernt liegen, 3200 m.

Der Kabul-Darja hat mehrere Nebenflüsse: Bei Tange Gharo mündet zunächst der Pandjscheer-Darja in ihn und dann in der Nähe der Ortschaft Schahmangi die Flüsse von Alischang und Aligar. Der Kabul-Darja ist der einzige Fluß des Landes, der - nach Durchquerung des Sind-Flusses - in den Ozean mündet.

Wegen ihres großen Gefälles sind afghanische Flüsse kaum für den Transport von Menschen und Gütern geeignet. Sie stellen jedoch der Landwirtschaft den in Afghanistan so knappen Rohstoff Wasser zur Verfügung.

Neben dem Jui-System, das auf den von den Flüssen abgezweigten Kanälen beruht, spielt das vom Grundwasser gespeiste, unterirdisch angelegte Karez-System für die Versorgung des afghanischen Raumes eine große Rolle. Die Einrichtung und Aufrechterhaltung dieser Bewässerungsanlagen erfordert großes Geschick und viel Arbeitsaufwand. Denn es bedarf exakter mathematisch-physikalischer Berechnungen, um das Grundwasser durch ein Kanalsystem an die Oberfläche zu führen und damit für die Landwirtschaft verfügbar zu machen.

Die Kareze sind heutzutage vorwiegend im Westen und Südwesten, in geringem Umfang auch im Osten des Landes anzutreffen. Bereits 500 Jahre vor Christus ist im afghanischen Raum von Karezen die Rede gewesen (10). Vor 1000 Jahren hat der afghanische Historiker Gardizi darauf hingewiesen, daß die Araber nach der Eroberung von Sistan im Hinblick auf die Abgabe der durch die Kareze bewässerten Ländereien mit einem Dilemma konfrontiert wurden (11). Erst nach eingehenden Überlegungen konnten die islamischen Gelehrten die Modalitäten des Abgabesystems für diese Ländereien festlegen. (12).

Neben den Bewässerungssystemen von Jui und Karez gibt es im afghanischen Raum auch noch größere oder kleinere Brunnen, die man Arhad und Zah (in Paschtu) bzw. Tschah (in Dari) nennt und deren Wasser mit Eimerketten an die Oberfläche befördert wird. Sie sind allerdings von lokaler Bedeutung.

Von rund zwei Drittel des bewässerten Ackerlandes Afghanistans werden etwa 62% durch Flüsse, 22% durch Kareze und der Rest von 16% durch Quellen und Brunnen bewässert (13).

1.2. Sozialpolitische Komponenten des Bewässerungssystems

Da die Bewässerung einen großen Arbeitsaufwand erfordert, kann sie nur gemeinschaftlich organisiert und durchgeführt werden. Die gering verfügbare Wassermenge wird nach einem überlieferten Rechts- und Gewohnheitssystem verteilt, das allerdings häufig umstritten ist und daher stets für soziale Spannungen Stoff liefert. Die Wasserverteilung regulieren Khane

(Stammeshäuptlinge) zusammen mit dem Malek (dem Dorfbürgermeister) und Miraw (dem Wasseraufseher).

Der soziale Status des Miraw ist im allgemeinen sehr hoch und hängt im einzelnen von den dörflichen Gegebenheiten und der vorhandenen Wassermenge ab. Der Miraw fungiert, neben dem Malek, als Vermittler zwischen den Inhabern des Wasserrechts auf dörflicher Ebene und der übergeordneten regionalen Instanz. Bei einem eventuellen Besitzwechsel spielt das Einverständnis des Miraw insofern eine große Rolle, als der neue Besitzer später aufgrund der Abhängigkeit seiner Ländereien von der Wasserzufuhr ständig mit dem Miraw zu tun haben wird.

In den historischen Funden von Sorkhkotel/Baghlan wird ausdrücklich auf den bedeutenden Stellenwert des Miraw schon in vorchristlicher Zeit hingewiesen (14). Zu Beginn des ersten Jahrhunderts nach Christus soll es im afghanischen Raum sogar einen Minister mit dem Namen Freictar-Ab, was etwa Wasseroberaufseher bedeutet, gegeben haben (15).

Während der Blütezeit der auf afghanischem Boden entstandenen Reiche gab es Miraws, denen etwa 10.000 Leute unterstanden, die für die Errichtung und Aufrechterhaltung des Kanalsystems sowie für die Verteilung des Wassers zuständig waren (16). Vor der arabischen Invasion im 8. Jahrhundert wurden sogar Tributabgaben entsprechend der einer Gemeinde zustehenden Wassermenge entrichtet. Daher gab es ein "Dewane Kheradje Ab" (Wasser-Tribut-Buch). In diesem Buch (17) war das Maß der Wasserverteilung ein Loch von der Größe eines Gerstenkorns, das "Bast" genannt wurde, was von der Funktionsfähigkeit her in etwa mit einer Sanduhr vergleichbar ist. Zehn Basts entsprachen einem "Funkel". Es ist noch gar nicht lange her, daß z.B. südlich der Stadt Kandahar, im Daman-Bezirk, die Größe eines Landstücks in der verfügbaren Wassermenge in einer gewissen Zeiteinheit angegeben wurde und der Preis des Bodens sich danach richtete. So war zum Beispiel ein größeres Stück Land mit weniger verfügbarer Wassermenge weniger wert als ein kleineres Stück land mit mehr verfügbarer Wassermenge.

Im Unterschied zu Indien und China, worauf die Untersuchungen von Wittfogel in seinem Werk "Orientalische Despotie" basieren, wurden die Bewässerungsanlagen im afghanischen Raum gemäß den lokalen Bedürfnissen und Verhältnissen der Stammes- und Dorfgemeinden errichtet, und auch die Wasserverteilung basierte darauf. Erst in der Blütezeit der Imperialmächte wurde auf afghanischem Boden versucht, durch Einsetzen eines

"Wasseroberaufsehers" (dem Freictar-Ab) die Befugnisse der lokalen Miraws zugunsten der Zentralinstanzen zu limitieren. Der von der zentralen Regierung eingesetzte Miraw war allerdings auf die Zusammenarbeit mit dem auf dörflicher Ebene demokratisch gewählten Miraw stark angewiesen.

Da der dörfliche Miraw abwählbar ist, darf er bei der Wasserverteilung seine eigene Position nicht aus den Augen verlieren und muß deshalb besonders darauf bedacht sein, allen Seiten gerecht zu werden und möglichst neutral zu bleiben. Die Wahl eines Miraw ist, gesellschaftspolitisch gesehen, ein sehr delikates Ereignis. Die erste Voraussetzung ist, daß der Miraw die Rückenbedeckung seines eigenen Clans innerhalb der Stammes- und Dorfgemeinde besitzen muß. Denn bei der Lösung der chronischen Streitigkeiten, die nicht unbedingt auf die saisonal bedingten Wasserknappheiten, sondern auf das umstrittene Stammes- und Gewohnheitsrecht zurückzuführen sind, kann er kaum mit mehr als verbalen Loyalitätsbekundungen der Dorfgemeinde rechnen. Er muß sich daher in seiner Rolle als Schiedsrichter auf die aktive Unterstützung seines eigenen Clans verlassen können. Dieses machtpolitische Moment ist an und für sich wiederum widersprüchlicher Natur. Gehört der Miraw einem besonders mächtigen Volksstamm an, so besteht die Gefahr, daß seine Entscheidungen die Wasserrechte der schwachen Stämme beeinträchtigen. Dies gilt vor allem, wenn die Streitigkeiten zwischen einem Mitglied seines eigenen Stammes und dem eines anderen jeweils schwachen Stammes entfacht worden sind. Darüber hinaus muß noch bei der Wahl des Miraws berücksichtigt werden, wo sich die Landstücke der Angehörigen des Miraws befinden - im oberen oder im unteren Bereich des Kanalsystems. Befinden sie sich am Ende des Kanalsystems, so kann die Gemeinde fast sicher sein, daß der Miraw das Wasser wirklich gerecht verteilen wird, da er und sein Clan sonst selber nicht genügend bekämen. Neben dem gesellschaftspolitisch hohen Stellenwert, den der Miraw genießt, wird er zusätzlich auch mit Naturalien bezahlt.

1.3. Anbaufläche und Weideland

Die künstliche Bewässerung ist, wie im einzelnen dargelegt, für den afghanischen Raum unentbehrlich, weil die jährlich anfallende Wassermenge aufgrund des ariden Klimas für den Regenfeldbau viel zu gering ist. Auf den Hochebenen, die etwa 1300 bis 2400 m über dem Meeresspiegel liegen (z.B. das Kabuler Becken, Ghasni, Badakhschan und weite Teile Hasardjats), werden im Jahresdurchschnitt 300 bis 400 mm Niederschlag gemessen. In den Ebenen

geringerer Höhe, die wie die nördlichen Teile des Hindukusch, das Ghorat und die Harirud-Ebene, nur etwa 900 bis 1300 m erreichen, reduziert sich der Niederschlag nochmals und beträgt nur noch etwa 200 mm im Jahresdurchschnitt. Während der östliche Teil des Landes teilweise unter dem Einfluß des Monsun-Regens des indischen Subkontinents liegt, leiden die Tiefebene im Norden (z.B. in der Umgebung von Masare-Scharif), im Süden und im Südwesten besonders stark unter dem Regenmangel. So fallen zum Beispiel in Masare-Scharif im Jahr nur rund 120 mm Niederschlag, in Kandahar 120 bis 150 mm und in Tschakhansur sogar nur 55 mm.

Sind die östlichen Zonen des Landes zum Teil durch Tal- und Beckenlandschaften gekennzeichnet, die u.a. der Forstwirtschaft dienen, so herrschen im Norden und Nordwesten Afghanistans Tiefebene und Hügellandschaften vor, die von zwei bis zehn Meter dicken Lößschichten bedeckt sind. Im Westen des Landes bietet Herat ausreichend kultivierbare Flächen, während im Südwesten und Süden die landwirtschaftlich nutzbaren Zonen auf Oasen innerhalb der Steppe oder Halbwüste sowie auf die Becken von Helmand und Arghandab beschränkt sind. In dem stark zerklüfteten zentralafghanischen Gebiet befindet sich die landwirtschaftlich nutzbare Fläche fast nur entlang der mit starkem Gefälle fließenden Flüsse in den Haupt- und Nebentälern.

Für die Viehzucht bieten sowohl die nördlichen Hügellandschaften als auch die grünen Hänge der Gebirge in Zentralafghanistan (z.B. Siah Band) gute Voraussetzungen. Darüber hinaus ist am Rande der Region um Herat gutes Weideland anzutreffen. Dort wird traditionell Schafzucht betrieben und soviel Fleisch produziert, daß es den Bedarf der Region selbst übersteigt. Das Weideland wurde Ende der 70er Jahre von rund 21 Millionen Schafen, darunter 6,5 Millionen Karakulschafe, 3,6 Millionen Rindern und 3,2 Millionen Ziegen benutzt.

Von den insgesamt 62 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche sind nur 7,9 Millionen Hektar Ackerland, und davon werden nur 140 000 in Dauerkultur genutzt. Dauerweiden und Wiesen machen etwa 54,7 Millionen Hektar aus. 1,9 Millionen Hektar sind von Wald bedeckt (18).

1.4. Aneignungsformen im Zusammenwirken der Stadt-Land-Beziehungen

Die Beschränkung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche durch den Wassermangel sowie die Verwendung traditioneller Arbeitsgeräte (Haken- und Wühlflug, gezogen von einem Ochsen gespannt sowie Handhacken, hölzerne

Gabeln, Sichel und Spaten) haben bestimmte Aneignungs- und Arbeitsformen hervorgebracht, die wiederum die soziale Struktur, die Siedlungsformen und die kulturellen Gegebenheiten der am Hindukusch beheimateten Völkerschaften beeinflusst und modifiziert haben. Die paschtunischen Volksstämme verfügten, zumindest sofern sie sesshaft waren, "gemeinschaftlich über Nutzung des Landes und Verteilung des Wassers" (19).

Im Unterschied dazu entwickelten sich, nicht zuletzt aufgrund des politischen Moments der Selbsterhaltung bei den Tadjiken eher territoriale Zusammenschlüsse, die ihrerseits zur Entstehung und Entwicklung von Städten in den vorgefundenen Oasen beigetragen haben. Durch die Ausbildung größerer Gemeinschaften wurde eine Basis für Austauschbeziehungen zwischen den Dörfern gelegt und außerdem den sesshaften Handwerkern zu einer Revitalisierung ihres Gewerbes in den Städten verholfen.

Für den Feudalismus in Europa war typisch, daß das Dorf die Stadt beherrschte, da "die Städte Eigentum der Feudalherren waren" (20). Also mußten die Städte den Feudalherren bestimmte Abgaben entrichten. Der Feudalherr "hatte sogar das Recht, die Städte zu verkaufen, sie zu vererben und zu verpfänden" (21). Demgegenüber sind im afghanischen Raum die Stadt-Land-Beziehungen ganz anders ausgeprägt gewesen, in einer Weise, die für diese Region typisch ist.

Während der Blütezeit der Imperialreiche auf afghanischem Boden stellten die Großstädte politisch-ökonomische Machtzentren dar, welche die umliegenden, von ihnen abhängigen Dörfer und Gemeinden vor allem durch Tauschbeziehungen und ein Abgabensystem ausbeuteten. Die handwerkliche Produktion in den städtischen Zentren war entweder auf die Bedürfnisse der Administration und zum Teil der städtischen Händlerschicht oder aber auf den Transithandel ausgerichtet.

Während der historischen Phasen der Stagnation und Destruktion, als die Großstädte durch Invasion von außen oder durch die Entfaltung der Zerstörungskraft der altansässigen, zentrifugal wirkenden Volksstämme demoliert wurden, beschränkte sich die Rolle der Städte auf das Anbieten kleinerer Dienstleistungen für den Transithandel. Daraufhin wurden die Beziehungen zwischen den Städten und dem Lande ebenfalls auf ein Minimum reduziert, ohne daß allerdings die Dorfgemeinden dadurch in ihren Aktivitäten merklich beeinträchtigt gewesen wären. Denn die Reproduktion war eigentlich in den Dorfgemeinden schon immer fast autark; der Tausch bäuerlicher gegen

handwerkliche Produkte aus der Stadt war die meiste Zeit nur von marginaler Bedeutung. "In Ermangelung einer lokalen Reproduktionsbasis waren Handwerker häufig gezwungen gewesen, von Dorf zu Dorf zu wandern und unmittelbare Auftragsproduktion auszuführen" (22).

Aufgrund der historischen Zyklen von Konstruktion, Destruktion und Rekonstruktion, die auf afghanischem Boden seit Jahrtausenden nachweislich anzutreffen sind, hat sich die Produktion von handwerklichen Gütern für andere Kulturkreise nicht dauerhaft entwickeln können. Die Eroberung der Städte durch Fremde bzw. der Zerfall der afghanischen Reiche hatte unvermeidlich die Zerstörung der Lebensbasis der Handwerker zur Folge. Damit wurde die Einleitung des Prozesses der sogenannten "ursprünglichen Akkumulation" unmöglich.

Der Austausch von Gütern war daher entweder auf die zwischen den einzelnen Dörfern bestehenden Beziehungen beschränkt, welche nur bei ethnischen oder naturgeographischen Unterschieden zustandekamen, oder aber wurde durch den Fernhandel bestimmt, der die Tauschbeziehungen im afghanischen Raum marginal erfaßte. Im Osten des Landes, wo der Wald vorherrscht, und in Zentralafghanistan, das besonders gebirgig ist, blieb die landwirtschaftlich nutzbare Fläche auf den Bereich des Dorfes und auf einige kleine Parzellen im Besitz des Clans bzw. der Dorfgemeinde beschränkt. Die Angehörigen des Clans waren eher gleichgestellte Gemeindemitglieder als lediglich auf die Produzentenebene herunter degradierte und abhängige Bauern. Der Boden wurde eigentlich als Eigentum der Kommune angesehen, wobei der Besitz periodisch (alle zwei bis zehn Jahre) wechselte - es handelte sich hierbei um das bekannte Waesch-System (23). Auch das traditionelle islamische Erbsystem ist als ein Faktor zu betrachten, der dem Prozeß der Akkumulation entgegenwirkte. Denn nach dem Ableben des Familienoberhauptes müssen alle Familienmitglieder gemäß ihrem Erbanspruch beteiligt werden. Dies ist besonders dann problematisch, wenn abgesehen von den Ländereien keine Erbmasse (z.B. Juwelen) vorhanden ist. Dann führt das vorherrschende Erbsystem dazu, daß der landwirtschaftliche Betrieb zerstückelt wird. Die so entstehenden kleinen Parzellen haben meist keine optimale Betriebsgröße mehr. Sie werden dann oft von Nachbarn oder in den Städten ansässigen Kaufleuten übernommen. Dies führt zur Entstehung der "Abstinenz" der Eigentümer auf dem Land, und aufgrund von Desinteresse und des Mangels an Sachkenntnissen werden die Erträge der Ländereien beeinträchtigt. Innerhalb ein und derselben

Generation wirken also Konzentrations- und Kontraktionsprozesse gegeneinander, was meistens Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge hat.

2. Externe Determinanten

Innerhalb der externen Einflußfaktoren sind ökonomische und politische Aspekte sehr eng miteinander verflochten. Die ökonomische Komponente ist vor allem durch die Auswirkungen des Transithandels und den damit verbundenen sekundären Effekten gekennzeichnet.

Die Sicherstellung des Transitverkehrs hat in gewissen Abständen die Eroberung und die Zerstörung des afghanischen Kulturkreises zur Folge gehabt. Denn die uralten Verbindungswege nach Indien und dem Fernen Osten führen durch die Hochtäler des afghanischen Raumes (24).

Nicht nur Alexander der Große und Cäsar träumten von den Reichtümern des indischen Subkontinents, auch bei den Eroberungs- und Vernichtungskriegen der Perser, Araber und Mongolen hat der afghanische Raum als Einfallstor nach Indien fungiert.

2.1. Das historisch geprägte Straßennetz als Verbindungsroute zwischen Hochkulturen der Antike

Am Knotenpunkt verschiedener Kulturkreise liegend, war der afghanische Raum zum einen durch den ökonomischen und kulturellen Austausch zwischen den beiden von einander isolierten Kulturen der Chinesen und der Inder bestimmt, zum anderen bot er den einzigen über Land führenden Verbindungsweg zwischen den eben erwähnten Kulturkreisen einerseits und den Persern und Arabern sowie den Völkern des Mittelmeerraumes andererseits. Dabei benutzten die Handelskarawanen überwiegend die sogenannte "Seidenstraße".

Bis zur Entdeckung des Seewegs von Europa nach Indien durch die Portugiesen im 16. Jahrhundert, wobei Vasco da Gama eine entscheidende Rolle gespielt hatte, und der Entwicklung belastbarer und daher effizienter Hochseeschiffe mußte sich die Schifffahrt auf küstennahe Fahrten beschränken (25). Deshalb hatte der afghanische Raum bis zu diesem Datum und für eine gewisse Zeit danach eine Monopolstellung in dem Transithandel zwischen dem Orient und dem Okzident. Ausgerechnet dieses Privileg wurde ihm allerdings auch mehr als einmal zum Verhängnis.

Die Bedeutung des afghanischen Raums als Durchgangsland wissen auch die Historiker zu würdigen, die z.B. über den Fernhandel zwischen den aus dem indischen Subkontinent hervorgegangenen Zivilisationen der "Harapan", der "Mohenjo-Dari", dem "Mesopotamia" und dem "konfuzianischen Kulturkreis" etwa 1 000 Jahre vor Christus berichten (26).

Die Übersiedlung der "Arier" (27) und die Entstehung einer indo-arischen Kultur in Indien hat nach einer vorübergehenden Stagnation noch zu einer Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen Kulturkreisen beigetragen.

Die traditionellen asiatischen Handelsströme, die Indien und China durch den afghanischen Raum hindurch mit dem Iran, Arabien und dem Mittelmeerraum verbanden, waren für die Gestaltung der afghanischen Gesellschaftsformation von großer Bedeutung. Das im Dienst dieser Handelströme stehende Straßennetz liegt sogar noch heute - abgesehen von einigen Ausnahmen - den Verbindungslinien zwischen den afghanischen Großstädten und dem Ausland zugrunde.

Von der als "Seidenstraße" bekannten Handelsroute, die von dem chinesischen Taqla Makan aus durch Zentralasien verläuft, zweigt bei Balkh eine Strecke ab, die über die Pässe von Bandi, Amir, Schebar und Andjoman nach Kabul führt und von dort aus weiter durch den Khaiber-Paß zum Industal.

Eine andere Strecke, die von Mash-Had im Iran nach Herat führt, gabelt sich in diesem Ort. Ein Arm biegt nach Nordosten und erreicht die Seidenstraße dann in Balkh und Marw. Der andere Arm führt Richtung Südwesten, wo er in der Nähe von Kandahar auf die aus Kerman führende Straße trifft. Gemeinsame Fortführung dieser beiden Strecken ist dann eine nach Südosten durch Belutschestan führende Route (über Pschin, Schalkot und den Bolanpaß), die als Verbindung zum Industal dient. Gleichzeitig gibt es eine weitere Verbindungsstrecke nach Ghasni und Kabul, so daß sich das Straßennetz zu einem Ring schließt (28).

Diese stark frequentierten Handelsstraßen haben entlang ihrer Route die Entstehung von Städten und Karawansereien begünstigt bzw. an manchen Orten überhaupt erst ermöglicht. Die Städte Keschke Nakhud und Schahre Safa (westlich und östlich von Kandahar) im Süden hatten zum Beispiel hauptsächlich die Funktion eines Rastplatzes und waren vom Warenverkehr selbst nur begrenzt tangiert. Demgegenüber stellten Bamian und Balkh große sozio-

ökonomische und kulturelle Zentren dar, die mehrmals von Invasoren zerstört wurden. Im Westen des Landes ist Herat von großer historischer Bedeutung gewesen (29). Herat stellte einen strategischen Knotenpunkt dar, "der in den Händen einer starken Macht zur Beherrschung sowohl Irans als auch Turans (...) benutzt werden kann. Er gibt seinem Besitzer im allerhöchsten Grade alle Vorteile einer zentralen Position, von der aus strahlenförmige Angriffe nach allen Richtungen mit größerer Leichtigkeit und Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können als von irgend einer anderen Stadt im Iran oder Turan" (30).

2.2. Auswirkungen der Handelsroute auf die ökonomische Struktur des afghanischen Raumes

Weil die zentralasiatischen und chinesischen Handelswaren zunächst nach Balkh gebracht wurden, war das von Arabern als Ummulbalad (Mutter der Städte) bezeichnete Balkh (31) als "Lagerhaus Indiens" bekannt. Von vier Stadttoren trug eines den Namen "Indu-Tor", ein anderes hieß "Juden-Tor", weil hier vor allem indische bzw. jüdische Händler angesiedelt und tätig waren. Nachdem die Handelswaren die Barriere des Hindukusch passiert hatten, bot sich Parawan, nördlich vom heutigen Kabul, als Umschlagplatz an. Daher wurde dieser Ort als Tor Indiens bezeichnet (32).

Wurden diese Großstädte durch Invasoren zerstört, was mehrmals in der Geschichte des afghanischen Raumes der Fall gewesen ist, so wurde im Anschluß daran auch die Rolle dieser demolierten Städte auf die eines Rastplatzes reduziert und der Umfang der in ihnen angebotenen Dienstleistungen entsprechend verringert. So gesehen konnten also die entlang der Fernhandelsroute liegenden Rastplätze und Städte langfristig nicht selber in den Warenverkehr des Fernhandels eingebunden werden. Dies berührt jedoch nicht die Blütezeit der imperialen Reiche auf afghanischem Boden, da ihre ökonomischen Tauschmomente - auch auf der Zirkulationsebene - anderen Einflußfaktoren ausgesetzt waren.

Während der Blütezeit der auf afghanischem Boden entstandenen Reiche wurde der Surplus aus den Oasen und Dörfern, die viel autarker waren und keine intensiven Handelsbeziehungen mit den Städten entwickelt hatten, nicht in Form von Waren abgeschöpft, sondern als Tribut abgepreßt. Diese Tribute mußten zusammen mit den dem Handel auferlegten Zöllen und sonstigen Abgaben (etwa für eine zu leistende Schutzfunktion, z.B. die Begleitung einer Karawane auf einer besonders gefährlichen Strecke) während gewisser

geschichtlicher Zeiträume dazu herhalten, die luxuriösen Ansprüche der Zentralinstanzen zu finanzieren. Die Finanzierung der astronomischen Ausgaben der Despoten wurde allerdings nur möglich, weil zusätzlich auch noch Beutezüge in fremde Kulturkreise durchgeführt und den dabei unterworfenen Völkern ebenfalls Tributzahlungen auferlegt wurden.

Zu Beginn des 10. Jahrhunderts betrugen zum Beispiel die Handelsabgaben etwa zehn Millionen Darhamen (Drachmen), wobei man für einen Reiter 1 Darham, für ein Kamel 2 Darhamen und für Sklaven zwischen 70 und 100 Darhamen als Straßenbenutzungsgebühr verlangte (33).

Die Verteilung dieser Tribute und der dem Fernhandel auferlegten Zoll- und Straßengebühren war zwischen den Hegemonie anstrebenden Clans und der Zentralinstanz der Imperialmächte, die ihrerseits versuchten, den afghanischen Raum zu unterwerfen, schon von Anfang an umstritten. Eine Schwächung der Zentralinstanz hatte eine Umverteilung der erwähnten Einnahmen zugunsten der einheimischen, zentrifugalen Kräfte zur Folge.

Während zu Beginn des 8. Jahrhunderts zum Beispiel aus dem damaligen afghanischen Raum etwa 45 Millionen Darhamen an die Zentralkasse der Abbasiden gezahlt wurden, wurde diese Summe bis Ende desselben Jahrhunderts zunächst auf 38 Millionen und anschließend nochmals auf 20 Millionen reduziert (34). Zu Beginn des 9. Jahrhunderts betrug die Summe sogar nur noch 10 Millionen Darhamen (35). Das zeigt eindeutig, daß mit der Stärkung der Zentralinstanz auf afghanischem Boden die an die fremde Imperialmacht zu zahlende Last abnimmt. Andererseits wird es zur weiteren Konsolidierung der auf afghanischem Boden entstehenden Imperialmacht notwendig, Raubzüge in andere Kulturkreise durchzuführen und über die einmalige Raubmasse nach der Eroberung der Fremdgebiete hinaus den unterworfenen Völkern periodische Tributzahlungen aufzuerlegen.

Bei der Entstehung der afghanischen Reiche waren anfangs neben dem militärisch dominierenden Clan auch andere Volksstämme an den Eroberungskriegen etwa kollektiv beteiligt. Denn das ging über die Kräfte eines einzelnen Volksstammes hinaus. Versickerte dann allerdings nach einer gewissen Zeit die fremde Tributquelle aufgrund einer Schwächung der Zentralinstanz auf dem afghanischen Boden, so begannen sich die zentrifugalen Kräfte zu entfalten. Damit wurde der Prozeß der Zersetzung des Reiches von innen her eingeleitet bzw. forciert. Infolge dieser inneren Zerrissenheit nahm die Stabilität der Zentralinstanz ab; und in der Folgezeit nahmen die Überfälle von

außen zu. Wenn die Zentralinstanz des afghanischen Raumes auf Widerstand traf, was im allgemeinen der Fall gewesen ist, so hatte dies die Zerstörung der Lebensbasis, vor allem die Demolierung der Bewässerungsanlagen, die Dezimierung des Viehbestandes und die Zerstörung der Dörfer und Städte zur Folge. Oft kam es auch zu Massakern unter der Bevölkerung. Um die Handelsroute sicherzustellen, die nicht zerstörten Überreste der Lebensgrundlagen aufrechtzuerhalten und um die Bevölkerung zur Abgabe von Tributen zwingen zu können - und nicht zuletzt zum Schutz der eigenen Satrapen - wurden von den Eroberern Schutzposten errichtet und Soldaten aus dem Volke der Eroberer in den unterworfenen Gebieten stationiert. Daher kann man die Spuren der Militäraktionen von Alexander dem Großen, der persischen, arabischen und mongolischen Eroberer sowohl in der Struktur der Bevölkerung des heutigen Afghanistan als auch in der geschichtlichen Formation des afghanischen Raumes allgemein deutlich ablesen.

3. Das Zusammenwirken von internen und externen Determinanten

Die internen und externen Determinanten haben in einem komplizierten Prozeß der gegenseitigen Beeinflussung die historische Formation des afghanischen Raumes in ihrer spezifischen Ausprägung determiniert.

Wenn "das große Grundeigentum ... wirklich Grundlage der mittelalterlichen, der feudalen Gesellschaft" (36) war, so konnte sich in der im Zerfall befindlichen archaischen Gesellschaft des afghanischen Raums aufgrund der skizzierten topographischen und klimatischen Voraussetzungen im Zusammenhang mit der lange Zeit intakt gebliebenen Stammeskultur und dem retardierenden Effekt der periodischen Dekonstruktionen von außen, nicht die vorherrschende feudale Gesellschaftsformation entwickeln.

Im Feudalismus konzentrieren bekanntlich "die Feudalherren die gesamte politische Macht auf sich", wobei die herrschende Klasse durch zwei privilegierte Stände verkörpert wurde, nämlich den Adel und den Klerus (37). Zum Adel gehörten Könige, Herzöge, Barone und Grafen; zum Klerus zählten Erzbischöfe und Dekane.

Wie bereits im Einzelnen skizziert wurde, konnte dagegen im afghanischen Raum kein Großgrundbesitz entstehen, zumindest nicht als vorherrschende Eigentumsform. Darüberhinaus ist weder der soziale Status des afghanischen Adels (bestehend aus Khan, Malek, Nazer, Miraw, Arbab etc.) noch der der Geistlichen (wie Sayed, Sahebsadah, Miam, Akhondsadah, Pir und Pirsadah,

Mulla und Emam) mit der Position vergleichbar, die Adel und Klerus im europäischen Feudalismus innehatten. Denn der afghanische Adlige, zum Beispiel ein Khan, ist in der patriarchalischen afghanischen Gesellschaftsstruktur in seiner Funktion als Oberhaupt der Familie an den Sorgen und Freuden des gesamten Clans mitbeteiligt. Er trägt sogar gegenüber Dritten die Hauptverantwortung für die Angehörigen des Clans. Schließlich stellt er in seiner Person den Repräsentanten des Clans dar. Die Angehörigen des Clans sind eher gleichgestellte Mitglieder der Gemeinde als lediglich auf die Produzentenebene herunter degradierte abhängige Bauern. Die übrigen Mitglieder des Adels, z.B. der Malek und der Miraw (Dorfbürgermeister und Wasseraufseher), stellen in ihrer Funktion demokratische Institutionen dar, die von allen Angehörigen der Gemeinschaft in gleicher Weise getragen werden.

Der soziale Stellenwert des Klerus hat im afghanischen Raum erst im Laufe der Jahrtausende seine heutige Ausprägung angenommen. Ganz am Anfang stand der Patti (Vater) im Kulas (Haushalt) den religiösen Zeremonien selbst vor. In einer nächsten Phase wurde diese Aufgabe, vor allem in den großen Gemeinden, von den "Reschies" (Weisen) übernommen (38). Nach der Verbreitung der Religionen von Zarathustra und Buddha entwickelte sich eine klerikale Schicht, die zwar gewisse Privilegien hatte, aber dennoch auf die Abgaben der Gemeinde angewiesen war.

Nach der Islamisierung des afghanischen Raumes (ab dem 8. Jahrhundert) standen die Geistlichen, die eine offizielle religiöse Linie vertraten, im Dienste der Zentralinstanz, von der sie gewisse Privilegien erhielten. Dagegen mußten die oppositionellen Geistlichen, die die offizielle religiöse Ausrichtung nicht vertraten, ein hartes und risikoreiches Leben führen. Dies war z. B. bei den Vertretern der "Khawaredj" in Sistan oder bei "Qermatien" zur Zeit der Ghasnawiden der Fall. Im 18. und 19. Jahrhundert veränderte sich die Position des afghanischen Klerus erneut, worauf nun differenzierter eingegangen werden soll.

Bei den meisten Paschtunen setzte sich eine Tradition fort, die daran bestand, daß jeder Clan seine eigene Moschee und einen von dem Khan abhängigen und ihm als religiöser Berater oder vielmehr als religiöser Interpret seiner Taten zur Seite stehenden Mullah (Priester) hatte. Dies schließt jedoch nicht die Existenz einer marginalisierten dünnen Schicht von Klerus aus, die ihre Handlungsmaximen aus ihrer religiösen Überzeugung herleiteten und sich nicht den Wünschen des irdischen Khans, sondern den himmlischen Geboten

verpflichtet fühlten. Aufgrund der religiös-hierarchischen Struktur der Schiiten hätte sich theoretisch im afghanischen Raum eine selbständige religiöse Institution entwickeln können, die durch verschiedene Abgaben, darunter Zakat (eine Art Steuer), Sahme Emam (Anteil des Emam), Khoms (Anteil der Nachkommen des Propheten Mohammad) und Sadaqa (Almosen) unterhalten worden wäre. In der Praxis besteht aber ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Geistlichen und den Gemeindemitgliedern. Das Schwergewicht der Interdependenz kann sich wiederum je nach dem Stellenwert jeweiliger Persönlichkeiten und der zu regelnden religiösen Frage ändern. Mit Bezugnahme auf die Tradition von Emam Hussain (dem Sohn des vierten Khalifs und dem Enkel des Propheten Mohammad) können schiitische Priester revolutionäre Ambitionen entfalten und mit ihren systemsprengenden Ansprüchen für die Adligen unangenehm werden. Eine Multifunktionalität sieht man am deutlichsten bei den Ismaeliten (eine Splittergruppe der Schiiten), bei denen der geistliche Führer gleichzeitig als politischer Vermittler zwischen den Mitgliedern seines Clans und der Zentralinstanz sowie als Oberhaupt des Clans fungiert. Darüberhinaus gilt insbesondere für die Geistlichkeit, daß sie den Propheten Mohammad in seiner Funktion als religiösen sowie politischen Führer als ihr Vorbild ansehen. Darin kann auch der Hintergrund des Auseinanderklaffens der Interessen von Adligen und Klerus gesehen werden, wenn der Klerus über seine religiösen Aufgaben im engeren Sinne hinaus Anspruch auf politische Machtausübung erhebt. Dieser Aspekt kann auch allgemein im Gegensatz zum Christentum, in dem der Prophet Jesus kein Staatsmann gewesen ist, dazu führen, daß der Prozeß der Säkularisierung in einem islamisch geprägten Land auf große Hemmnisse stößt, was am konkreten Beispiel der afghanischen Gesellschaft sowohl in den 20er Jahren als auch in den 60er Jahren unseres Jahrhunderts eindeutig zu beobachten war. Dies wird gewiß bei künftiger Gestaltung der afghanischen Gesellschaft eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die materielle Grundlage der Machterhaltung und der Machterweiterung der auf dem afghanischen Boden entstandenen Reiche machten, wie im einzelnen untersucht, die durch Raubzüge gemachte Beute und die von anderen Völkern erzwungenen Tribute aus; sie war somit fremdbestimmt. Entfielen diese Tribute, so zerfiel nach dem Verbrauch der Reserven ebenso das Reich. Versuchte die Zentralinstanz auf Kosten der zentrifugalen Kräfte ihren unmittelbaren Machtbereich zu erweitern, konnte das nur gelingen, wenn die

Loyalität der Einflußnahme auf dem Land durch zusätzliche Finanzmittel oder Konzessionen erkaufte wurden, die von zentrifugalen Kräften als lukrative Kompensationsgeschäfte hingenommen werden konnten. Wurden die für die Machterhaltung bzw. Machterweiterung der Zentralinstanz benötigten Mittel durch Steuererhöhung, von der die zentrifugalen Kräfte direkt betroffen waren, finanziert, war ein derartiger Versuch im Ansatz zum Scheitern verurteilt. Dazu war die Erschließung externer Finanzmittel erforderlich. Diese Momente haben sich in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts bei der Durchführung der Reform-Pläne des Königs Amanullah gezeigt. Wenn auch auf einer anderen Ebene und mit einem umgekehrten Vorzeichen mußte ebenso die "Demokratische Volkspartei Afghanistans" nach der Machtergreifung im April 1978 diese Erfahrung machen. Und nun, nach dem durch langjährige Kämpfe die materielle Basis des Landes zerstört und die sozialen Verhältnisse der afghanischen Gesellschaft zerrüttelt worden sind, kann das labile Gleichgewicht zwischen der Zentralinstanz und den zentrifugalen Kräften erst dann wieder hergestellt werden, wenn den Interessen der auf dem Lande neu entstandenen Strukturen sowohl politisch wie ökonomisch angemessen Rechnung getragen wird.

Der afghanische Stammesstaat, der jeweils zumindest politisch auf der vorherrschenden Stellung eines Stammes basiert, weist nicht die typische Beziehung des Feudalstaates oder des **modernen Staates zu den Leibeigenen** bzw. Bürgern auf. Die Beziehungen des **afghanischen Stammesstaates zu den** einzelnen Stammesmitgliedern sind eher **imperial gewesen und bedeuten** damit nur eine mittelbare Herrschaft. Denn die Angehörigen der verschiedenen Volksstämme waren aufgrund der sozio-ökonomischen Verhältnisse an erster Stelle dem Stamm und dessen überlieferten Rechtsnormen verpflichtet. Und erst durch den Stamm wurden ihre Beziehungen zum Staat geregelt (39).

Bei "hydraulischen Gesellschaftsformationen" im Sinne Wittfogels kann man zwei Klassen, nämlich die der unmittelbar produzierenden Bauern und die der funktionalen Bürokratie, die den Staat repräsentiert, unterscheiden (40). An der Spitze des Beamtentums steht der Herrscher, der auf den Glanz seines orientalischen Hofes als materielles Zeichen seiner despotischen Macht großen Wert legt. Er verfügt über zivile und militärische Beamte, die ebenso wie er selbst von Tributen profitieren, die die Bauern aus ihren Überschüssen leisten müssen.

Auf afghanischem Boden bot die notwendige gemeinschaftliche Organisation der Bewässerungsanlagen die Möglichkeit zu einer "agrarmanagerialen Despotie". Im Unterschied jedoch zu den chinesischen und indischen Gesellschaftsformationen, auf denen die Analyse Wittfogels basiert, bedingt das Management der Bewässerungssysteme in voneinander getrennten und zersplitterten Oasen und Dorfgemeinden, die im übrigen nur eine Aneignung durch die ganze Sippe kannten, keine von einer Zentralinstanz einzusetzende Verwaltungsbürokratie. Das Bewässerungssystem ist in jedem Fall auf die lokalen Verhältnisse ausgerichtet gewesen und daher auch von den dort ansässigen Gemeinschaften, nicht aber von einer Zentralinstanz geplant und angelegt worden. Erst in der Blütezeit der afghanischen Reiche hat die Zentralinstanz versucht, durch das Einsetzen von Wasseroberaufsehern den Dorfgemeinden ihre bürokratische Autorität aufzupropfen, was ihr jedoch nur bedingt und vorübergehend gelungen ist. Darüberhinaus hat der beschränkte Wirkungsgrad der technischen Mittel in einem nur unter großen Anstrengungen zu bewirtschaftenden traditionellen System dazu beigetragen, daß nur ein bescheidener Surplus erwirtschaftet wurde, der allein die Entstehung von "zentral verwalteten Despotien" und deren Aufrechterhaltung nicht gewährleisten konnte. Hinzu kommen noch die in der Stammesmentalität verankerten, zentrifugal wirkenden Kräfte, die stets die Macht des Imperiums beeinträchtigt haben.

Wie Wittfogel unterscheidet Samir Amin bei seinem Modell der "tributgebundenen Handelsformation" zwischen zwei Klassen, nämlich der Bauernschaft und der "herrschenden Klasse, die durch die politische Organisation der Gesellschaft einen Tribut von den ländlichen Gemeinwesen erhebt" (41). Nach Amins Darstellung konnte sich dieser Typus der "tributgebundenen Gesellschaftsformation" lediglich in Ägypten, China, Mesopotamien und Indien durchsetzen. Jedoch in Zentralasien, und damit auch im afghanischen Raum, konnte sich aufgrund der skizzierten Determinanten bestenfalls eine Art "peripher tributgebundene Handelsformation" entwickeln; also eine Gesellschaftsformation, für deren Entstehung und Aufrechterhaltung die zentral bürokratische Instanz als eine politische Kraft ausschlaggebend ist und nicht die auf dem eigenen Boden von den Bauern erwirtschafteten Überschüsse. Bei der im afghanischen Raum gegebenen peripher tributgebundenen Handelsformation erhält also die herrschende Klasse ihre finanziellen Mittel, wie im einzelnen beschrieben, aus fremden Quellen und nicht, wie in

tributgebundenen Handelsformationen, von den Bauern. Hinzu kommt noch, daß bei Samir Amin die vorherrschende Produktionsweise auf der Ebene der Zirkulation bestimmt wird (42). Daher ist sein Modell u.a. aus folgenden Gründen auf den afghanischen Raum nur begrenzt anwendbar: Die geschichtliche Entwicklung des afghanischen Raumes weist im großen und ganzen zwei Extremfälle auf: Entweder war er zerstückelt und somit von anderen Imperialmächten besetzt, oder es entstanden auf ihm in gewissen zeitlichen Abständen große zusammenhängende Reiche. Im ersten Fall mußte der afghanische Raum selber Tribut abliefern; im zweiten Fall, in dem er Tribut bekam, hatten jedoch die Einnahmen aus dem Transithandel und dem Zoll im Vergleich mit der in fremden Kulturkreisen auf Raubzügen zu machenden Beute einen relativ geringen Stellenwert.

Im Anschluß an diese Diskussion kann nun Folgendes festgestellt werden:

Die historischen Entwicklungsphasen des afghanischen Raumes lassen sich über die Entwicklung interner Gesellschaftswidersprüche hinaus als ein ständiger Kampf der am Hindukusch beheimateten Völkerschaften gegen die topographischen und klimatischen Bedingungen einerseits und die ein großes militärisches Zerstörungspotential besitzenden, kulturell jedoch oft weniger entwickelten Nomadenstämme und Imperialmächte andererseits begreifen, was sich im zyklischen Wechsel von Konstruktion, Destruktion und Rekonstruktion des Raumes artikuliert und gleichzeitig zum Verständnis der Ursachen für die historische Stagnation des Landes erheblich beiträgt.

Anmerkungen

* Dieser Aufsatz ist zunächst erschienen in:

Afghanistan recherche, Zeitschrift für Wissenschaft, Kultur und Politik des Instituts für Afghanistanforschung in Bonn, 2.Jg. 1991, Ausgabe 1/91, S 10-18

1. Das Land am Hindukusch, das in seiner gegenwärtigen Struktur als Afghanistan - Land der Afghanen - bezeichnet wird, weist im Laufe seiner historischen Formation unterschiedliche Flächengrößen auf. Daher ist es bei einer historischen Analyse unvermeidlich, daß des öfteren die Ortschaften mit ins Kalkül einbezogen werden, die zur Zeit nicht Bestandteile Afghanistans sind. Daher wird der Ausdruck "afghanischer Raum" verwendet, um den historischen Entwicklungen gerecht zu werden.

2. Wittfogel, 1977, 31

3. Derselbe

4. Brentjes, 1984, 9

5. Ariane Dairatulmaaref, 1958, 384-352

6. Niedermayer, 1929, 55

8. Derselbe

9. Ghobar, 1984, 458

10. Wiebe, 1984, 40

11. Habibi, 1984, 464

12. Derselbe

13. Ringer, 1975, 309

14. Habibi, 1984, 465

15. Derselbe

16. Derselbe, 464

17. Derselbe, Derselbe, 509

18. Statistical Informationen of Afghanistan, 1978, 45

19. Politische Ökonomie, 1972, 1972, 98

20. Derselbe

21. Derselbe

22. Oesterdiekhoff, 1978, 113

23. Elphinstone, 1969, 335

Barth, 1965, 64-70

24. Bacob, 1980, 176

25. Roberts, 1980, 604

26. Derselbe, 134

27. Toynbee, 1982, 130-132 und 203-209

Kohsad, 1946, Bd.1

28. Oesterdiekhoff, 1978, 32-33

Brentjes, 1983, 22

29. Al-Herawi, 1983

30. Marx/Engels, 1974, 124

31. Bellew, 1973, 6

32. Ghobar, 1979, 478

33. Derselbe, 102

34. Habibi, 1984, 432

35. Ghobar, 1979, 88

36. Politische Ökonomie, 1972, 91

37. Derselbe, 102

38. Kohsad, 1946, 36

39. Grevenmeyer, 1982, 108-148

Tapper, 1979, 38

40. Oesterdiekhoff, 1978, 38

41. Oesterdiekhoff, 1979, 24

42. Oesterdiekhoff, 1979, 24

Literatur

Al-Herawi, S.M.: Tariekhname Herat (Geschichte von Herat), Teheran 1983

Ariane Dairatul, Maaref: Kabul Dawlati Matba, 1958

Bacon, Edward: Brücke zum Osten, in: Versunkene Kulturen, Geheimnisse und Rätsel früherer Welten, München/Zürich 1980, S.176-193

Barth, Frederik: Political Leadership among Swat Pathans, London 1965

Brentjes, Burchard: Der Knoten Asiens, Afghanistan und die Völker am Hindukusch, Wien 1983

Elphinstone, M.: An Account of the Kingdom of Cabul and its Dependencies in Persia, Tartary and India, Graz 1969

- Ghobar, G.M.: Afghanistan dar Masire Tarikh (Afghanistan im Laufe seiner Geschichte), Kabul 1979
- Gratz, Karl: Die Ortschaft Wark und ihre Bewohner, in Gratz, Karl (Hrsg.) Hindukusch, Österreichische Forschungsexpedition in den Wakhan 1970, Graz 1972
- Grevemeyer, Jan-Heeren: Herrschaft, Raub und Gegenseitigkeit: Die politische Geschichte Badakshans 1500-1883, Wiesbaden 1982
- Habibi, Abdul Hai: Tarikhe Afghanistan (Geschichte Afghanistans), Iran 1984
- Kohsad, Ahmad Ali: Tarikhe Afghanistan (Geschichte Afghanistans), Kabul 1946
- Marx/Engels: Gesamtausgabe Bd. 12, Berlin 1974
- Niedermayer, R.: Das afghanische Bewässerungswesen, in: Kulturtechniker, Bd. 12/1, Breslau 1929
- Oesterdickhoff, Peter: Hemmnisse und Widersprüche in der Entwicklung armer Länder - Darstellung am Beispiel Afghanistans, München 1978
- Politische Ökonomie; vorsozialistische Produktionsweise, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a.M. 1972
- Ringer, K.: Afghanistan, die Landwirtschaft, S. 306-328, in:
- Kraus, W. (Hrsg.) Afghanistan, Natur, Geschichte, Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, Tübingen 1975
- Roberts, J.M.: The Pelican History of the World, Penguin Books Ltd. 1980
- Statistical Information of Afghanistan, Ministry of Planning, Kabul 1978
- Sigrist, Christian: Paschtunwali - Das Stammesrecht der Paschtunen, in: Revolution in Iran und Afghanistan, mardom nameh, S 264-280, Syndikat 1980
- Tapper, Richard: The Conflict of Tribe and State in Iran and Afghanistan, N.Y. 1983
- Toynbee, Arnold: Menschheit und Muttererde - Die Geschichte der Zivilisation, Ullstein Sachbuch 1989
- Wiebe, D.: Ein mittelasiatisches Entwicklungsland im Umbruch, Stuttgart 1984
- Wittfogel, K.A.: Die orientalische Despotie - Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Ullstein Sachbuch 1977

Dimensionen des afghanischen Widerstands

Hintergründe, Entwicklung und Wirksamkeiten*

I. Hintergründe

Den Kampf der afghanischen Völkerschaften um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung muß man umfassender verstehen, als ihn einzig und allein auf den gegen die Invasionstruppen der Sowjetunion gerichteten militärischen Widerstand zu reduzieren. Denn die afghanischen Völkerschaften haben schon immer gegen die Fremdbestimmung ihrer Lebensweise, gegen Unterwerfung unter eine fremde Gesellschaftsordnung und selbstredend gegen die Okkupation ihres Lebensraums gekämpft. Schließlich verdankt der afghanische Raum in den jetzt bestehenden Grenzen seine Existenz diesem, in der Tradition tief verwurzelten und historisch belegbaren Kampfgeist.

Mit der Gefahr der Expansion des zaristischen Rußlands wurden die Afghanen schon zu Beginn der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts konfrontiert. Erst nach der Unabhängigkeit Afghanistans im Jahre 1919 wurden zwischen Afghanistan und der Sowjetunion unmittelbare Beziehungen, darunter vor allem diplomatische und ökonomische, aufgenommen. Intensiviert wurden die Beziehungen jedoch erst zu Beginn der 50er Jahre. Folgende Aspekte waren hierfür ausschlaggebend:

1. Eine gewisse Flexibilität in der sowjetischen Außenpolitik nach dem Tod Stalins.
2. Die Machtübernahme der Daud-Fraktion in Afghanistan. Diese Machtübernahme hatte sowohl eine innenpolitische als auch außenpolitische Umorientierung der afghanischen Regierung zur Folge.

Innenpolitisch die Rechtfertigung der politischen Repression durch ökonomische Effizienzforderungen. Außenpolitisch ein aktives Engagement im Hinblick auf die Paschtunistan-Frage, was sich unmittelbar gegen den neu gegründeten Staat Pakistan richtete. Schließlich, weil Pakistan ein Militärbündnis mit den USA eingegangen war (South Asia Treaty Organisation, SEATO), konnte - aus der Sicht der Daud-Administration - die Hilfe der Sowjetunion sowohl im Hinblick auf die Paschtunistan-Frage als auch im Hinblick auf die politische Unterdrückung im Inneren instrumentalisiert werden.

An die Adresse der Entwicklungsländer gerichtet, wollte die Sowjetunion vorerst in der Zusammenarbeit mit Afghanistan ein Exempel der "friedlichen Zusammenarbeit verschiedener Gesellschaftssysteme" statuieren. (1) Nachvollziehbar ist die sowjetische Afghanistan-Politik eindeutig als ein langfristig angelegter Einbindungsplan der afghanischen Wirtschaft und Gesellschaft in die sowjetische Machtsphäre. Diese Politik erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Ökonomische Einbindung
2. Politische Unterwanderung
3. Militärische Infiltrierung
4. Kulturelle Durchdringung (2)

Diese langfristig angelegte, aufeinander abgestimmte und im Einzelnen durch weitere Maßnahmen flankierte Afghanistan-Politik der Sowjetunion hat sich zunächst beim Staatsstreich von 1973 (in dem die Monarchie abgeschafft wurde) und dann beim Putsch des Jahres 1978 (in dem die Daud-Fraktion liquidiert wurde) vorerst als systematisch und durchdacht erwiesen.

Von der schleichenden Infiltration bis hin zur militärischen Besetzung des Landes durch die Sowjetunion und danach, ist der Kampf der afghanischen Völkerschaften in seiner Vielfalt hauptsächlich dahingehend orientiert gewesen, der Sowjetisierung Afghanistans entgegenzuwirken. Selbstverständlich war dieser Kampf in verschiedenen Phasen unterschiedlich ausgeprägt, sowohl instrumentell (zunächst friedlich, dann bewaffnet) als auch im Hinblick auf die Träger der Opposition.

War bis zum Staatsstreich 1973 dieser Kampf beschränkt auf den politisch bewußten Teil der afghanischen Elite (Sozialrevolutionäre, Nationaldemokraten, Islamisten, Technokraten und Bürokraten, welche im Zweifelsfall gegen Daud und für König Zaher Schah waren), schlossen sich nach der "April-Revolution" des Jahres 1978 auch die Daud-Anhänger im Großen und Ganzen der Reihe der gegen die Sowjetisierung Afghanistans kämpfenden Oppositionellen an. Damit blieb der Kreis, der den Prozeß der Sowjetisierung Afghanistans forcieren wollte, auf die "Demokratische Volkspartei Afghanistans, DVPA" beschränkt, wodurch gleichzeitig die schwache soziale Basis der sog. "April-Revolution" ersichtlich wird. Die Massen der afghanischen Völkerschaften wurden erst dann die Träger des Kampfes, nach dem von den Auswirkungen der Maßnahmen der Sowjetisierung Afghanistans, welche die DVPA ergriff, alle sozialen Schichten, Regionen und Nationalitäten unmittelbar

betroffen wurden. Dieser Transmissionsmechanismus läßt sich wie folgt darstellen:

Die Hintergründe des afghanischen Widerstandes gehen nicht auf eine Kette zufällig vollzogener Ereignisse und Maßnahmen zurück, die von der DVPA unter der direkten Regie der sowjetischen Berater durchgeführt wurden. Der Widerstand ist vielmehr das Produkt einer aus der sowjetischen Ideologie konsequent abgeleiteten Politik, welche die sowjetische Vorstellung vom Fortschritt und Entwicklung in der Peripherie, in diesem Fall in Afghanistan, widerspiegelt.

Bei der Untersuchung der Ursachen des afghanischen Widerstandes nach dem April-Putsch des Jahres 1978, muß zunächst zwischen der Art als auch nach den Auswirkungen, zwischen den an die Adresse der städtischen Bevölkerung gerichteten und die ländliche Bevölkerung angehenden Maßnahmen differenziert werden.

Auf der Ebene von städtischen Zentren wurden von der DVPA einige Maßnahmen getroffen, welche sowohl ökonomischer als auch gesellschaftspolitischer Natur waren. Auf dem Gebiet der Ökonomie lassen sich folgende Beispiele anführen, welche dazu führten, daß sich die Händler und die kleine Schicht der Industriellen in ihrem herkömmlichen Aktionsradius eingeengt fühlten:

- Gründung der "Händlerverbände" mit Zwangsmitgliedschaft und bürokratischen Auflagen;
- Erschwerung der Eröffnung eines "Letter of Credit", und
- Erschwerung der Devisenbeschaffung zum Import.(3)

Hinzu kommt noch die Tatsache, daß u.a. aufgrund der politischen Propaganda der Regierung der DVPA, im Lande selbst seien ausreichend Arbeitsmöglichkeiten vorhanden, viele Afghanen, welche seit Jahren und Jahrzehnten im arabischen Raum und im Iran als Gastarbeiter beschäftigt waren, heimkehrten. Viele von ihnen hatten die iranische Revolution gegen den Schah mitgemacht und daher hatten sie ein bestimmtes politisches Bewußtsein entwickelt. Andere, zum ersten Mal in den Genuß z.B. eines Transistor-Radios gekommen, wollten auf den durch harte Arbeit im Ausland verdienten Ersparnissen ihr Zukunftsglück aufbauen. Hunderttausende an der Zahl, konnte aber kaum einer von ihnen daheim eine passende Arbeit finden. Hiermit wurde also ein zweites Unruhepotential geschaffen.

Von großer Bedeutung ist jedoch, daß auf politischer Ebene eine derartige repressive Atmosphäre geschaffen wurde, wodurch alle Andersdenkenden plumpen Beleidigungen, banalen Beschimpfungen, willkürlichen Verhaftungen und sonstigen Repressalien ausgesetzt waren.

Diesbezüglich hat der damalige Generalsekretär der DVPA, Taraki, folgenden Standpunkt vertreten: "Kurz gesagt ist die Staatsmacht mit vollem Erfolg in der Hand der DVPA, der Avantgarde der Arbeiterklasse des Landes. Diejenigen, die nicht dieser Partei angehören und getrennt von ihrer politischen Tätigkeit treiben, sind die Feinde der Errungenschaften des afghanischen Volkes und Punkt. Wir werden den Feinden der Revolution keine Luft zum Atmen lassen. Wir werden wie Dampfwalzen über ihre Knochen rollen." (4) Ausgehend von dieser Denkweise wurde ein Terrorsystem praktiziert, dem über Zehntausende von Patrioten aus sämtlichen sozio-ökonomischen Schichten Afghanistans zum Opfer fielen.

Genauso haben die "Chalqies" (Volk) und die "Partschamies" (Fahne), zwei Fraktionen der DVPA, auf einer anderen Ebene durch undurchdachte, subjektivistische und den Realitäten der afghanischen Gesellschaft völlig fremde "Reformmaßnahmen" die ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande zerstört, die gegenseitigen sozialen Beziehungen zerrüttet, und vor allem die überkommenen, traditionellen, aufeinander harmonisch zugeschnittenen Formen des Zusammenlebens vergewaltigt.

Unter dem Vorwand der Bekämpfung des "Feudalismus" hat die DVPA alles einzig und allein auf "feudalistische Produktionsweise" reduziert und darauf ihre Strategie der Machtetablierung und damit die Integration der afghanischen Wirtschaft und Gesellschaft in die sowjetische Machtsphäre aufgebaut. Natürlich war dies dogmatisch befremdend und verräterisch. Vor allem trug es den tatsächlichen Realitäten der vielfältig heterogen strukturierten afghanischen Gesellschaft in keiner Weise eine angemessene Rechnung. (5)

Über diese allgemein zum Tragen kommende Politik hinaus, von der alle gesellschaftspolitischen Gruppen und Schichten betroffen waren, gibt es auf einer anderen Ebene gewisse Momente, welche dem Vorhaben der DVPA, nämlich der Sowjetisierung Afghanistans, entgegenwirken. Bekanntlich besteht die afghanische Gesellschaft aus verschiedenen Nationalitäten und Volksstämmen. Jede Nationalität hat auf ihre Weise und in einer geeigneten Zeit auf die Vorhaben der DVPA reagiert; gewiß entsprechend ihrem eigenen Erlebnishorizont und ihren geschichtlichen Erfahrungen.

Usbeken und Turtmenen, welche zum Teil die Nachkommen der aus den Regionen jenseits des Amu-Daria (Grenzfluß zur SU) stammenden ehemaligen Flüchtlingen sind und zum Teil in Afghanistan immer noch nicht Fuß gefaßt haben, haben als Rechtfertigung ihrer ablehnenden Haltung etwa folgendermaßen argumentiert: "Damit unsere Kinder auch nicht zu Flüchtlingen werden, werden wir diesmal hier im Lande gegen die Russen Widerstand leisten und nicht wie unsere Väter woanders Zuflucht suchen".

Die Hazaras, welche jahrhundertlang gegen die politische Unterdrückung und ökonomische Unterentwicklung zu kämpfen hatten, haben in der Machtergreifung der DVPA einen Moment gesehen, in dem das Tabu der Stärke der Zentralmacht in Kabul zusammenbrach. Sie wollten daher nun durch aktives Handeln ihren sozialen Stellenwert selbst bestimmen und sich nicht mehr alles von Kabul aus diktieren lassen. Ein junger Nuristani, der gegen die Zentralregierung nach der Machtergreifung der DVPA zur Waffe gegriffen hatte, meinte, daß nach Jahrzehnten systematischer Zerstörung seiner Kultur, es nun an der Zeit sei, daß er selbst seine kulturelle Identität wiederherstelle.

Viele Tadjiken, als Staatsbeamte mittleren Ranges, wurden aus ihren verantwortungsvollen Positionen buchstäblich verdrängt und durch nicht qualifizierte Parteimitglieder ersetzt, was zur Erhöhung der Schar der Unzufriedenen beitrug.

Viele Paschtunen - trotz Rivalitäten zwischen Gheldjaies und Duranies (zwei Hauptstämme der Paschtunen)-, die sich seit Jahrhunderten als staatstragendes Volk verstehen, haben in der Machtübernahme von Taraki als Generalsekretär der DVPA zunächst nur eine Verlagerung der Machtstruktur innerhalb der paschtunischen Stämme und in der Person von Taraki den Garanten der Kontinuität gesehen. Erst nach und nach verstärkte sich auch bei ihnen der Unmut gegen den neuen Kabuler Machthaber und mit der Invasion der sowjetischen Soldaten im Dezember 1979 wurde auch der letzte Zweifel daran beseitigt, daß auch Taraki und seine Mannschaft treuherzige Diener einer Fremdmacht sind. Daher war der Widerstand jetzt auch in den Augen der Paschtunen eine gesellschaftliche Pflicht und historische Notwendigkeit.

Last not least hat auch das Fehlen des unmittelbaren Bezugs des einzelnen Individuums zum Staat eine derartige Rolle gespielt, daß die Zentralinstanz auch nach der Machtergreifung der "DVPA" nur mittelbar wahrgenommen wurde. Denn in Gesellschaften wie Afghanistan, vor allem in ländlichen Gebieten und entlegenen Dörfern, sind die Beziehungen der Einzelnen zum Staat

eher imperial geregelt; d.h. mittelbar durch Khan und Arbab (Stammesoberhaupt), Malek (Dorfbürgermeister), Naser (Aufpasser) und Mirau (Wasseraufpasser).

Die Frage der Entfaltung der zentrifugalen Kräfte hat in der segmentären Gesellschaft des afghanischen Raums schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. Die Zentralinstanz ist nur dann und solange stark, wie die Zusammenarbeit zwischen den im Zentrum an den Machthebeln Sitzenden und den Einflußreichen an der Peripherie funktioniert. Diese Zusammenarbeit ist jedoch nur dann gewährleistet, wenn die zentrifugalen Kräfte an der Erbeutung des "Surplus" der fremden Gebiete seitens der Zentralinstanz beteiligt sind. Ist diese Einnahmequelle, aus welchen Gründen auch immer, ausgetrocknet, sind die zentrifugalen Kräfte keineswegs bereit, zur Aufrechterhaltung der Zentralinstanz von sich aus finanziell beizutragen. Denn dies würde einen Einschnitt in ihren eigenen Ermessensspielraum bedeuten. Bei der historischen Formation des afghanischen Raums hat dieser Aspekt schon immer eine gewichtige Rolle gespielt. (6)

Überträgt man diesen Gedankengang auf die Politik der DVPA, so ist klar erkennbar, daß die DVPA sowohl politisch als auch ökonomisch ihren eigenen Ermessensspielraum auf Kosten der ländlichen Einflußreichen erweitern wollte. Die politische Einflußnahme wäre wahrscheinlich zumindest zum Teil durchsetzbar gewesen, wenn kräftige Finanzspritzen für die ländlichen Gebiete vorhanden gewesen wären, was man auf dem Land als Kompensation für die Beeinträchtigung der politischen Macht hinzunehmen bereit gewesen wäre. Unter Berücksichtigung der o.a. Aspekte wurde jedoch der nationale Charakter des Widerstands der afghanischen Völkerschaften gegen die Sowjetisierung Afghanistans erst dann evident, nachdem die sowjetischen Invasionstruppen im Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert waren. Jeder hat quasi versucht, sein Nest, sein Hab und Gut zu verteidigen.

II. Struktur des afghanischen Widerstandes

Wie erwähnt war kurz nach der Machtübernahme der DVPA der Widerstand der Afghanen gegen die Sowjetisierung ihres Landes vorerst auf den politisch bewußten, jedoch nicht zur DVPA zählenden Teil der afghanischen Elite beschränkt. In dieser Phase haben verschiedene Kräfte folgende Reaktionen gezeigt:

1. Parteipolitische Aktivisten verschiedener Gruppen waren sich aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit über den machtm monopolistischen Anspruch - und damit über den totalitären Charakter - der DVPA im klaren. Sie haben daher eine Strategie der Reaktivierung ihrer parteipolitischen Aktivitäten, wenn auch nur im Untergrund, eingeschlagen.

2. Die nicht mehr organisierten oder in Passivität geratenen Kräfte haben zum Teil eine abwartende Haltung eingenommen und zum Teil sich wieder organisiert und sind aktiv geworden. Diejenigen, die die Entwicklung abgewartet haben, haben auch wiederum zum großen Teil dieses blinde Vertrauen mit ihrem Leben bezahlt. Denn sie sind zu Hause geblieben und weiterhin ihrer geregelten Arbeit nachgegangen.

3. Politisch Indifferente haben sich zum Teil aus Opportunismus der DVPA angeschlossen und zum Teil haben sie geglaubt, daß sie auch diesmal, wie in der Vergangenheit, ohne politisches Engagement sich zurechtfinden werden. Das hat sich jedoch als großer Fehler erwiesen. Auch sie wurden später von der DVPA gezwungen, Farbe zu bekennen; denn die Parole der DVPA lautete unmißverständlich: entweder mit uns oder gegen uns.

4. Die dünne Schicht der Industriellen und Händler, die man mit gewissem Vorbehalt als nationale Bourgeoisie bezeichnen kann, wurde unruhig und unsicher.

5. Die Massen der Afghanen blickten lange nicht durch, worum es ging. Im besten Fall wurde von "Patscha-Gardeschi" gesprochen, nämlich, daß ein König abgesetzt war und ein anderer den Thron besteigt.

Trotz dieser Zersplitterung wurden jedoch schnell im ganzen Land zunächst kleine "Agitationszellen" gebildet, welche die Entlarvung der DVPA sich zum Ziel gesetzt hatten. Sie entwickelten sich bald in Zusammenarbeit miteinander und in der Entwicklung ihrer Arbeit zu "Aktionszentren", welche streng konspirativ tätig waren. Der Aktionsradius dieser Aktionszentren war gewiß zunächst lokal beschränkt; eine Zusammenarbeit mit anderen Zentren bestand nur im Austausch der Informationen. Sie hatten sich vor allem die Aufgabe gestellt, im Bedarfsfall sich selbst, als ehemalige parteipolitische Aktivisten und, eventuell auch andere Persönlichkeiten, welche nun gegen die DVPA in Opposition standen, vor willkürlichen Untaten und Brutalitäten der Anhänger der DVPA, konsequent auch mit Waffen zu verteidigen.

Erst in einer späteren Phase, nach dem auch der "kleine Mann" von den Auswirkungen der Maßnahmen und der Willkür der DVPA unmittelbar betroffen war, formierte sich rasch aus den kleinen, von Charakter her spontanen Zusammenstößen mit den Anhängern der DVPA ein bewaffneter Aufstand, welcher nun im ganzen Land aufflackerte. Die Aufstände in Tscharkand, Bamyán, Asmar, Herat und schließlich in Balahasar/Kabul liefern gute Beispiele dieser Spontanität. Als sich im März 1979 die Arbeiter der Textil-Fabrik in Herat nach ihren verschwundenen Kollegen bei der Distriktpolizei friedlich erkundigen wollten, wurde auf sie brutal geschossen. Dem schlossen sich die kleinen Ladenbesitzer, die selbst Zeuge des Verschwindens des Mullahs ihrer eigenen Moschee waren und Tagelöhner, die an dem Tag- und nicht nur an diesem Tage - keine Arbeit gefunden hatten, an. Unter Anleitung einer kleinen intellektuellen Gruppe, die sich gezwungenermaßen versteckt hielt, entfachte sich durch den Zorn der zunächst friedlich versammelten Arbeiter und Bazar-Leute ein bewaffneter Aufstand, dem es gelang, vier Tage lang die Stadt als "befreites Gebiet" selbst zu verwalten.

Gestützt auf die Tradition und beschleunigt durch das vorherrschende repressivpolitische Klima, bildeten sich nun im In- und Ausland politische Organisationen, welche sich zusammen mit den vorher existierenden politischen Gruppen auf folgende, drei Ebenen reduzieren lassen:

- Organisationen parteipolitischer Ausprägung,
- Traditionelle Stammesvereine,
- Kommandantenstruktur.

1. Organisation parteipolitischer Ausprägung

Hiermit sind diejenigen Gruppen und Gruppierungen konzipiert, welche sich nach dem bekannten Muster einer Partei oder parteiähnlichen Organisation richteten. Sie haben eine Satzung, in der das politische Statut und die organisatorische Struktur der Gruppe verankert ist.

Diese Organisationen parteipolitischer Ausprägung lassen sich in folgende drei Strömungen einteilen:

- 1.1 Religiöse Organisationen,
- 1.2 Nationaldemokratische Gruppen,
- 1.3 Sozialrevolutionäre Gruppierungen.
- 1.1 Religiöse Organisationen

Diese Organisationen lassen sich hauptsächlich von den anderen politischen Organisationen dadurch abgrenzen, daß bei ihnen die explizite Berufung auf islamische Wertvorstellungen bzw. deren Verwirklichung, gemäß ihrem jeweils spezifischen Verständnis des Islam, als ein gemeinsames Kriterium gilt. Sie sind deshalb auch nicht einheitlich. Es muß auf einer Ebene zwischen Militanten und Gemäßigten, und auf anderer Ebene zwischen Fundamentalisten und Traditionalisten differenziert werden. Schon zu Beginn der sowjetischen Invasion in Afghanistan war eine Reihe religiöser Organisationen bekannt, welche zumindest durch ein Flugblatt ihre Existenz bzw. ihre Partizipation am Kampf gegen die Kabuler Regierung und die sowjetischen Invasoren dokumentiert hatte. Viele von ihnen stellen immer noch lose Interessengemeinschaften dar. Im einzelnen sind folgende Organisationen bekannt.:

(1) Andjomane Islami Afghanistan (Islamischer Verein Afghanistan) unter Führung von Schaikh Abdul Basier; eine schiitisch-politisch gemäßigte, kleine Gruppe.

(2) Djabhai Djahade Islami Nuristan (Front des islamischen heiligen Krieges von Nuristan) unter Führung von Moh. Anwar Amin; sunnitisch, politisch pragmatisch.

(3) Djamate Islami Afghanistan (Islamischer Bund Afghanistans) unter Führung von Prof. Burhanuddin Rabbani; sunnitisch, dari-sprechende Tadjiken; theoretisch-fundamentalistisch, in der Praxis pragmatisch, gemäßigt.

(4) Djabhai Nedjate Meli Afghanistan (Nationale Befreiungsfront) unter Führung von Sebghatullah Modjaddadi: sunnitisch- Naqschbandi-Sufi; gemäßigt, traditionalistisch.

(5) Djonbesche Islame Motarraqi Afghanistan (Bewegung des fortschrittlichen Islam); theoretisch orientierter kleiner Arbeitskreis der jungen schiitischen Intellektuellen.

(6) Djonbesche Islami Mostasafiene Afghanistan (Islamische Bewegung der Entrechteten Afghanistans); eine Aktionsgruppe der schiitischen Traditionalisten.

(7) Djonbesche Mosalmanane Afghanistan (Bewegung der Moslems Afghanistans); eine konfessionell gemischte Gruppe, welche sich vorerst die Einheit der Moslems in Afghanistan zum Ziel gesetzt hat.

(8) Etehade Ulomai Afghanistan (Verein der Gelehrten Afghanistans); beschäftigt sich eher mit der Auslegung der islamischen "Scharia" (= Rechtsvorschriften).

(9) Grohe Nasr Afghanistan (Siegesgruppe Afghanistans); unter Führung von Schaikh Mohammad Sadiqi; schiitisch, fundamentalistisch.

(10) Hezbe Harakate Enqelabe Islami Afghanistan (Partei der islamischen Revolutionsbewegung), unter Führung von Maulawie Mohammad Nabi Mohammad; sunnitisch, traditionalistisch, gemäßigt.

(12) Hezb-e-Islami Afghanistan I (Islamische Partei Afghanistans); unter Führung von Gulbuddin Hekmatyar; sunnitisch, fundamentalistisch, militant.

(13) Hezbe Raade Islami Afghanistan ('Donner'-islamische Partei Afghanistans); unter Führung von Saadat Maluk Tabesch; schiitisch, revolutionär-pragmatisch.

(14) Neiroi Islami Afghanistan (Islamische Kraft Afghanistans); eine revolutionär-islamische Aktionsgruppe.

(15) Sasmane Mujahedin Mostasafien Afghanistan (Organisation der entrechteten Mujahedin Afghanistans); revolutionärer Islam, anti-feudal, militant.

(16) Mahase Melli wa Islami Afghanistan (national-islamische Front); unter Führung von Sayyed Ahmad Gailani; sunnitisch, Qaderia Sufi, traditionalistisch, gemäßigt.

(17) Etahade Islami Barai Asadi Afghanistan (Islamische Allianz zur Befreiung Afghanistans); unter Führung von Abdul Rab Sayyaf; sunnitisch-wahabistisch, fundamentalistisch, militant.

(18) Hezb-e-Islami Afghanistan II (Islamische Partei Afghanistans) unter Führung von Maulawie Mohammad Younes Khaless; sunnitisch, fundamentalistisch, militant.

(19) Reja-Rohanniate Jawane Islami Afghanistan - (Junge islamische Geistliche Afghanistans); junge schiitische, religiöse Intellektuelle, theoretisch fundiert, militant.

(20) Sasmane Alhadid (Organisation der Schärfe und Standhaftigkeit - wörtlich übersetzt: Eisen -); gemischte Konfession, junge revolutionäre Kader, eher auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet.

(21) Sasmane Pasdaran (Revolutionswächter), schiitisch, fundamentalistisch, militant.

(22) Jehade Islami (Islamischer heiliger Krieg); schiitisch, militant.

(23) Jabhai Motahede Islami (Islamische Einheitsfront); schiitisch, gemäßigt.

(24) Hisbullah (Partei Gottes); unter Führung von Qari Yakdast; schiitisch, militant, fundamentalistisch.

(25) Hezb-e-Dawati Islami (Partei zur Einberufung der islamischen Einheit); schiitisch, gemäßigt, pragmatisch.

(26) Etahadi Islami Mujahedin Afghanistan (Islamische Einheit Mujahedin Afghanistans); unter Führung des Hazara Haji Abdul Hussain Maqsudi bekannt als Wali Beeg; schiitisch, intellektuell gemäßigt, Pragmatisch.

(27) Loya Melli Motaheddah Djabha (Große nationale Einheitsfront); unter Führung von Haji Almas; gemäßigt, pragmatisch, Ex-König Zaher Shah ergeben.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese islamisch ausgeprägten Gruppierungen sowohl in ihrem theoretischen Verständnis des Islam als auch in der praktischen Auslegung, vor allem wenn es um die angewandte bzw. zu errichtende islamische Gesellschaftsordnung geht, in vielfältiger Hinsicht differieren.

Diese Unterschiede sind nicht nur rein theoretischer Natur. Sie sind in der Frage der Praxis, z.B. in der Frage der Einheitsbildung, von sehr großer Relevanz (darauf wird später im Zusammenhang mit der Frage der Einheitsbildung, noch eingegangen).

1.2 Nationaldemokratische Organisationen

An Gemeinsamkeit haben diese nationalgesinnten Gruppen untereinander und mit den angeführten religiösen Gruppierungen, daß sie sich in ihrer theoretischen Analyse und in ihren praktischen Aktionen zunächst aufgrund des monopolistischen Anspruchs der DVPA gegen die Regierung dieser Partei und anschließend nach der Invasion der sowjetischen Truppen in Afghanistan gegen die Invasoren eingesetzt haben. Über die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Afghanistans hinaus, kämpfen sie jedoch hauptsächlich auf dem Wege des Partei-Pluralismus für die Etablierung einer auf die Situation der afghanischen Gesellschaft zugeschnittenen, freiheitlich demokratischen Ordnung. Zunächst mündeten ihre gesellschaftspolitischen Überlegungen in

Modernisierungskonzepte westlicher Prägung. Inzwischen sind die Konturen einer nationalen Entwicklungsstrategie bei ihnen deutlich erkennbar.

Es sind folgende Gruppierungen bekannt, welche den Anspruch der national-demokratischen Gesinnung erheben:

- (1) Da Afghanistan Ghorzang (Aufstand der Afghanen)
- (2) Grohe Afghan (Gruppe der Afghanen)
- (3) Jeriane Demokrate Motarraqi (fortschrittlich-demokratische Bewegung)
- (4) Da Afghanistan Da Mellat Olesi Sasman (Volksorganisation der afghanischen Nation)
- (5) Jabhai Asadie Khahane Afghanistan (Front der Freiheitsliebenden Afghanistans)

1.3. Sozialevolutionäre Gruppierungen

Charakteristisch ist für diese Gruppierungen, daß sie sich zunächst auch vor der "April-Revolution" für den bewaffneten Kampf einsetzten. Sie waren für eine auf die Werktätigen - Bauern und Arbeiter - als soziale Basis gestützt Revolution, jedoch nicht für eine Umwälzung der Verhältnisse von oben. Sie haben die Machtergreifung der DVPA als eine fraktionelle Machtergreifung innerhalb der politischen Machtelite ausgelegt. Sie waren in keinen Putschversuch verwickelt. Das darf jedoch nicht dahin interpretiert werden, daß sie nicht versucht hätten, auch in der afghanischen Armee an Einfluß zu gewinnen. Sie bilden vielerorts kleine "Arbeitszellen" und mancherorts operieren sie als eigenständige Kampffronten.

Aus der Reihe sozialrevolutionärer Organisationen sind folgende Gruppierungen bekannt:

- (1) Sasmane Chorasani (Chorasan-Organisation)
- (2) Sasmane Rehai (Befreiungsorganisation)
- (3) Sasmane Asadi Bakhsche Mardome Afghanistan (Organisation zur Befreiung des afghanischen Volkes) - SAMA -
- (4) Sasmane Rahai Bakhsche Khalqhai Afghanistan - Sorkha - (Organisation zur Rettung des Volkes Afghanistans)
- (5) Sasmane Wahdate melli Afghanistan - Soma - (Organisation zur nationalen Einheit Afghanistans)

(6) Tshariekhai Schahri Haqqaraste Afghanistan (Für die Gerechtigkeit kämpfende Stadt-Guerillas Afghanistans)

In ihrem Zwei-Fronten-Kampf, sowohl gegen die sowjetischen Invasoren als auch gegen den religiösen Fanatismus, sind diese Gruppierungen mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Bemerkenswert sind ihre organisatorischen Talente, ihre politische Vitalität und physische Überlebenskunst.(7)

2. Traditionelle Stammesvereine

Neben den o.a. Gruppierungen, welche sich mehr oder weniger als politische Parteien konzipiert haben, sind in Afghanistan, aus der historischen Tradition des Kampfes gegen die Fremdherrschaft, Organisationen entstanden, die sich in erster Linie als Stammesvereine verstehen. Sie sind daher in ihrem Aktionsradius regional beschränkt. Von überregionaler Bedeutung sind folgende Vereine:

1.) Etehadiae Islami Walayate Schmale Afghanistan (Islamischer Verein nördlicher Provinzen Afghanistans); er setzt sich hauptsächlich aus den im Norden des Landes beheimateten Usbeken, Turkmenen und Tadjiken zusammen; gegründet wurde dieser Verein Ende 1981.

2.) Schoraie Enqelabie Etefaqe Islamie Afghanistan (Revolutionsrat der islamischen Einheit Afghanistans). Gebildet im Sommer 1979; bekannt als Schoraie Etefaq (8); er ist eine Vereinigung verschiedener Hazara-Gebiete in Zentral-Afghanistan.

3.) Schurai Islami Mellate Afghanistan (Islamischer Rat der afghanischen Nation); der Rat vertritt fünf paschtunische Volksstämme im Süden und Südwesten des Landes. (9)

Aufgrund der Stammesstruktur in Afghanistan bilden diese Vereine eine durchaus pragmatische Basis für die Zusammenarbeit, zunächst der einzelnen Mitglieder des eigenen Stammes und darüber hinaus verschiedener anderer Stämme miteinander.

3. Kommandantenstruktur

Aus dem am Kampf gegen die Sowjetisierung Afghanistans unmittelbar beteiligten Frontkommandanten, hat sich mit der Zeit eine gewisse Kommandantenstruktur entwickelt, welche in ihrem Aktionsradius hauptsächlich eigenständig operieren, und zu den Exilparteien in Peschawar oder Maschhad nur lose Bindung haben. Diese Bindung ist in erster Linie zweckgebunden. Die

Exilparteien werden lediglich als "Sachverwalter" betrachtet, die Waffen und materielle Unterstützung liefern können. Die nationale (oder besser gesagt, lokale) und islamische Identität dieser Kommandanten ist bekannt. Sie sind unmittelbar aus dem Kampf- und damit aus dem Volk - hervorgegangen. Es handelt sich bei ihnen zum Teil um ehemalige Lehrer, Offiziere, aus den Städten zurückgekehrte Söhne der Dörfler und Lokalpolitiker, die sich jahrelang gemeinsam mit dem "Fußvolk" gegen die Invasoren geschlagen, sich im Kampf bewährt und letzten Endes sich als Kommandant und damit als Führer in ihrem Gebiet profiliert haben. Das Rückgrad dieser Kommandantenstruktur bilden im Wesentlichen die ehemaligen Offiziere der afghanischen Armee, welche mit ihren Untergebenen und Waffen sich dem Widerstand angeschlossen und zum Teil selbständige Gruppen gebildet haben. Sie sind in ihrem Kampf erfolgreich, weil sie sich mit dem Waffensystem, mit der Taktik und dem logistischen Konzept der Sowjets auskennen; denn sie haben ja schließlich zum großen Teil ihre militärische Ausbildung in der Sowjetunion erhalten.

Bekannte Beispiele aus der Reihe der Frontkommandanten liefern dazu Said Hassan, bekannt als "Djagran" Major in Ghasni, Amin Wardak in Wardak, Ahmad Schah Masud in Panj Scheer, Noor Mohammad Noorzai in Kandahar, Ismail Khan in Herat, Assadullah in Takhar, Aschur Pahlawan in Masar-i-Scharief, Naser Hussein in Darai Soof, Anwari im Raum Kabul, Khasan Gul in Tani und Mokhtar in Schahe Mardan (Kandahar). Es spricht einiges dafür, daß sich der Wirkungsbereich der Frontkommandanten noch weiter vergrößern wird und damit erhalten sie einen noch bedeutenderen Stellenwert.

Dieder Dreier-Konstellation (parteipolitische Gruppierungen, traditionelle Stammesvereine und Frontkommandanten) sind sehr eng miteinander verflochten und ergänzen sich zu einer komplementären Opposition. Denn trotz der internen Hemmnisse und Reibereien ist für sie charakteristisch, daß sie alle gegen den gemeinsamen Feind, in diesem Falle gegen die sowjetischen Invasionstruppen und ihre Satrapen in Afghanistan, von der Stoßrichtung des Kampfes her gemeinsam kämpfen.

III. Entwicklung des Widerstandes

Bei der Entwicklung des Widerstandes der afghanischen Völkerschaften gegen die Sowjetisierung Afghanistans können wir erkennbar zwischen mindestens zwei Phasen differenzieren:

- Formierungsphase

- Systemphase

1. Formierungsphase des Widerstandes

Mit der Formierungsphase, die sich in etwa bis Ende 1982 erstreckt, ist eine Etappe in der Entwicklung des Widerstandes konzipiert, in der sich der Widerstand der Afghanen noch nicht ganz etabliert hatte. Es gab in vielfacher Hinsicht Hemmnisse, Ungereimtheiten und Schwierigkeiten, die erst ausgeräumt werden mußten. Diese Phase ist durch folgende Aspekte gekennzeichnet:

1.1 Der Charakter des Widerstandes: spontan und unkoordiniert

Der Widerstand trug immer noch den Charakter der Spontanität mit sich. Getragen wurde jedoch der Widerstand, vor allem nach der Invasion der sowjetischen Truppen, unbestritten von allen gesellschaftspolitischen Kräften und Nationalitäten.

Es gab kaum überregionale Koordinierung des Kampfes. Die Zahl und die Aktivitäten der überregional mobilen Mujahedin war eben beschränkt.

1.2 Hauptkraft des Widerstandes: Islam

Führende und mobilisierende Kraft des Widerstandes war in dieser Phase der Glaube des Islam, was durch einen Überblick über das theoretisch-organisatorische Potential einzelner gesellschaftspolitischer Kraft verständlich wird:

a) Sozialrevolutionäre:

Nach dem Staatsstreich des Jahres 1978, der von der DVPA unmißverständlich in provozierender Form als eine "Sozialistische Revolution" hochgepriesen wurde und sogar mit der Oktoberrevolution der Sowjetunion verglichen wurde, wurden Sozialrevolutionäre 'ideologisch entwaffnet'. Aufgrund des brutalen Vorgehens der DVPA, was den Zorn der afghanischen Massen verursachte, konnte keiner mehr das Wort "sozial" in den Mund nehmen.

Hinzu kommt noch die Tatsache, daß diese Gruppen auch parteipolitisch keine erkennbare anders klingende Alternative anbieten konnte. Organisatorisch waren sie peinlich zersplittert. Es gab nur kleine Zellen, deren Arbeit vorerst auf Diskussion und Positionsfindung beschränkt war. Im Hinblick auf die personellen Kader, welche die neu entstandene Situation realistisch eingeschätzt und weder separatistisch noch dogmatisch gehandelt hätten, war die obere Hierarchie der 'Zellen' nur dünn besiedelt.

b) Nationaldemokraten:

Von ihrer ökonomischen Basis her waren sie schwach ohne entsprechend ausgeprägtes 'politisches Bewußtsein'. Ihre politische Orientierung war daher sehr verschwommen. Die Bewegungsfreiheit führender Persönlichkeiten dieser Gruppen war, wie überhaupt bei allen 'Andersdenkenden' der Fall, sehr eingengt. Organisatorisch waren sie schwach und in ihrem politischen Handeln opportunistisch.

c) Religiöse Kräfte:

Parteilich waren sie ebenfalls schwach; gesellschaftlich jedoch war der Nährboden für sie sehr günstig. Sie benötigten keine allumfassende, im einzelnen durchdachte politische Alternative. Die Plausibilität einer parteilich politischen Alternative in ihrem symbolischen Charakter spielte hierbei keine Rolle. Sie brauchten nur an den islamischen Glauben der moslemischen Völkerschaften zu appellieren, um damit die Massen der Afghanen gegen die Untaten der DVPA mobilisieren zu können.

Darüber hinaus profitierten sie von der religiös geprägten Atmosphäre in der Region. Denn nur im Iran hat die "islamische Revolution" gesiegt; genauso war der Islam in Pakistan im Vormarsch.

1.3 Bewaffnung: unzureichend und wenig wirksam

Nur etwa knapp die Hälfte der aktiv kämpfenden Widerstandskämpfer war mit modernen Kalaschnikows, sowjetischer Bauart, ausgerüstet. Ansonsten waren die aus dem zweiten Weltkrieg, oder davor stammenden Gewehre aus persönlichem Besitz der Standard. Gegen Panzer hat man vielerorts aus billigen Schnellkochtopfen Minen gebastelt. Abgesehen von BM 12 (chinesischer Raketenwerfer), welche in kleiner Zahl und nur in bestimmten Gebieten vorhanden waren, war der Widerstand sonst den Luftangriffen der sowjetischen Invasionstruppen, vor allem denen der gefürchteten sowjetischen Kampfhubschrauber des Typs MI 8 und MI 24, nahezu schutzlos ausgeliefert.

Bis auf einige Kommandanten hatten die Widerstandskämpfer keine systematische, militär-taktische Ausbildung aufzuweisen. Nicht zuletzt auch deswegen waren in dieser Phase die Verluste der afghanischen Kämpfer immens hoch.

Doch die "Messerstiche" der Mujahedin waren wirksam genug, um die sowjetischen Strategen mehrfach zu Revision ihrer logistischen Konzeption zu veranlassen. Die typische Kampftaktik der Afghanen, welche sich in ihrer natürlichen Umgebung gut auskannten, blitzschnell zuschlugen und ebenso

schnell die Stellungen wechselten bzw. sich zurückzogen, bewirkten bei den sowjetischen Soldaten doch schon mehr als nur wochenlange schlaflose Nächte.

Der landesweit verbreitete Widerstandskampf blieb im Großen und Ganzen eindimensional, d.h. beschränkt auf den militärischen Aspekt. Weil darüber hinaus den ökonomischen, gesundheitlichen und kulturellen Aspekten keine große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, konnte auch im Hinblick auf die Langwierigkeit der Kriegsführung kein adäquates Konzept entwickelt werden. Und nicht zuletzt aufgrund dieser defizitären Umstände war der Kampf für die Widerstandskämpfer äußerst verlustreich. Nach Schätzungen einiger Frontkommandanten hat man vielerorts in den ersten zwei Jahren nach der Invasion mehr Tote zu beklagen, als in den darauf folgenden fünf Jahren insgesamt.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Defizite kamen viele Beobachter der afghanischen Szene zu der Schlußfolgerung, daß der Widerstandskampf langfristig nicht existenzfähig sein würde. Eine quasi "Endlösung" der afghanischen Völkerschaften schien unabwendbar.

2. Systemphase des Widerstandes

Erst ab Mitte 1982 vollzieht sich im Widerstand ein vieldimensionaler Wandel, wodurch ein Prozeß des Umdenkens eingeleitet wurde. Der Anstoß dazu kam hauptsächlich von den jungen Frontkommandanten, welche unmittelbar gegen die Invasionstruppen einen vielfältigen Kampf führten. Inzwischen waren sie mit den Hauptträgern des Krieges, den Massen der Afghanen in den Dörfern und Städten, in engem Kontakt. Es lag daher auch nahe, daß sie viel besser als die Führer der Exilparteien, welche Tausende von Kilometern weit entfernt residierten, die Schwäche bzw. die Stärke des eigenen Kampfpotentials und somit auch die Sorgen und Leiden des kämpfenden Volkes besser als diese kannten. Im engen Zusammenwirken mit den anderen jungen Intellektuellen, die sich in ihrer politischen Vorstellung als "Nationaldemokraten neuen Typs" charakterisieren lassen, haben einige Frontkommandanten zum ersten Male den vorherrschenden politischen "Analphabetismus" des Widerstandes angeprangert. Sie haben versucht, durch "Politisierung" des Kampfes, den Charakter der Spontaneität des Widerstandes zu überwinden. (10)

Darüber hinaus wurde das Defizit der "Eindimensionalität" des Kampfes, d.h., daß der Krieg einzig und allein in militärischer Hinsicht durchgeführt wurde, von der Mehrheit der am Kampf unmittelbar beteiligten politischen

Elite erkannt. Sie hatten versucht, so rasch wie möglich im Rahmen einer umfassenden Aufklärungsarbeit entgegen zu steuern. Das läßt sich an folgenden Beispielen belegen:

Um der von den sowjetischen Invasionstruppen verursachten "Entvölkerung" der Dörfer systematisch entgegenzuwirken, wurden z.B. große Anstrengungen unternommen, trotz der Demolierung der Wasseranlagen die Felder zu bestellen und den Viehbestand zu erhalten. In befreiten Gebieten wurden Ansätze des Aufbaus eines Selbstverwaltungssystems erkennbar, in dem über den militärischen Aspekt hinaus sowohl dem Gesundheitswesen bzw. der Ausbildung der Kinder größere Aufmerksamkeit geschenkt, wie auch Streitigkeiten innerhalb des einem bestimmten Kommandanten unterstellten Gebietes durch lokale Richter geschlichtet wurden.

In militärischer Hinsicht wurde die Ausbildung systematischer. Daraufhin waren die Widerstandskämpfer in der Lage, taktisch überlegter zu operieren. Und nicht zuletzt konnte auch deswegen ein Prozeß eingeleitet werden, welcher zu einer deutlichen Verringerung der Verluste im unmittelbaren Kampf geführt hat. Die Bewaffnung wurde sowohl qualitativ als auch quantitativ erkennbar verbessert. Die Widerstandskämpfer verfügten jetzt nicht nur ausreichend über Klasknikows, sondern konnten sich auch mit effektiven und modernen Anti-Panzer-Minen ausrüsten, wodurch das strategische Konzept der schnellen Vorwärtsbewegung der sowjetischen Soldaten stark beeinträchtigt wurde. Hierfür liefert das beste Beispiel die schon bekannten mehrmaligen Angriffe der sowjetischen Soldaten im Pandjischier Tal, die zum ständigen Fiasco für die sowjetischen Truppen wurden.

Eine echte Wende wurde jedoch erst dann vollzogen, als die afghanischen Widerstandskämpfer über die schon in einer beschränkt vorhandenen Anzahl moderner Luftabwehrraketen des Types C-2 (sowjetische Bauart) und BM-12 (chinesische Bauart) hinaus dann zusätzlich mit Fliegerabwehrkanonen des Types Oerlikon 20 mm (italienisch-schweizerische Bauart) den britischen Blow-Pipes und vor allem mit den US-amerikanischen Stingern-Raketen ausgerüstet wurden.

Um strategisch zentral und taktisch dezentral effektiver operieren zu können, ist es auch das Verdienst der Frontkommandanten gewesen, mit Nachdruck die Frage der Einheitsbildung aufgeworfen zu haben und zum Teil in ihrem eigenen Ermessensspielraum tatkräftig auf ihre Weise zu praktizieren.

Auch in der Systemphase des Widerstandes der afghanischen Völkerschaften gegen die Sowjetisierung Afghanistans blieb die parteipolitische Zersplitterung des Widerstandes als eine bittere Realität erhalten, doch mit dem Unterschied, daß nun die Notwendigkeit der Einheitsbildung und diesbezüglich, die einer Konsensbildung mehr als je zuvor, vor allem für die politisch bewußten Afghanen evidenter wurde.

ESKURS: Die Frage der nationalen Einheitsbildung

Im Hinblick auf die Einheitsbildung gab es immer noch sowohl objektive, als auch subjektive Hemmnisse und Schwierigkeiten, worauf nun im Folgenden kurz eingegangen werden soll

(1) Strukturelle und gesellschaftspolitisch restriktive Bedingungen

Die afghanische Gesellschaft weist eine vielfältig heterogene Struktur auf. Auf dem afghanischen Boden sind viele Nationalitäten und Volksstämme beheimatet, welche sich nicht nur im äußeren Aussehen, in den Gesichtszügen und im Körperbau unterscheiden. Sie sprechen verschiedene Sprachen, gehören zu verschiedenen religiösen und kulturellen Gemeinschaften, deren Lebensweise von den natürlich-geographischen Gegebenheiten ihres Lebensraumes bestimmt wird. In diesem Sinne bietet der Vielvölkerstaat Afghanistan selbst den Nährboden für Zersplitterung und Uneinigkeit. Hinzu kommt noch, daß gerade nicht zuletzt wegen dieser Struktur die regionalen und internationalen Interessengruppen durch bewußte Förderung einer gewissen Gruppierung ihren Einfluß zur Geltung bringen können.

Als ein weiterer Aspekt spielt die Tatsache eine gewichtige Rolle, daß der afghanische Widerstand in dieser kurzen Zeit nicht die politische Reife aufbringen kann, wofür Vietnamesen oder auch Palästinenser Jahrzehnte benötigten. Damit wird ersichtlich, daß die Existenzdauer vieler afghanischer Gruppierungen zu kurz ist. Sie verfügen überdies auch nur in einem geringen Maße über eigenständige und kampfbegogene Erfahrungen.

(2) Hemmnisse parteipolitischer Ausprägung

Hierbei sind folgende Aspekte zu erwähnen:

- Das falsche Verständnis der Einheitsbildung; Verwechselung der Koordinierung der Arbeit mit der Verschmelzung der Gruppen. Daher besteht eine Angstpsychose, von einer großen, sich als besonders potent darstellenden Gruppe majorisiert zu werden.

- Das Problem der Scheinzentrale; es gibt Gruppen, welchen in benachbarten Ländern Pakistan und Iran Scheinzentralen unterhalten, jedoch im Lande selbst keine Kampffronten oder nennenswerte Anhänger oder sonstige **partei-politische Einrichtungen vorzuweisen** haben. Im Rahmen einer **Einheit könnten sie daher keine Aufgaben erfüllen**, die ihrem 'Image' adäquat wären. **Um nicht entlarvt zu werden, gehen sie von vornherein kein Bündnis ein.**

- Separatistische Krankheit; es gibt Gruppen, welche die Einheitsbildung in der **Stärkung und Vergrößerung ihrer eigenen Organisation erblicken**. Daher ist **von vornherein die Zusammenarbeit für sie als Einverleibung der "Konkurrenten" konzipiert.**

Dies alles darf jedoch nicht zur **Schlußfolgerung verleiten, daß im Laufe der letzten Jahre überhaupt keine Zusammenschlüsse zustande gekommen seien.** Im Gegenteil, es sind **zumindest 25 Versuche bekannt, die eine Einheitsbildung zum Ziel hatten.** Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, könnte man zwischen folgenden Ansätzen unterscheiden:

(1) Der theokratische Ansatz der Islamisten

Ausgehend von den unter den afghanischen Exilgruppen in Pakistan und dem Iran vorherrschenden Meinungen über den Charakter des afghanischen Kampfes, hätte man einen raschen **Zusammenschluß aller islamisch geprägten Gruppen und Parteien erwarten können.** **Denn hierzu wäre unmißverständlich zumindest die theoretische Basis vorhanden.** Wenn sie sich alle auf den **"Islam"** beziehen und den Kampf mit "Jehad" - dem heiligen Krieg - begründen, wären dann im Hinblick auf die Einheitsbildung nur organisatorische Hemmnisse zu überwinden.

Die Ursache dafür, daß es dennoch nicht zu dem ersehnten Zusammenschluß gekommen ist, liegt zum einen in dem **"Islamverständnis"** verschiedener Gruppierungen und zum anderen in der personellen Zusammensetzung der jeweiligen Führungsmannschaft der verschiedenen Organisationen. Bekanntlich sind die 'Gemäßigten' im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen eher liberal und in der Bündnisfrage weitsichtiger als die Fundamentalisten. Immerhin sind von den Parteien und Gruppierungen zwei Bündnisse von großer Bedeutung geschlossen worden.

Peschawar-Allianz

Mit diesem polit-terminologischen Begriff ist die "Islamische Einheit der afghanischen Mujahedin" gemeint (Etehad Islami Mujahedin Afghanistan). Dieser Zusammenschluß der in der pakistanischen Stadt Peschawar ansässigen sieben "Tanzimah" (Organisationen) besteht aus folgenden Gruppen und Parteien:

- Islamischer Bund unter Führung von Rabbani,
- Islamische Partei I unter Führung von Hekmatyar,
- Islamische Partei II unter Führung von Khahales,
- Nationale Befreiungsfront unter Führung von Mojaddadi,
- Nationale Islamische Front unter Führung von Gailani,
- Islamische revolutionäre Bewegung unter Führung von Mohammadi,
- Islamische Allianz zur Befreiung Afghanistans unter Führung von Saiyaf.

Diese Allianz kann als **Sammelbecken** bezeichnet werden, in dem sich religiöse Strömungen von gemäßigten (Mohammadi) bis militanten (Hekmatyar) Islamisten, von Naqschbandi Sufi (Mojaddadi) bis Qaderia-Sufi (Gailani) und schließlich von Hannafi-Sunniten (Khales) bis Wahabiten (Saiyaf) zusammengefunden haben. Ob dieser Zusammenschluß eine harte Bewährungsprobe, z.B. eine mögliche Zusammenarbeit mit dem ehemaligen König Afghanistans, Sahir Schah bestehen wird, ist wegen seines sehr fragilen Charakters mehr als fraglich. Die Peschawar-Allianz ist fast überall im Inland Afghanistans vertreten; ausgenommen im Hazarajat und in den Hochburgen der schiitischen Bevölkerung in Städten und Dörfern Zentral-Afghanistans.

Maschhad-Allianz

Im Sommer 1987 hat sich in der iranischen Stadt Mashhad eine weitere "Allianz" gebildet, die sich als "Front Islamischer Revolution Afghanistans" (Djabhai Enqelabi Islami Afghanistan) bezeichnet.(11) Die "Maschhad-Allianz" wird von folgenden acht afghanischen Gruppierungen getragen:

- Islamischer Aufstand,
- Revolutionswächter,
- Islamischer heiliger Krieg,
- Islamische Einheitsfront,
- Sieg-Gruppe,

- Partei Gottes,
- Partei zur Einberufung islamischer Einheit und
- Islamische Bewegung.

Sie gehören ausnahmslos zur schiitischen Ausprägung des afghanischen Islams und sind hauptsächlich in Zentral-Afghanistan, im Hazarajat, im Norden des Landes, aber auch in den afghanischen Städten und den umliegenden Dörfern bei der schiitischen Bevölkerung verankert. In letzter Zeit hat sich ihr politisches Bewußtsein sehr stark entwickelt. Sie sind viel selbstsicherer geworden. Daher wird auch in der Zukunft sehr stark mit ihnen als gewichtigem Gesellschaftspartner zu rechnen sein.

Von den angeführten Schwierigkeiten kann man zu dem Schluß kommen, daß bei der Lösung der Frage der nationalen Einheitsfront über das Bekenntnis zum Islam hinaus, im Falle Afghanistans, vor allem politische Flexibilität, organisatorisches Talent, sozialpolitische Toleranz und nicht zuletzt die Fähigkeit notwendig sind, gegenüber anderen Gruppen keine negative Abgrenzungsstrategie zu praktizieren.

(2) Der "Loya Jirgah"-Ansatz der Traditionalisten

Die Institution der "Loya Jirgah" (Großen Ratsversammlung) ist in der Tradition der Afghanen verankert. In der Geschichte Afghanistans hat sich dieses 'ur-demokratische' Instrument oftmals bewährt. Schon die ältesten Bewohner der Täler und Hochebenen des Hindukusch-Gebirges haben, wie der afghanische Historiker Kohsad zu berichten weiß (12), zu Beschlußfassungen regelmäßige "Sabha" und "Samiti" - kleine und große beratende Versammlungen - abgehalten.

Im Laufe der geschichtlichen Formation des afghanischen Raumes hat sich dieses Instrumentarium so weit entwickelt, daß sich nicht nur einzig und allein die Völkerschaften Afghanistans in entscheidenden historischen Abständen dieser traditionellen Institution bedient haben. Auch die "Herrscher" des afghanischen Raumes haben entweder instrumentell, zu Etablierung ihrer eigenen Herrschaft oder bei entscheidenden Fragen, vor allem wenn es um das Schicksal des Landes ging, diese traditionelle politische Institution einberufen. Wichtig ist der Hinweis, daß sich dieses Instrumentarium z.B. im 19. Jahrhundert im Kampf gegen Großbritannien hervorragend bewährt hat.

Kurz nach der Invasion der sowjetischen Soldaten in Afghanistan hat sich ein "provisorisches Komitee zur Einberufung der Loya Jirgah" in Peschawar

gebildet. In dem Aufruf dieses Komitees wird zunächst die Notwendigkeit der Einheitsbildung auf dem Wege der Abhaltung der Loya Jirgah argumentativ begründet. Darüber hinaus wurde die gesamte afghanische Nation gebeten, "ihre Vertreter nach der Tradition zur Abhaltung der Loya Jirgah... nach Peschawar zu schicken." (13) Trotz gewisser Schwierigkeiten wurde denn auch eine Ratssitzung in Quetta/Pakistan abgehalten (statt wie vorgesehen in Peschawar).

Die Gründe dafür, daß sie kein großes Echo fand und daher zu keinem Erfolg führte, sind vielfältig. Zunächst waren nicht alle in Afghanistan vorhandenen Nationalitäten und Volksstämme sowie politische Organisationen vertreten. Und nicht zuletzt deswegen und trotz einiger wichtiger Beschlüsse konnte die Kontinuität der Arbeit nicht sichergestellt werden. Wichtig ist auch der Tatbestand, daß einige partei-politische Organisationen, vor allem militante Gruppen in der Institution der Loya Jirgah das Instrumentarium ihrer eigenen Liquidierung gesehen haben. Daher haben sie mit allen Mitteln, sogar mit Drohung und Gewaltanwendung, die Aktivitäten der Loya Jirgah im Keim zu ersticken versucht.

Darüber hinaus hat sich bald in der Praxis deutlich gezeigt, daß die Institution der Loya Jirgah - mit traditioneller Arbeitsweise - den Ansprüchen der modernen Kriegsführung im nationalen Befreiungskampf allein nicht genügt. Doch trotz all dem dürfte dieser Ansatz immer noch als Basis für die Zusammenarbeit verschiedener Kräfte von nicht hoch genug zu veranschlagendem Wert sein.

(3) Der politisch fundierte Ansatz der Sozialrevolutionäre

Dieser Ansatz setzt die Existenz politischer Parteien und Gruppen voraus, welche auf der Basis einer politischen Plattform zusammenarbeiten und eine gemeinsame Kampfstrategie entwickeln.

Der Ansatz der SAMA ("Sasmane Asadabakhsche Mardome Afghanistan") - Organisation zur Befreiung des Volkes Afghanistans -, der zur Bildung der "nationalen Einheitsfront Afghanistans" - NEFA - geführt hat, ist in der Reihe der politisch fundierten und theoretisch durchdachten Konzepte der Einheitsbildung in Afghanistan als ein bedeutender Versuch anzusehen.

Die NEFA wurde 1979 gegründet und versteht sich als ein Zusammenschluß von "revolutionär-islamischen und fortschrittlich-demokratischen Organisationen und Einzelpersonen." (14) Der berühmte Dichter Haschem Zamani, ein

NEFA-Aktiver, erklärt, daß "die nationale Einheitsfront im Lande selbst von den authentischen Freiheitskämpfern gegründet worden ist. Dies vor allem aus dem Grunde, weil sie am besten mit dem Problem des Kampfes vertraut sind." (15)

Die Gründe dafür, daß auch die NEFA bis jetzt nicht - wie von Kadern der SAMA geplant gewesen - in eine landesweit verbreitete Einheitsfront hat einmünden können, sind unterschiedlicher Natur. Zunächst ist dieser Tatbestand **darin begründet, daß nach der Hinrichtung des schon zu seinen Lebzeiten legendär gewordenen Führers der SAMA, Madjiede Kalakani, am 8. Juni 1980 gewisse Schwierigkeiten entstanden, welche die Arbeit der NEFA beeinträchtigten. Trotz großer Verluste an Kadern und Fraktionsbildung scheint sich nun die NEFA wieder, unter Führung von Abdul Qayom Rahbar von ihrem politischen Tief erholt zu haben. Zum anderen sind die Hintergründe dafür, daß "NEFA" in ihrem Aktionsradius beschränkt geblieben ist, zum Teil auf die politische Landschaft und zum Teil auf die politische Struktur einer Reihe der anderen Widerstandsorganisationen zurückzuführen. Denn, unter der Vorherrschenden Atmosphäre in Afghanistan und nicht zuletzt auch in der Region, sind die "Sozialrevolutionäre" in ihrer politischen und organisatorischen Bewegungsfreiheit doch stark eingeengt.**

Mit der NEFA ist der Grundstein einer Front gelegt worden, die mit der palästinensischen PLO oder der EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front) vergleichbar wäre (16), und von der Konzeption her den Anforderungen eines modernen Befreiungskampfes Rechnung tragen kann.

(4) Der pragmatische Ansatz der Frontkommandanten

Hierbei handelt es sich um eine Zusammenarbeit verschiedener Frontkommandanten bzw. Kampffronten. Diese Kooperation basiert weder auf einer **schriftlichen Vereinbarung noch auf einer großangesagten Sitzung der Delegationen verschiedener Gruppierungen. Es handelt sich hierbei um eine informelle Übereinkunft zwischen den Frontkommandanten, Kampferfahrungen bzw. Informationen über die Taktik der Kriegsführung auszutauschen und darüber hinaus sich gegenseitig über die sowjetischen Truppenbewegungen zu unterrichten, sowie im Notfall sich gegenseitig zu unterstützen. Die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Said Hassan Jagran und Mohammed Amin Wardak kann in die Reihe dieses pragmatischen Ansatzes eingeordnet werden. Bekanntlich verfährt auch der Stratege im Pandjschieral, Ahmad Schah Masud, nach diesem Konzept. Weitere Beispiele hierfür liefern die**

Zusammenarbeit zwischen dem 'Verein nördlicher Provinzen Afghanistans' und dem 'Verein südlicher Provinzen Afghanistans'. Auch der "Revolutionsrat der islamischen Einheit Afghanistans" im Hazarajat funktioniert hauptsächlich nach diesem Muster.

Inzwischen hat sich dieser Ansatz in der Praxis bewährt. Im Juli 1987 kamen etwa 1.200 Widerstandskämpfer, darunter 120 Frontkommandanten aus zwanzig afghanischen Provinzen, in der Provinz Ghor zusammen. Im Rahmen eines Zwanzig-Punkte-Programms wurde u.a. beschlossen, sich in sechs Monaten wiederzutreffen, um ein "Supreme Revolutionary Council" mit dem Auftrag zu bilden, den Kampf im inneren des Landes strategisch besser zu koordinieren, sowie taktisch und operativ besser durchzuführen. Darüber hinaus sollen die im Exil tätigen afghanischen Gruppen zur Bildung einer Einheit veranlaßt werden.

Die Beschlüsse in Ghor werden dann zum Erfolg führen, wenn sie einerseits durch die Rasanzen der politischen Entwicklung nicht überholt werden und andererseits ihr Vorhaben nicht durch afghanische Exilgruppen konterkariert wird. Auch wird die bereits bewährte Zusammenarbeit der Frontkommandanten nur dann von Dauer bleiben, wenn zum einen die relativ eigenständige Waffenbeschaffung sichergestellt ist und zum anderen extrem bedingte negative Einflußfaktoren ausgeschaltet werden.

Aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen kann man schließen, daß keiner der angeführten Ansätze allein die Frage der nationalen Einheitsfront in ihrer praktischen Form lösen kann. Es scheint jedoch unabdingbar, von der Realität der Zusammenarbeit der Frontkommandanten auszugehen, deren volksnahe islamische Identität und ihr afghanischer Patriotismus außer Frage stehen. Zur Ergänzung muß jedoch eine Mischung des modernen Ansatzes politischer Ordnungs- und Handlungsvorstellungen mit einer revidierten, d.h. den heutigen Anforderungen angepaßten Form der entsprechenden traditionellen Ansätze, herangezogen werden.

IV. Wirksamkeit des afghanischen Widerstandes

Trotz der konstatierten strukturellen Hindernisse und politisch-organisatorischer Zersplitterung, hat sich der Widerstand der afghanischen Völkerschaften, dank seines komplementären Charakters, gegen die sowjetischen Invasionstruppen zumindest in militärischer Hinsicht in dem Sinne als erfolgreich erwiesen, daß er trotz massiver Einsätze der hochmodern ausgerüsteten

'Roten Armee' keine Niederlage erlitten hat. Im Gegenteil - es wurden immer wieder und vielerorts die Invasionstruppen zurückgeschlagen und ihrem Vormarsch Einhalt geboten. Nicht nur einzig und allein die sowjetische Strategen, sondern genau so viele militärische Beobachter im Westen, haben dem afghanischen **Widerstand, gerade** aufgrund der erbärmlichen Ausrüstung und wegen des **Fehlens einer strategischen** Zentralplanung, keine Siegeschance eingeräumt. **Schon zu Beginn der 80er Jahre** herrsche die Ansicht vor, daß die Afghanen nach ein paar Monaten, im besten Fall nach einem Jahr, aufgeben werden und daß dann die sowjetischen Invasionstruppen sich in aller Stille zurückziehen können. Diese, auf dem logistischen Rationalismus der konventionellen Kriegsführung zwischen zwei Armeen basierende Konzeption, mußte jedoch bald revidiert werden, als klar wurde, daß die Afghanen sich in ihrer praktischen Kampftart keineswegs auf eine direkte 'Schlacht-Konfrontation' mit den sowjetischen Soldaten einließen. Was sich zweifelsohne als richtig erwiesen hat, denn die Widerstandskämpfer stellten weder in ihrer Struktur noch in ihrer Schlagkraft eine Widerstansarmee dar. Vielmehr haben sie sich in ihrem Operationsgebiet, mit dem sie bestens vertraut sind, auf ihr taktisches Können verlassen und mutig mit 'Messerstichen' den Feind überstrapaziert und große Verluste beigebracht. Selbstverständlich ging dies auch seitens der afghanischen Widerstandskämpfer nicht ohne schmerzliche Verluste vor sich. Diese typische afghanische Kampftaktik wird lange noch ihres Gleichen woanders suchen und den beweglichen Mujahedin, welche überregional operierten, kommt das Verdienst der Verbindung der lokal auseinandergetrennten und sporadisch durchgeführten Kämpfe zu.

Aufgrund dieser Vielfältigkeit und der daraus resultierenden Undurchschaubarkeit ist es sehr schwer, das militärische Potential des Widerstandes zu qualifizieren. **Auf einen gemeinsamen** Nenner gebracht gibt es in Afghanistan etwa 120 **Gruppierungen, welche ihre** eigenen Kommandozentren haben und in **unterschiedlichem Maße ihre eigenen** "befreiten Gebiete" kontrollieren. Ihnen unterstehen etwa 1.200 Kommandozentren mit ca. 10.000 geschulten Kommandanten. Sie operieren ihrerseits mit etwa 50.000 gut ausgebildeten, permanenten und sehr flexibel agierenden Widerstandskämpfern, deren Zahl saisonal ohne große Anstrengungen auf etwa 200.000 hinreichend bewaffneter Kämpfer erhöht werden kann. Dazu kann man noch weitere 200.000 Kämpfer rechnen, die jedoch schlechter bewaffnet und auch nicht systematisch geschult sind.

Was die Bewaffnung betrifft, sind etwa 60 % erbeutete Waffen aus den sowjetischen und afghanischen Arsenalen. Hinzu kommen in Pakistan gefertigte Kopien chinesischer und ägyptischer Herkunft. Neben Kalaschnikows gibt es immer noch britische "Lee-Entfield"-Gewehre, welche sehr zielgenau sind. Schwere Maschinengewehre des Typs 'Gorjunow' und Überschwere Maschinengewehre 12,7 mm DSchK M-38/46 sind keine Seltenheiten. Darüber hinaus sind viele Kampffronten mit Fla-Maschinengewehren 14,5mm ZPU-1/-2/-4 und Fla-Lenk Waffen SA-7 Grail ausgerüstet.(18)

Hervorzuheben sind die Mehrfach-Raketenwerfer BM 12 chinesischer Produktion und schweizerische Oerlikon-Kanonen. Bereits 1986 wurden die Widerstandskämpfer mit britischen Blowpipe-Raketen ausgerüstet. Die Luftüberlegenheit der sowjetischen Invasionstruppen wurde jedoch erst dann beeinträchtigt, als die Afghanen zu Beginn des Jahres 1987 zunächst 200 amerikanische Stinger-Raketen bekamen. Sie sind im Unterschied zu Blowpipe-Raketen leichter zu bedienen und lassen sich durch thermische Köder der sowjetischen Kampfflugzeuge nicht irren. Die Trefferquote wurde bei den afghanischen Widerstandskämpfern sogar höher geschätzt als bei den amerikanischen Soldaten. Offensichtlich ist dieser Umstand hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie in Afghanistan überwiegend von ehemaligen und gut geschulten afghanischen Offizieren der unteren Dienststufen bedient werden. Was die Qualität der Waffen betrifft, sind Afghanen dafür bekannt, daß sie zur Perfektion neigen. Schon im 19. Jh. war der britische Agent Burnes über die Kriterien erstaunt, welche die Afghanen bei der Beurteilung eines gutes Schwertes heranzogen.(18)

Nach dem die Widerstandskämpfer mit der Zeit sich zunehmend mit schweren Waffen ausrüsten konnten, waren sie zwar weniger beweglich, konnten aber zum Teil zu der Taktik der Stellungskriege übergehen. Das führte vorübergehend zu einer leichten Steigerung ihrer Verluste. Aber dafür, daß sie nun sowohl besser bewaffnet als auch besser geschult waren, wurden diese Verluste in umgekehrter Richtung überkompensiert. Trotz der Verteidigung der eigenen Stützpunkte blieb aber die Grund-Taktik der Afghanen auf Guerilla-Aktionen, nämlich auf Hinterhaltangriffe gegen Versorgungskonvois, Belagerung von Stützpunkten des Feindes und Durchführung von Aktionen in großen Städten, konzentriert.

Seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan ist die Frage, ob nun 80 Prozent oder 90 Prozent des Landes befreit seien, stets strittig. Zunächst ist der

Begriff "befreite Gebiete" schlicht so zu verstehen, daß die Sowjets dort keine Kontrolle ausüben können. Das bedeutet jedoch nicht, daß ihnen mit großem Aufkommen von Panzern und unterstützt durch massive Lufteinheiten dort auf jeden Fall der Zugang verwehrt bleibt. Abgesehen vom Pandjshier-Tal, können sie schon eindringen, wo immer sie es beabsichtigen und die Gegend - nach dem Konzept der "verbrannten Erde" - völlig zerstören. Sie müssen sich jedoch immer rasch zurückziehen, da sie permanent durch bewegliche Widerstandsgruppen angegriffen und demoralisiert werden.

Ausgehend von den kleinsten Verwaltungseinheiten im Maßstab eines Dorfes gelten nach zuverlässigen Schätzungen, die wir aufgrund von zweijährigen Beobachtungen und Befragungen wagen, von den insgesamt 14 240 afghanischen Dörfern etwa 9 000 als "befreite Gebiete". Etwa 2 000 Dörfer, vor allem entlang der strategischen Straßen, sind total zerstört und entvölkert; weitere etwa 2 000 gelten als umkämpfte Gebiete. Überträgt man dieses Verhältnis auf die Verwaltungskreise (Woloswali), sind von 176 Kreisen etwa 100 "befreit". Im Hinblick auf die Städte wird es problematischer, denn die sowjetischen Strategen versuchen auf jeden Fall die afghanischen Städte besetzt zu halten. Überall wird versucht, durch die Errichtung von Militärposten entweder um die Städte herum, zum Beispiel in Kabul, oder in der Nähe von strategischen Straßen und Stadtteilen, zum Beispiel in Kandahar, dieses Ziel zu verwirklichen. Die Stadt Kabul ist trotz starken militärischen Aufgebots von drei Seiten, nämlich von Paghman, Schiwaki und Kohe Safi angreifbar. Von hier aus können die Kämpfer in die Stadt, vor allem abends, infiltrieren, den Anschlag vorbereiten bzw. ausüben und sich wieder zurückziehen. In Kandahar ist die Situation jedoch ganz anders. Dort stellt man eine "Doppelherrschaft" fest. Tagsüber fahren die sowjetischen Panzer von Tschawnie (Kaserne) in Richtung Altstadt. Sie postieren sich zum Beispiel in Schahiedano Tschawk, in Tscharsu und in Arg. Der südliche Teil der Stadt, Basare Kabul und Schakar Por, gehören auch tagsüber den lokalen Mujahedin. Nach Einbruch der Dunkelheit sind aber überall wieder die Kämpfer, die das Schicksal der Stadt bestimmen. Vergleichbar ist diese Situation auf einer gewissen Ebene mit der Stadt Herat, wo ebenfalls eine eindeutige regionale und zeitliche Doppelherrschaft erkennbar ist.

Im Maßstab des ganzen Landes kann man von Hazarajat in Zentralafghanistan schon seit Jahren als einem befreiten Gebiet sprechen. Vom Salang-Tunnel in Richtung der sowjetischen Grenze sieht man, daß sich seit Jahren die

sowjetischen Soldaten in strategischen Verkehrspunkten fest eingenistet haben. Etwa 40 000 Soldaten sind im Norden des Landes stationiert. Darüberhinaus kommen ihnen im Bedarfsfall von der anderen Seite der Grenze die sowjetischen Lufteinheiten rasch zur Hilfe. Aufgrund der Bodengegebenheiten sind hier die Mujahedin, wie im südlichen und südwestlichen Teil des Landes, den Einsätzen der sowjetischen Einheiten immer noch stark ausgeliefert. Es hat sich jedoch dort, im Unterschied z.B. zum östlichen Teil des Landes, eher eine Professionalisierung des Kampfes entwickelt. Zum anderen hat dort der Aufbau eines Netzes der versteckten Zusammenarbeit, etwa vergleichbar mit der Stadt Kabul, größere Fortschritte gemacht.

Summa summarum kann festgestellt werden, daß der afghanische Widerstandskampf in seiner jetzigen militärischen Stärke gewiß nicht leicht zu schlagen ist. Es sei denn, die Kreml-Führung erhöhe die Zahl ihrer Soldaten um das Vielfache und griffe zu noch brutaleren Einsätzen, was aufgrund der international vorherrschenden Rahmenbedingungen unwahrscheinlich ist. Denn das würde noch zusätzlich die Sowjetunion materiell und politisch belasten, und der Ausgang des Krieges wäre immer noch ungewiß.

In der Kontinuität der historischen Entwicklung des afghanischen Raums (zyklische Destruktion und Rekonstruktion), besteht kein Zweifel daran, daß der Widerstand der afghanischen Völkerschaften gegen die Sowjetisierung ihres Lebensraumes auch diesmal zur Wiedererlangung der nationalen Souveränität, territorialen Integrität und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Afghanen führen wird. Allerdings wird aber auch diesmal, wie es in der Geschichte des afghanischen Raums mehrmals der Fall gewesen ist, die Ideologie des Usurpators - und die heißt heute: real-existierender Sozialismus sowjetischer Prägung - in der sozio-ökonomischen Struktur des Landes ihre durchaus ablesbaren Spuren hinterlassen.

V. Anmerkungen

* Dieser Aufsatz ist erschienen in:

Der Widerstand der afghanischen Völkerschaften gegen die Sowjetisierung Afghanistans

Materialien zum IAF-Seminar vom 6. September 1989

IAF-Dokumentation 1, 1989, S. 6 - 26

Hg. Institut für Afghanistanforschung, Bonn

1) Der sowjetische Historiker Akhramovich schreibt, daß die sowjetisch-afghanischen Beziehungen "are a convincing example of a peaceful coexistence and cooperation, on a equal footing, of states with different social systems". R.T. Akhramovich, Outline History of Afghanistan After The Second World War, "Nauka Publishing House", Moscow 1966, P. 6

- 2) Diese Aspekte sind im Einzelnen ausführlich dargestellt in: S.M. Samimy: Die sowjetische Afghanistan-Politik; nach schleichender Invasion und militärischer Besetzung endlich eine reale Chance zur Konfliktregulierung?, Institut für Afghanistanforschung, Meckenheim, 1987 / II
- 3) Vgl. S.M. Samimy: Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1981, S. 4 - 11
- 4) Vgl. Anis, Regierungstageszeitung, 28. Asad 1357 (1978)
- 5) Bekanntlich hat inzwischen sowohl die "DVPA" als auch die "KPdSU" dies als Fehler eingesehen und angeblich versucht, gegenzusteuern.
- 6) Vgl. dazu S.M. Samimy, Afghanistan; ein historischer Abriß, Institut für Afghanistanforschung, Meckenheim, 1987 / I
- 7) Zur ausführlichen Darstellung der Entwicklung und Positionen der sozialrevolutionären Bewegung vgl. S.M. Samimy: Hintergründe ..., S. 53 - 61
- 8) Dazu vgl. Moh. Esa Gharjestani: Schakaste Rus-ha der Hazarajat (Niederlage der Russen in Hazarajat), Quetta, 1360 (1981)
- 9) Zu Einzelheiten dieses Vereins vgl.: Pluralistische Demokratie, Blockfreiheit und Achtung der Menschenrechte - Guljan Farahie auf Europareise, in: Afghanistan Tribune, Nr. 5, 1986, S. 17
- 10) Hierzu vgl. S.M. Samimy: Afghanistan - Nationaldemokratische Strömung neuen Ursprungs - Entstehung, Konzeption und Perspektiven, Ersdorf, Feb. 1985
- 11) Kaihane Hawaie, Nr. 751, 11. Nov. 1987
- 12) Kohsad, Ahmad Ali: Tarekhe Afghanistan (Geschichte Afghanistans), Dari, Kabul 1325 (1946), S. 25, 36
- 13) Appell der "Loya Jirgah" vom Februar 1980, Peschawar
- 14) Resolutionsentwurf über Afghanistan zur Vorlage für die BAG, Internationalismus 19. - 21. Oktober 1984, S. 2
- 15) "Nationale Einheitsfront", The Speech of the United National Front of Afghanistan; as delivered by M.H. Zamani, in the Conference in March 28th, 1982, S. 1
- 16) D. Khaled, Afghanistans Struggle for National Liberation, in: Internationales Asienforum, Nr. 3/4, S. 197 - 228
- 17) Vgl. A.A. Stahel und P. Bucherer: Afghanistan 1985/86, Besetzung und Kriegsführung der UdSSR, Liestal 1986
- 18) Im Hinblick auf die Qualität eines Schwertes zitiert Burnes folgenden Satz: "The especial cause of its great value was that the water could be traced upon it, like a skin of silk, down the entire length of the blade. Had this water interrupted by a curve or cross, the sword would have been comparatively valueless." Alexander Burnes: Cabool, Akademische Druck- u. Verlagsanstalt Graz, Austria, 1973, S. 145

Sowjetische Strategie der ökonomischen Einbindung Afghanistans

Konzeption, Durchführung und Konsequenzen *

1. Problemstellung

Bekanntlich wurde im Mai 1986 Babrak Kamal von seinem Posten als Generalsekretär der "Demokratischen Volkspartei Afghanistans" - DVPA - durch Najibullah abgelöst. Seitdem versucht der ehemalige Chef des afghanischen Geheimdienstes "Khad" (eine Variante des KGB) im Rahmen eines Velfrontenkampfes zunächst durch den Ausschluß der Karmal-Anhänger aus den wichtigsten Gremien der Partei seine Machtposition zu etablieren. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß er durch das Angebot der "nationalen Versöhnung" bestrebt ist, den Widerstand der afghanischen Völkerschaften gegen die Sowjetisierung ihres Landes zu spalten und damit die Machtbasis der DVPA zu erweitern. Diese Maßnahmen haben allerdings bisher zu keinem erkennbaren Erfolg geführt.

Über diese politische Offensive hinaus versucht Najibullah in stärkerem Maße als sein Vorgänger Karmal, durch statistische Akrobatik auch noch den Nachweis ökonomischer Effizienz zu erbringen. So wird z.B. vom Sprecher des "State Planning Committee" Afghanistans die Steigerungsrate des Bruttosozialproduktes (Gros National Product - GNP) für das afghanische Kalenderjahr 1984/85 (Beginn des Jahres ist der 21. März!) mit 7,6 % angegeben und für das Jahr 1986/87 auf 3,3 % beziffert.¹

Im Rahmen des jüngsten Fünfjahresplanes sollen dreizehn neue industrielle Projekte vom Plankomitee überprüft worden sein und die Zustimmung des Komitees erhalten haben. Desweiteren soll die Nahrungsmittelproduktion um 2,8 % zugenommen haben.

Gemäß den Äußerungen Najibullah Masirs, dem Minister für Bergbau und Industrie, wird dem Energiesektor in dem neuen sozioökonomischen Entwicklungsplan eine große Priorität eingeräumt. So soll vor allem die Erdgasförderung vorangetrieben und der Abbau der Steinkohle sogar verdoppelt werden. Für das Jahr 1987/88 wurde eine Steigerung des Bruttosozialproduktes um 7,7 % als Plansoll vorgegeben.²

Mit diesen quantitativen Angaben versucht das Kabuler Regime unter der Führung von Najibullah nicht nur den Eindruck der Normalität zu erwecken, sondern beabsichtigt darüber hinaus ganz offensichtlich, sich den Anschein von ökonomischer Prosperität und Effizienz zu geben.

Zieht man jedoch die Tatsache ins Kalkül, daß der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors am GNP etwa 75 % beträgt und die Landwirtschaft durch die Demolierung großer Teile der Bewässerungsanlagen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, so muß man alleine schon aus diesem Grund an den Angaben des Kabuler Regimes zweifeln. Auch die bescheidene industrielle Produktion dürfte in den letzten Jahren bestenfalls stagnierend gewesen sein.

In dem vorliegenden Beitrag wird versucht, nachzuweisen, daß die von dem Kabuler Regime vorgelegten Daten in einem fundamentalen Widerspruch zu der tatsächlichen Entwicklung des Landes stehen. Außerdem wird im historischen Rückblick die langfristig geplante sowjetische Strategie der ökonomischen Einbindung Afghanistans aufgezeigt werden und damit auch das Fiasko des von der DVPA so oft propagierten "nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges".

2. Schwerpunkte der afghanisch-sowjetischen Beziehungen

Aufgrund seiner geostrategischen Lage als "highway of conquest" ist der afghanische Raum schon seit Jahrtausenden einer Reihe von äußeren Einflußfaktoren ausgesetzt gewesen. Diese haben einerseits in der Struktur und Kultur der afghanischen Völkerschaften ihre deutlich ablesbaren Spuren hinterlassen, und andererseits haben sie im Kontext mit den im Lande vorherrschenden ökologischen Bedingungen und gesellschaftspolitischen Verhältnissen die historische Entwicklung des afghanischen Raumes mitbestimmt.

Im 19. Jahrhundert hat Afghanistan eine brisante Rolle auf dem Subkontinent gespielt, als sich das zaristische Rußland und das britische Imperium im Konkurrenzkampf um den Ausbau der imperialen Machtsphäre gegenüber standen.

Der Plan der aktiven Einverleibung Afghanistans in die sowjetische Machtsphäre geht jedoch erst auf die Intensivierung der afghanisch-sowjetischen Beziehungen in den 50er Jahren dieses Jahrhunderts zurück. Während man sich allerdings zunächst mit einer schleichenden Invasion begnügte, die ihren Ausdruck in der ständig steigenden Einflußnahme der sowjetischen Supermacht

auf die afghanische Wirtschaft und Gesellschaft fand, ging man dann 1979 zur militärischen Besetzung des Landes über.

Die Schwerpunkte der afghanisch-sowjetischen Beziehungen entpuppen sich a posteriori als ein langfristig angelegter strategischer Plan, der von der ökonomischen Einbindung über die militärische Infiltrierung bis hin zur politischen Unterwanderung und kulturellen Durchdringung reicht.

Erst im Dezember 1955 wurden die afghanisch-sowjetischen Beziehungen durch den Besuch Bulganins und Chrustschows verstärkt. Anschließend wurde im Januar 1956 durch ein Abkommen über einen 100 Millionen US-Dollar umfassenden Kredit die eigentliche ökonomische Basis für die Intensivierung der afghanisch-sowjetischen Beziehungen geschaffen. Dieser Kredit, mit einer jährlichen Verzinsung von 2 % und einer Laufzeit von 30 Jahren, stellte den größten Betrag dar, der bis dahin von der Sowjetunion einem noch nicht zu seiner Machtsphäre zählenden Land gewährt wurde.³

Der Kredit war Bestandteil der von der Sowjetunion propagierten "Politik der friedlichen Koexistenz" und zielte deutlich erkennbar darauf ab, Vorurteile gegen das Sowjetreich abzubauen. De facto führte er - sowie weitere, ihm folgende finanzielle Hilfen - dazu, daß der Plan der ökonomischen Einbindung Afghanistans Schritt für Schritt realisiert wurde. Dabei wurde im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor allem Wert auf die folgenden Bereiche gelegt:

2.1 Schaffung und Ausbau einer den ökonomischen und strategischen Interessen der Sowjetunion dienenden Infrastruktur

Die Sowjetunion legte von Anfang an großen Wert darauf, ein großflächiges Straßennetz in Afghanistan aufzubauen, wodurch das Land vor allem an die Sowjetunion angeschlossen werden sollte. Zunächst wurde im Juli 1956 ein Abkommen zwischen Afghanistan und der Sowjetunion unterzeichnet, das den Bau von Straßen entlang der Salang-Strecke, d.h. von Charikar nach Doschi, vorsah. Durch den Bau des Salang-Tunnels wurde die Verbindungsstrecke von der sowjetischen Grenze bis nach Kabul um etwa 150 km abgekürzt. Für das zweite Projekt wurde im Januar 1960 eine Vereinbarung getroffen, welche den Bau von 750 km Straße (von Kuschka an der afghanisch-sowjetischen Grenze über Herat bis nach Kandahar) vorsah.

Die Salang-Straße wurde 1964 und die Herat-Kandahar-Strecke im November 1965 freigegeben. Gleichzeitig wurden die Hauptstraßen in und um Kabul

ausgebaut und die Straßen im Norden des Landes asphaltiert, so daß ein Straßennetz entstand, das vorerst für die ökonomischen und strategischen Ziele der Sowjetunion ausreichte.

Anfang der 70er Jahre wurde im Rahmen einer weiteren Kreditvereinbarung in Höhe von 100 Millionen Rubel der Bau einer Brücke über den Amu-Darya finanziert, die mit 900 m Länge und einem auf ihr befindlichen Schienennetz das bisher größte Bauwerk ihrer Art über den Amu-Darya darstellte. Im Anschluß an diese ihre Hilfe wurde außerdem auch noch 1973 ein etwa 190 km langes Teilstück der Fernverkehrsstraße Kabul-Schiberghan (ebenfalls von der Sowjetunion) gebaut.

1975 wurde der Bau von sechs Flughäfen und die Reparatur bzw. Erweiterung des Kabuler Flughafens vereinbart. Der Teilausbau des Flughafens in der Hauptstadt wurde im Sommer 1987 fertiggestellt und vom sowjetischen Botschafter in Kabul, Mozhayev, persönlich eröffnet. Außerdem wurden inzwischen die beiden Flughäfen von Bagramie (nordöstlich von Kabul) und Schindand (im Südwesten des Landes) fertiggestellt. Beide dienen ausschließlich militärischen Zwecken!

Inzwischen wurde auch mit dem Bau des Flughafens Schir Khan bandar und - im Sommer 1987 - mit dem von Khwaja Ghar (in der Provinz Takhar) begonnen. Die Bauarbeiten sollen nach sechs Monaten abgeschlossen sein; man rechnet mit Kosten in Höhe von 14 Millionen Afghanis (50 Afghanis entsprechen in etwa einem amerikanischen Dollar).⁴

Die vorausgegangenen Ausführungen zeigen, daß sich die sowjetischen Aktivitäten bezüglich des Ausbaus der Afghanischen Infrastruktur vor allem auf den Norden des Landes konzentrieren. Allerdings hat sich das dort vorhandene Straßennetz aus der Sicht der sowjetischen Regierung beim Einmarsch ihrer Truppen im Dezember 1979 nicht im gewünschten Maße bewährt, denn die Strecke von der sowjetischen Grenze bis zu den südlich Kabuls gelegenen Regionen wurde durch die Aktionen der afghanischen Freiheitskämpfer monatelang blockiert und der auf ihr abrollende sowjetische Verkehr durch die Mujahedin stark gefährdet. Deshalb kam es bei dem von sowjetischer Seite geförderten Ausbau des afghanischen Verkehrsnetzes in der Folgezeit zu einer Akzentverschiebung, die sich in einer zunehmenden Bedeutung des Baus bzw. Ausbaus von Flughäfen zeigt, die hauptsächlich für militärische Zwecke genutzt werden.

Laut einer Meldung der "Kabul New Times" soll Kabul bis zum Jahr 2000 durch den Neubau oder Ausbau von rund 1800 Kilometern Verkehrswegen mit allen großen und kleinen Provinzzentren und Verwaltungsdistrikten verbunden werden.⁵ Ob die Sowjets allerdings bis dahin Afghanistan besetzt halten können, ist aufgrund der bisherigen militär-politischen Entwicklungen mehr als fraglich.

2.2 Erschließung und Ausbeutung von Rohstoffvorkommen

Es ist kein Geheimnis, daß Afghanistan über große Rohstoffreserven verfügt. Der Umfang der hochwertigen Eisenerzlagerstätten (Fe-Gehalt etwa 72 %) am Hajigag-Paß in Zentralafghanistan wird auf über zwei Mrd. Tonnen geschätzt. Von Bedeutung sind auch die reichen Erdgasvorkommen im Norden des Landes. Vor kurzem wurden außerdem riesige Erdölvorkommen und Uranerzlagerstätten im Süden und Südwesten des Landes entdeckt. Dazu kommen noch umfangreiche Steinkohlevorkommen und außergewöhnlich große Lagerstätten von Gold, Silber, Chrom, Blei, Zink und Kupfer.

Schon in den 50er Jahren stieß die Suche der US-Amerikaner und Franzosen nach Bodenschätzen im Norden des Landes auf den heftigen Protest der Sowjetunion. Es gelang ihr in der Folge, die Erforschung, Ausbeutung und Lieferung der afghanischen Bodenschätze in ihrer Hand zu monopolisieren, was die nationale Souveränität Afghanistans stark beeinträchtigte.

Seit dieser Zeit begann die Sowjetunion, das ganze Land im Rahmen ihrer langfristigen Einbindungspläne systematisch zu erforschen. Die Ausbeutung einiger Vorkommen, speziell der Gas- und Steinkohlelagerstätten, wurde erst durch sowjetische Kredite ermöglicht, wodurch sich die UdSSR gleichzeitig eine bevorzugte Belieferung ihres eigenen Marktes sicherte. Dies geschah durch das Abkommen von 1956 (in dem die Sowjetunion technische Hilfe zur Erschließung der afghanischen Vorkommen zusicherte) und durch die Vereinbarungen von 1959 und 1960, welche die Ausbeutung von Erdgas, Erdöl und einigen weiteren Bodenschätzen betrafen.

Nach diesen umfassenden Vorarbeiten wurde dann 1963 für die technischen Voraussetzungen der Gaslieferung an die Sowjetunion gesorgt. Dazu wurde die "Hilfeleistung" der Sowjetunion beim Bau einer 86,5 km langen Erdgasleitung bis zur sowjetischen Grenze mit einer jährlichen Kapazität von vier Milliarden cbm vereinbart. 1967 folgte, nach Fertigstellung dieser Gasleitung, die Unterzeichnung eines entsprechenden Protokolls, das die Gaslieferungen an

die Sowjetunion festlegte, die von 1967 bis 1973 etwa 14,5 cbm umfaßten. Die von Afghanistan gewünschte Pipeline von Schiberghan nach Kabul, die etwa 650 km lang sein sollte und für deren Bau man entsprechende Vereinbarungen mit der Sowjetunion getroffen hatte, wurde dagegen nie realisiert. Das zeigt überdeutlich, daß die Sowjets schon von Anfang an niemals ernsthaft daran gedacht hatten, auch die Versorgung Afghanistans selbst mit Gas zu gewährleisten. Außerdem wäre die Verwirklichung dieses Projekts aus zwei Gründen mit dem sowjetischen Konzept der "Entwicklungshilfe" nicht vereinbar gewesen: Zum einen hätte bei einer verstärkten Abnahme des afghanischen Gases im Inland der Import von Gas oder zumindest Heizöl aus der Sowjetunion stagniert oder wäre sogar gesunken, wodurch die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion verringert worden wäre und zum anderen erfolgte die Rückzahlung der sowjetischen Kredite ausschließlich in Form von Gaslieferungen. Wäre es hier also zu einem Rückgang gekommen, so wären damit die Rückzahlungen an den nördlichen Nachbar ins Stocken gekommen.

Lieferte Afghanistan vor der Machtergreifung der "DVPA" im Jahre 1978 schon etwa 2,58 Mrd. cbm Erdgas an die Sowjetunion, so wurde diese Menge ab 1978 nochmals sprunghaft gesteigert. Seit dieser Zeit erhält die Sowjetunion im jährlichen Durchschnitt etwa drei Mrd. cbm Gas aus Afghanistan. Dabei ist vor allem der Preis von Interesse, denn Afghanistan bekommt nicht einmal die Hälfte dessen, was Algerien von Italien oder Kanada von den USA bekommen. So erhält Afghanistan für etwa 1000 Kubikfuß Gas von der Sowjetunion 2,8 US\$, Algerien dagegen von Italien für die gleiche Menge 4,41 US\$ und Kanada von den USA sogar 5,45 US\$.⁶ Aber auch in Bezug auf andere Bodenschätze ist die Sowjetunion sehr aktiv. Schon 1978 wurde ein Abkommen über die Erdölprospektion in Afghanistan unterzeichnet und die Suche nach Kupfer im Distrikt Ainak/Logar hat sich inzwischen als erfolgreich erwiesen.

Zum heutigen Zeitpunkt hat die Sowjetunion die absolute Monopolstellung bei der Suche nach Mineralien erreicht und auch bei deren Nutzung. Durch die jetzt schon jahrelang andauernden Kampfhandlungen gegen die sowjetischen Invasionstruppen mußten die russischen Experten jedoch vielerorts ihre Forschungs- und Meßarbeiten einstellen, wie z. B. bei Khakries (nördlich von Kandahar), wo nach Fluorid gesucht wurde. Nur die Gaslieferungen sind bis jetzt immer noch sichergestellt.

2.3 Beeinflussung der landwirtschaftlichen Struktur und der Ausrichtung des Außenhandels

Im Laufe der Jahre stieg der Anteil der Sowjetunion am afghanischen Außenhandel ständig an. Dies kam vor allem durch die zunehmende Beeinflussung der afghanischen Landwirtschaft zustande. Ziel der Sowjetunion war einerseits, die Rückzahlung der von ihr geleisteten Kredite bzw. der Zinsen sicherzustellen und andererseits, Afghanistan über seinen Außenhandel von der Sowjetunion abhängig zu machen. Deshalb wurde schon im ersten afghanisch-sowjetischen Kreditabkommen vom Januar 1956 festgelegt, daß die Tilgung der Kredite durch afghanische Exporte in die Sowjetunion erfolgen sollte.

Im Rahmen dieser Politik wurde Afghanistan unter anderem gezwungen, statt Weizen zur Ernährung der eigenen Bevölkerung Baumwolle für den Export in die Sowjetunion anzubauen. Dafür mußte Afghanistan dann wiederum Weizen aus der UdSSR importieren. Auch die in Nangarhar (im Osten des Landes) angebauten Zitrusfrüchte sowie Wolle und einige andere traditionelle Landwirtschaftsprodukte werden zum größten Teil oder sogar ausschließlich an die Sowjetunion geliefert.

Gerade das Nangarhar-Projekt, bei dem der traditionelle Anbau der Zitrusfrüchte durch die Sowjetunion modernisiert wurde, zeigt in besonderer Weise die Ineffizienz der sowjetischen Projekte. Denn hier werden zwar durch den **Anbau jährlich 120 Millionen Afghanis** eingenommen, die Kosten belaufen sich **allerdings auf mehr als 200 Millionen Afghanis**.⁷

Nach der Machtergreifung der "DVPA" gelang es der Sowjetunion im Bereich der Landwirtschaft über den nördlichen und östlichen Landesteil hinaus jetzt auch in den Süden Afghanistans, in das Helmandtal, vorzudringen. Das Helmand-Projekt war ein Lieblingsprojekt der USA, in das sie seit den 50er Jahren mehr als 500 Millionen US\$ für Hilfe- und Kreditleistungen investiert hatten. Im "friedlichen" Konkurrenzkampf - wie die Sowjetunion dies gerne nennt - wurden die USA nun auch hier von der Sowjetunion verdrängt.

Als die UdSSR das Helmand-Projekt 1978 übernahm, wurde sie von der Tschechoslowakei unterstützt, die im August desselben Jahres die Lieferung von Baumaschinen an Afghanistan vereinbarte. Die systematische Politik der Sowjetunion führte zu einer starken ökonomischen Anbindung Afghanistans an die Sowjetunion, was auch mit den folgenden Zahlen belegt werden kann: Von 1950 bis 1960 stieg der Anteil der Sowjetunion am Außenhandel Afghanistans von 17 % auf 50 %. Anfang 1980 betrug er bereits 75 % und inzwischen dürfte er noch weiter gestiegen sein. Außerdem ist Afghanistan aufgrund seines

gespannten Verhältnisses zu den Nachbarstaaten Iran und Pakistan gezwungen, auch den restlichen Handel über die Transitwege der Sowjetunion mit deren Satellitenstaaten abzuwickeln.

Über die im Rahmen der Militärhilfe als Kredite gewährten 1,2 Milliarden US\$ hinaus, die Afghanistan von der Sowjetunion bis zu deren Einmarsch 1979 erhielt, hat das Land noch einmal dieselbe Summe zum Zwecke der ökonomischen Einbindung erhalten. Inzwischen haben die Schulden Afghanistans bei der Sowjetunion die Summe von 4 Milliarden US\$ schon lange überschritten.

Neben den bereits erwähnten Schwerpunkten umfassen die sowjetischen Aktivitäten in Afghanistan aber noch eine Reihe weiterer flankierender Maßnahmen, die der Wahrung bzw. Sicherstellung sowjetischer Interessen in Afghanistan dienen. Dabei ist es der UdSSR gelungen, diese Maßnahmen in den afghanischen Fünfjahresplänen zu verankern u. a. dadurch, daß sie dem afghanischen Planungsministerium sowjetische Planungsstäbe zur Seite stellte. Allerdings hat auch die offizielle entwicklungspolitische Konzeption der afghanischen Regierung dazu beigetragen, wie im Folgenden näher erläutert werden soll.

3. Entwicklung der ordnungspolitischen Konzeption - Von der "Guided Economy" Dauds bis zum "nicht-kapitalistischen" Entwicklungsweg der "DVPA"

Seit 1956 werden in Afghanistan entwicklungspolitische Zielvorstellungen in Entwicklungsplänen niedergelegt. Diesen Entwicklungsplänen liegt ein bestimmtes entwicklungspolitisches Konzept zugrunde, welches wiederum den ordnungspolitischen Rahmen des Landes reflektiert. In dieser ordnungspolitischen Konzeption hat sich von der "guided economy" in den 50er Jahren über die "mixed and guided economy" in den 60er Jahren bis zum "nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg" Ende der 70er Jahre eine gewisse Entwicklung vollzogen, durch die die Wirtschaft Afghanistans langsam aber stetig in den sowjetischen Einflußbereich gelangte.

Die Daud-Regierung hielt es in den 50er Jahren für notwendig, die Regierung zur Koordinierung der wirtschaftlichen Tätigkeiten alle Wirtschaftsaktivitäten lenken und regulieren zu lassen. In den 60er Jahren, genauer von 1963 bis 1973, kam es zu einer politischen Liberalisierung und man begann, die Rolle des privaten Kapitals hervorzuheben, weswegen das ordnungspolitische Konzept der Daud-Ära durch den Zusatz "mixed" ergänzt wurde, ein Ausdruck des Premierministers Maiwandwal. Auf der Basis dieser "mixed guided

economy" verabschiedete man dann auch - trotz gewisser Widerstände im Parlament - ein neues Investitionsförderungsgesetz, das u. a. bei der Heranziehung ausländischer Investitionen helfen sollte. Dieses Gesetz diente nicht nur während der Liberalisierungsphase als Basis der meisten Investitionen, sondern lag auch noch in der Phase der zweiten Amtsperiode der Daud-Fraktion (1973-78) allen Anstrengungen zur Ankurbelung der privaten Investitionen zugrunde.

Nach dem Staatsstreich des Jahres 1978 verkündete die "DVPA" ein ordnungspolitisches Programm, das sich trotz gewisser Gemeinsamkeiten mit dem Daud-Programm in der Intensität des wirtschaftlichen Engagements des Staates und den daraus folgenden negativen Auswirkungen für die Privatwirtschaft krass von dem Konzept Dauds unterschied. Es hob nicht nur die Stärkung der Staatswirtschaft mit Hilfe wissenschaftlicher Planung hervor, sondern hielt auch die Festlegung und Kontrolle der Preise für notwendig.

Die Theorie des sogenannten "nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges", zu der sich die "DVPA" schon vor der Machtergreifung bekannte, war hauptsächlich von sowjetischen und anderen osteuropäischen Wissenschaftlern erarbeitet worden. Diese Strategie sieht für die einzelnen Länder der Peripherie die Möglichkeit der Entwicklung zum "Sozialismus" ohne das Durchlaufen eines kapitalistischen Übergangsstadiums vor. Im Falle Afghanistans wurde das Einschlagen dieser Strategie zum Verhängnis für das Land, denn letztlich hatte diese Strategie einzig und allein das Ziel, das Land langfristig ökonomisch zu durchdringen und es so in die sowjetische Machtsphäre einzureihen.

Im ersten Fünfjahresplan (1956/57-1961/62) belegten die Industrie und der Bergbau (mit einem Anteil von 26,2 % an der Gesamtwirtschaft) bezüglich der Ausgaben von 10,3 Milliarden Afghanis den zweiten Rang hinter dem Sektor Verkehr und Nachrichten (49,5 %). Im zweiten Fünfjahresplan (1962/63-1966/67) lagen sie ebenfalls wieder an zweiter Stelle (diesmal mit 33,9 %), wobei die Gesamtausgaben 25 Milliarden Afs. betrugen. Im dritten Plan (1967/68-1971/72) befand sich dagegen die Landwirtschaft mit 34,8 % (bei Gesamtausgaben, die sich auf 20,7 Milliarden Afs. beliefen) an erster Stelle. Nach dem Staatsstreich von 1973 wurden diese Fünfjahrespläne praktisch zugunsten der einjährigen Entwicklungspläne aufgegeben. 1977 veröffentlichte man dagegen einen Siebenjahresplan, der mit der alleinigen Hilfe sowjetischer Berater für den Zeitraum von 1976/77-1982/83 erstellt worden war und 174,4

Mrd. Afs. vorsah. Nach der Machtergreifung der "DVPA" 1978 wurde dieser Siebenjahresplan allerdings wieder auf Eis gelegt.

Diese "Entwicklungspläne", einschließlich des Siebenjahresplanes, stellen eigentlich nicht mehr als eine Liste nebeneinander aufgezählter verschiedener Projekte dar. Sie dienten ganz offensichtlich weniger der Planung der Wirtschaftsentwicklung als ganzer denn der systematischen Verwirklichung der Schwerpunkte der sowjetischen Strategie in Afghanistan.

Nach dem Staatsstreich des Jahres 1978 hatte der Revolutionsausschuß der "DVPA"-Regierung ein "fundamentales Überdenken" der Ressourcenallokation versprochen, so daß eigentlich anzunehmen war, daß die Wirtschaft zentralistisch und als Ganzes geplant werden sollte. Nachdem sich eine Delegation der staatlichen Planungskommission der Sowjetunion im Juli 1978 in Kabul aufgehalten hatte, traf am 29. November des Jahres eine weitere Abordnung sowjetischer Planungsexperten in Kabul ein.

Als Erstes wurde der Siebenjahresplan durch einen Fünfjahresplan ersetzt. Der von sowjetischen Experten aufgestellte Fünfjahresplan (für den Zeitraum 1979/80-1983/84) sah für die Planungsperiode Gesamtausgaben in Höhe von 105 Milliarden Afs. vor. Mit der Realisierung des Planes sollte eine Gesamtwachstumsrate von 29 % erreicht werden. Darüber hinaus wurde damit gerechnet, daß etwa 60 % der Entwicklungsausgaben aus ausländischen Quellen - hauptsächlich durch sowjetische Kredite - finanziert werden würden. Die Regierung des Babrak Karmal, der durch die Invasion der sowjetischen Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 an die Macht kam, nahm keine Modifikationen der Entwicklungsstrategie vor. Die von Karmal angekündigten gesellschaftlichen Zielvorstellungen übertrafen jedoch die seiner Vorgänger Hafizullah Amin und Noor M. Taraki bei weitem an Demagogie.

In der Folge wurde theoretisch weiter an der Realisierung des zuletzt fertiggestellten Fünfjahresplanes festgehalten, in der Praxis wurde dieser Plan jedoch zugunsten eines Einjahresplanes modifiziert. Erst 1986 wurde erneut ein Fünfjahresplan (für 1986/87-1990/91) aufgestellt. Die Gesamtausgaben dieses Planes werden auf 114,5 Milliarden Afs. geschätzt. In der Planungsperiode soll das Bruttosozialprodukt insgesamt um 25 % steigen, was also einer jährlichen Steigerung von 5 % entspricht. Die landwirtschaftliche Produktion soll um 15 % und die industrielle um 38 % steigen.

Die Entwicklungspläne der "DVPA" lassen keine eigenständige nationale Entwicklung erkennen. Im Gegenteil, sogar eine nur teilweise Realisierung dieser Pläne wird zu einem Einschnitt in der Entwicklung der afghanischen Wirtschaft und Gesellschaft und zu einer noch stärkeren Abhängigkeit Afghanistans von der sowjetischen Machtsphäre führen. Dies zeigt sich bereits jetzt an der Exportorientierung der Pläne und an der für sie vorgesehenen Finanzierung. Den Plänen liegt der Gedanke zugrunde, den Anteil der staatlichen Aktivitäten an der Gesamtwirtschaft kontinuierlich zu steigern. Dadurch wird dann der Staat, entsprechend dem "nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg", der hauptsächliche Arbeitgeber. Indem die Effizienz der Betriebe verringert wird, trägt diese Entwicklungsstrategie dazu bei, daß sich eine vom Staat abhängige bürokratische Schicht formiert. dadurch wird das politisch repressive und ökonomisch uneffiziente parteibürokratische System auch an der Peripherie der Sowjetunion etabliert.

Darüber hinaus lassen die Entwicklungspläne der "DVPA" bei näherer Betrachtung weder eine ausgeprägte sektorale noch eine regionale Übereinstimmung verschiedener Entwicklungsprojekte erkennen. Außerdem wird ein auf die Gegebenheiten des Landes zugeschnittenes technologisches Konzept vermißt. Es erübrigt sich schon fast der Hinweis, daß auch ein auf eine größere soziale Gerechtigkeit ausgerichteter Ansatz fehlt, was ganz im Gegensatz zu der Rhetorik der "DVPA" steht. Schließlich krankt das Entwicklungskonzept der "DVPA" auch noch daran, daß eine Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes, das sehr stark gestört wurde, überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde. So gesehen ist die "DVPA" an dem historischen Rückschlag des gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozesses mitverantwortlich.

4. Bilanz der realen Leistungen der "DVPA" - Theoretischer Anspruch versus praktische Leistung

Unmittelbar nach der Machtergreifung hat die "DVPA" abermals verkündet, daß sie den Prozeß der sozioökonomischen Entwicklung im Lande forcieren wolle. Aufgrund der dann von ihr ergriffenen Maßnahmen wurden jedoch Mechanismen in Bewegung gesetzt, die im Gegenteil zu einer teilweisen Zerstörung der Wirtschaft des Landes führten. Damit wurde der Regierung der "DVPA" die materielle Basis zur Durchführung der Reformprogramme entzogen.

Nach Schätzung der "World Bank" betrug das GNP Afghanistans 1978, also als die "DVPA" die Macht ergriff, 3,793 Milliarden US\$.⁹ In dem unter Taraki und Amin ausschließlich von sowjetischen Beratern erarbeiteten Fünfjahresplan (für die Jahre 1979/80-1983/84) wurde als Zielgröße eine Wachstumsrate des GNP von etwa 5 % jährlich angegeben.

Trotz gegenteiliger Verlautbarungen der "DVPA" in der Vergangenheit mußte 1986 Sarwar Mangal, der Präsident des staatlichen Planungskomitees, zugeben, daß das GNP in den ersten zwei Jahren nach der April-Revolution zurückging und drei weitere Jahre brauchte, um das Niveau des Jahres 1978 zu erreichen. Auf einen Nenner gebracht bedeutet das, daß im ersten von der "DVPA" erarbeiteten Entwicklungsplan das GNP im besten Falle stagnierte. Dies widerlegt die Angaben des Ministerpräsidenten des Kabuler Regimes, Sultan Ali Keschmand, der für diese Periode eine fast 3 %ige Wachstumsrate angibt.¹⁰

Bei näherem Hinsehen stellt man allerdings fest, daß das GNP nicht nur stagnierte, sondern in Wirklichkeit sogar einen Rückschlag erlitten hat. Gemäß den Angaben des staatlichen afghanischen Planungskomitees betrug das GNP 1984/85 etwa 153,6 Milliarden Afs..¹¹ Legt man den offiziellen Wechselkurs zugrunde, der 1 US\$ = 50 Afs. beträgt, so ergibt sich für das afghanische GNP im selben Jahr ein Betrag von 3,072 Milliarden US\$. Damit liegt das GNP etwa 0,721 Milliarden US\$ unter dem Niveau des Jahres 1978. Noch eindeutiger wird diese Tatsache, wenn man das GNP in seine einzelnen Bestandteile zerlegt. Nach vorsichtigen Schätzungen werden etwa 75 % des GNP des Landes durch die Landwirtschaft erwirtschaftet (Viehzucht und Waldwirtschaft eingeschlossen).

Durch ungenügend durchdachte, subjektivistische und den Realitäten der afghanischen Verhältnisse völlig fremde Maßnahmen hat die "DVPA" die ökonomischen Verhältnisse auf dem Land zerstört, die sozialen Beziehungen zerrüttet und vor allem die überkommenen, aus der Tradition entstandenen und aufeinander harmonisch zugeschnittenen Formen des Zusammenlebens vergewaltigt. Viele Bauern und Landeigentümer flohen schon in den ersten Jahren der Machtergreifung der "DVPA" in die benachbarten Länder. Dadurch verfielen große Landflächen und konnten nicht mehr bebaut werden. Hinzu kommt noch, daß nach der sowjetischen Invasion aufgrund der kontinuierlichen Bombardierung der Dörfer durch die Invasionstruppen die traditionellen Bewässerungsanlagen zum größten Teil demoliert wurden. Wenn man die Tat-

sache berücksichtigt, daß etwa 90 % der afghanischen Landwirtschaft auf künstliche Bewässerung angewiesen sind, dann zeigt etwa das Beispiel der Provinz Farah, wo rund 60 % der Bewässerungsanlagen (Karies und Jois) zerstört wurden, welche verheerenden Folgen dies für die Landwirtschaft haben muß - ein extremer Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion ergibt sich ganz von selbst.

Da die "DVPA" keine genauen Angaben über den Umfang der landwirtschaftlichen Produktion macht, kann man auch den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion auf nationaler Ebene nicht quantifizieren. Man kann nur abschließend feststellen, daß die Regionen mit Regenfeldbau im allgemeinen weniger von einem Niedergang der Landwirtschaft betroffen sind.

Das Ausmaß der Ernteaufälle kann jedoch mittelbar aus der Tatsache abgeleitet werden, daß Afghanistan zunehmend Getreide aus der Sowjetunion importieren muß. Schätzt man den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion auf 30 % (und das ist noch eine sehr vorsichtige Annahme!) und berücksichtigt den 75 %igen Anteil der Landwirtschaft am GNP, dann ergibt sich alleine daraus schon ein Rückgang des GNP um 20 %. Außerdem muß man auch noch die kriegsbedingte Dezimierung des Viehbestandes hinzurechnen, die sich sogar in der Handelsbilanz des Landes niederschlägt, so z.B. in der Abnahme des Exportes von Karakulfellen.

Die Entwicklung im Bereich der Industrie und des Handels ist in gleicher Weise von schwerwiegenden Rückschlägen gekennzeichnet. Durch eine Reihe von bürokratischen Maßnahmen der "DVPA" wurde das Industrie- und Handelskapital stark verunsichert und bei vielen Unternehmern wurde eine latente Angst vor willkürlicher Verhaftung und Liquidierung erzeugt. Auch die Erschwerung der Eröffnung einer "letter of credit" hatte Folgen, so verzögerte sie z.B. den Import der Halbfabrikate und führte damit zwangsläufig zu einem Rückgang der industriellen Produktion.

Die Verbürokratisierung des Außenhandels läßt sich besonders gut an der Gründung von 22 Handelsausschüssen demonstrieren, wodurch die Regierung u.a. die Umleitung des Außenhandels vom Westen nach dem Osten zu forcieren versucht. Alle diese Maßnahmen bewirkten eine rapide Abnahme der industriellen Produktion im Privatsektor. Bei einem rund 40 %igen Anteil der privaten industriellen Produktion an der gesamten Industrieproduktion und einem Anteil des industriellen Sektors am GNP von 5 % muß aufgrund des Rückgangs der privaten industriellen Produktion von einer weiteren Abnahme

des GNP um mindesten 1,5 % ausgegangen werden. Diese rückläufige Entwicklung läßt sich auch am Beispiel der Handelsbilanz der Jahre 1982/83-1985/86 belegen. In dieser Zeit gingen die Exporte Afghanistans von 707,6 Millionen US\$ auf 556,8 Millionen US\$ zurück,¹² während die Importe im gleichen Zeitraum von 695,2 Millionen US\$ auf 1,194 Milliarden US\$ stiegen - mit dem Ergebnis, daß die Handelsbilanz Afghanistans 1985/86 ein Defizit von 637,4 Millionen US\$ aufwies. Ein Jahr davor lag dieses Defizit sogar bei 756,6 Millionen US\$.

Untersucht man die einzelnen Exportgüter, dann wird ersichtlich, daß sich bei allen Produkten - mit Ausnahme des Erdgases - eine mehr oder weniger starke rückläufige Tendenz nachweisen läßt. So ging z.B. der Ertrag aus dem Obstexport von 154 Millionen US\$ im Jahre 1982/83 auf 94,5 Millionen US\$ im Jahre 1985/86 zurück, bei dem Export von Karakulfellern ist der Rückgang sogar noch drastischer (von 21,5 Millionen US\$ auf 5,7 Millionen US\$). Auch der Export von Teppichen weist dieselbe Tendenz auf (1982/83 80,8 Millionen US\$ - 1985/86 25,8 Millionen US\$).

Neben den bereits genannten Gründen haben auch die großen Flüchtlingsströme zu dem Rückgang der afghanischen Produktion beigetragen. So waren viele der nach Pakistan oder Iran geflüchteten Afghanen früher als Teppichknüpfer tätig - jetzt gehen sie diesem Gewerbe auch im Exil weiter nach, ihre Erzeugnisse werden nun allerdings als pakistanische oder iranische Teppiche verkauft. Auch die Flucht der Viehzüchtenden Bauern (die ihr Vieh mitnehmen oder es durch den Krieg verloren haben) schlägt sich direkt in der Handelsbilanz des Landes nieder.

Ein weiterer Grund für die starke Zunahme der Importe ist darin zu sehen, daß die in Afghanistan stationierten sowjetischen Truppen ein großes Interesse an Produkten westlicher Herkunft, vor allem Elektroartikel, zeigen und mancher Sowjetsoldat seine Waffen gegen derartige Handelsgüter tauscht.

Versucht man nun, die negativen Auswirkungen dieser rückläufigen Entwicklung auf die einzelnen Menschen zu untersuchen, so drängen sich vor allem zwei Beispiele auf - die Steigerung der Mietpreise und die der Lebensmittelpreise. Aufgrund der internen Fluchtwelle ist die Bevölkerung Kabuls innerhalb von 8 Jahren von 700.000 Einwohnern auf rund 1,8 Millionen angewachsen. Daraufhin stiegen die Mieten um 300 % bis 500 %. Ähnlich sieht die Entwicklung bei den Nahrungsmitteln aus. Während man vor sieben Jahren für ein Ei nur 2 Afs. bezahlen mußte, kostet dasselbe Produkt heute den fünffa-

chen Preis. Nicht anders stellt sich die Preisentwicklung bei Obst und Fleisch dar. Für die afghanische Durchschnittsfamilie ist Fleisch inzwischen zu einem Luxusartikel geworden. Da es in den letzten Jahren praktisch keine Lohnerhöhung gegeben hat - sieht man von den Gehältern der Geheimdienstangehörigen, der Offiziere und hohen Parteikadern ab - sind jetzt viele Afghanen gezwungen täglich ums nackte Überleben zu kämpfen. Das jährliche afghanische Pro-Kopf-Einkommen beträgt gegenwärtig rund 130 US\$, was dem Niveau des Jahres 1978 entspricht!

Bleibt das Land weiterhin von der Sowjetunion besetzt und bahnt sich keine Lösung des Afghanistan-Konflikts an, so ist auch in Zukunft nicht mit einer positiven ökonomischen Entwicklung zu rechnen. Deswegen wird sich auch die im jüngsten Fünfjahresplan(1986/87-1990/91) angesteuerte Wachstumsrate von insgesamt 25 % mit Sicherheit als unerfüllbar und illusionär erweisen. Sollte sich dagegen der Plan auch nur ansatzweise realisieren, dann würde dadurch die ökonomische Abhängigkeit des Landes von der sowjetischen Machtsphäre noch stärker. So ist z. B. eine weitere Steigerung des Handels mit der Sowjetunion um 20 % geplant. Dadurch würde aber neben der hundertprozentigen militärischen Abhängigkeit und der bedingungslosen politischen Unterwerfung der "DVPA" unter die Sowjetunion auch noch die vollständige Penetration der afghanischen Wirtschaft durch die UdSSR zementiert. Hat die Sowjetunion schon jetzt durch ihr alleiniges Monopol an der Erschließung und Ausbeutung der afghanischen Rohstoffvorkommen einen Anteil von 65 % an allen afghanischen Exporten, so würde dieser Prozentsatz nochmals um weitere 10 % auf 75 % steigen. Hinzu kommt noch eine technologische Abhängigkeit, die darin begründet liegt, daß mehr als 80 % der afghanischen Industrieproduktion mit Hilfe von sowjetischen Maschinen hergestellt wird! Nach der Befreiung des Landes bestünde deshalb die historische Aufgabe darin, diese ökonomische Abhängigkeit konsequent abzubauen und die afghanischen Ressourcen im Sinne einer eigenständigen nationalen Entwicklung umzuleiten.

5. Zusammenfassung

Der Generalsekretär der "DVPA", Najibullah, versucht seit seiner Machtübernahme im Rahmen einer großangelegten Offensive, den Eindruck der ökonomischen Entwicklung und Prosperität zu erwecken und damit seine Regierung durch den Nachweis der ökonomischen Effizienz zu legitimieren. Der vorliegende Beitrag versuchte zunächst, die langfristig angelegte sowjetische Strate-

gie der ökonomischen Einbindung Afghanistans in seine Machtsphäre am Beispiel verschiedener Maßnahmen aufzuzeigen. Darüber hinaus sollte der Nachweis erbracht werden, daß dieser Prozeß des Eindringens in die afghanische Ökonomie durch andere flankierende Maßnahmen der "DVPA" kontinuierlich von Taraki über Amin und Karmal bis hin zu Najibullah forciert wurde. Es zeigte sich, daß das Konzept des "nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges" der "DVPA" in Wirklichkeit von den Sowjets zur Verwirklichung ihrer ökonomischen Bindungsstrategie instrumentalisiert wurde. Als Fazit bleibt festzustellen, daß dieses Entwicklungskonzept sich für Afghanistan als ein Fiasko erwiesen hat.

6. Anmerkungen

*Englische Version dieses Aufsatzes ist erschienen in: Afghanistan Quarterly/Toronto - Canada, Vol.1, No.1, Spring 1988, S. 15-22

1. The Economist Intelligence Unit - EIU - Country Report: Pakistan, Afghanistan No. 2, 1986, S. 22 und No. 3, 1987, S. 1

2. EIU No. 2, 1986, S. 21

3. Vgl. S.M.Samimy: Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Brockmeyer, Bochum 1983, S. 99-121

4. EIU No. 3, 1987, S. 20

5. EIU No. 1, 1986, S. 26

6. Vgl. The Review of Radical Political Economics. Vol. 13, No. 1, Spring 1981, S. 83 und für Algerien vgl.: Neue Zürcher Zeitung Auslandsnummer 225, 29. September 1982, S. 10

7. Kuschakaki, S.: Dahai Quanun Asasi (Das Jahrzehnt der Grundverfassung) in Dari. Pakistan 1986 (1365), S. 183

8. S.M.Samimy, a.a.O., S.23-25

9. EIU Supplement 1986, S. 48

10. EIU, No. 1, 1986, S. 24

11. EIU, No. 2, 1986, S. 22

12. EIU, No. 2, 1987, S. 18

Afghanische Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland

Empirische Untersuchung zu Fluchtmotiven und Engagement *

0. Vorwort

Seit der Machtübernahme der sogenannten "Demokratischen Volkspartei Afghanistans, DVPA" im Jahre 1978 haben etwas über 10.000 Afghanen in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht gesucht. Die folgende Referierung beschränkt sich auf die afghanischen Intellektuellen, die ehemals in der Bundesrepublik studiert bzw. ihre Ausbildung erhalten haben und danach zum größten Teil wieder nach Afghanistan zurückgekehrt waren. Aufgrund vielfältiger Aspekte haben sie sich dort jedoch - vor allem nach der sowjetischen Afghanistan-Invasion - gezwungen gesehen, ihre Heimat wieder und zum größten Teil illegal zu verlassen und in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht zu suchen.

1. Ansatzpunkte der Untersuchung

Aufgrund ihrer Ausbildung und ihres sozialen Stellenwertes zählen diese Afghanen gewiß zu der "Elite" Afghanistans, die maßgeblich am gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozeß des Landes mitbeteiligt waren.

Eine Differenzierung dieses afghanischen Intellektuellenpotentials nach Naturwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlern ist nicht einzig und allein durch ein im engen Sinne des Wortes fachbezogenes Studium zu begründen. Sie läßt sich auch durch ihr bescheidenes und unterschiedlich ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Engagement rechtfertigen.

Die folgenden Ausführungen beruhen zu einem großen Teil auf Untersuchungen zum Thema am Beispiel von 55 Afghanen mit akademischer Ausbildung, die heute in der Bundesrepublik leben. Von diesen 55 Afghanen - die im übrigen fast das gesamte exilierte afghanische Akademikerpotential in Deutschland abdecken - sind 60% Sozialwissenschaftler im weitesten Sinne.

Aufgrund der bekannten Schwierigkeiten, aus empirischen Untersuchungen dieser Art qualitative Verallgemeinerungen zu reduzieren, lassen demnach auch die hier vorgelegten Befunde selbstverständlich Deutungsvariationen zu. Es muß daher ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die konstatierte Situation des untersuchten quantitativen Samples, weder hier in der

Bundesrepublik Deutschland noch in anderen westlichen Staaten und schon gar nicht für die Nachbarländer Afghanistans wie Iran und Pakistan, für die afghanischen Intellektuellen im Exil als repräsentativ angesehen werden kann.

2. Herkunft und Werdegang

Mehr als 70% der akademisch ausgebildeten Afghanen in Deutschland stammen aus der afghanischen Hauptstadt Kabul. Unter den restlichen 30%, die aus den Provinzen Afghanistans stammen, überwiegen die Naturwissenschaftler um 5%.

Bezogen auf den Bevölkerungsanteil der Stadt Kabul an der Gesamtbevölkerung Afghanistans verdeutlicht diese überproportionale Vertretung der Kabulis die ungleiche Entwicklung des afghanischen Schulwesens. Genießt Kabul ein ziemlich dichtes Netz an Primär-, Real- und Oberschulen, müssen in vielen Provinzen die Schulkinder weite Wege zurücklegen, um überhaupt eine Schule erreichen zu können.

Zum anderen haben die "Provinzler" aus strukturellen und gesellschaftlichen Gründen kaum eine Chance, ein Studium an der Kabuler Universität aufnehmen zu können. Der Hauptgrund dafür, daß unter den aus der Provinz stammenden Akademikern die Naturwissenschaftler mehrheitlich vertreten sind, ist zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, daß in diesen Studienfächern komplizierte Sachverhalte konkret, ohne übermäßige sprachliche Wortgewandheit ausgedrückt werden können. Zwar kann man dies nicht verallgemeinern, dennoch können die für das Studium der Sozialwissenschaften erforderlichen gesellschaftspolitischen Hintergrunderfahrungen nicht aus einer nahezu "geschlossenen" Kleinstadt mitgebracht werden. Doch dieses Defizit wird in der Regel rasch durch Fleiß und Anpassung behoben.

Im Hinblick auf die soziale Herkunft stellte sich heraus, daß 45% der untersuchten Akademiker aus Beamtenfamilien stammen, wobei der Unterschied zwischen Sozialwissenschaftlern und Naturwissenschaftlern, mit 1% zugunsten der zuerst genannten, kaum ins Gewicht fällt. Wichtig ist jedoch der Hinweis, daß der Anteil derjenigen Sozialwissenschaftler, die aus der höheren Beamten-schicht bis hin zu Ministerämtern stammen, 50% beträgt, bei den Naturwissenschaftlern jedoch unter 40% liegt. Im Kontext der späteren Berufschancen ist dieser Umstand doch wohl eher durch die Mentalität der Eltern, als die der Betroffenen selbst, bedingt. Die Tatsache, daß die mittleren und unteren Beamten ihre Kinder zum Studium ermuntern, liegt sicher in dem Berufshorizont

dieser Schicht begründet: Eine Beamtenstelle ist eine privilegierte, lukrative und sichere Einkommensquelle. Im Zusammenhang mit einem sozialen Aufstieg sehen denn auch später die Kinder dieser Schicht ihre Chance in einer besseren schulischen Ausbildung.

Als zweitstärkste Gruppe sind die Händlerfamilien (im weitesten Sinne der Wortbedeutung) mit 31% vertreten, wobei deren Anteil bei Sozialwissenschaftlern über 45% und bei Naturwissenschaftlern unter 18% liegt. Ob dies nun durch den "dynamischen Geist" der Händlerschicht bedingt ist oder durch Eigeninitiative der Kinder zu erklären wäre, kann nicht eindeutig festgestellt werden. Es gibt jedoch Hinweise darauf, daß die Angehörigen dieser sozialen Schichten im Studium ihrer Kinder - sowohl allgemein wirtschaftspolitisch als auch fachbezogen - das ergänzende und fördernde Moment für ihren Händlerberuf erblickt haben.

Im Hinblick auf die soziale Herkunft sind Kinder der schon längst urbanisierten Großgrundbesitzer mit einem Anteil von 11% und die der Handwerker (vornehmlich Schneider- und Tischlerfamilien) mit 9% vertreten. Das führt zu dem doch etwas überraschenden Ergebnis, daß, obwohl in der afghanischen Gesellschaft nur eine sehr minimale Mittelschichtpopulation existiert, die "Mittelschicht-Kinder" in den Reihen der afghanischen Akademiker überproportional vertreten sind.

3. Fluchtmotive

Die Fluchtmotive der Akademiker sind sehr unterschiedlich. Sie sind nicht einzig und allein politisch verursacht. Auf einen Nenner gebracht, können drei Ursachenkategorien ausdifferenziert werden: Allgemein-politische Repressalien; speziell berufsbezogene Restriktionen und privat-familiäre Beweggründe.

3.1. Allgemein-politische Repressalien

Bekanntlich wurde nach dem Staatsstreich des Jahres 1978, als die "DVPA" an die Macht kam, eine allgemein-politische, unbeschreiblich repressive Atmosphäre geschaffen.

Mit primitivster Demagogie und äußerster politischer Naivität haben die "Chalqies" und "Partschamies" (zwei Fraktionen der "DVPA") eine Strategie der Bewertung politischer Auffassungen praktiziert, die auf folgende Maxime hinauslief: Bist du nicht mit uns, dann bist du gegen uns und deshalb unser Todfeind.

Gefahr für Leib und Leben von Andersdenkenden bestand nicht nur darin, daß man etwa gegen die "Partei" agitierte oder politisch aktiv wurde, sondern allein die Nichtteilnahme an einer von der "DVPA" organisierten Demonstration wurde als Verrat interpretiert und barg in sich die Gefahr einer Verhaftung.

Von den tagtäglichen Massenverhaftungen waren dann auch in erster Linie die Angehörigen der Kabuler Universität betroffen. Nahezu stündlich holte die Geheimpolizei Studenten, Assistenten und Dozenten vom Kabuler Campus.

(Von zwei Mitarbeitern von mir an der Kabuler Universität, die auf derartige Weise verschleppt wurden, gibt es bis heute noch kein Lebenszeichen) Bereits nach einem Jahr waren 12.000 Menschen verhaftet, und es gab kaum jemand in Kabul, der nicht das Verschwinden eines Verwandten, Freundes oder Nachbarn zu beklagen hatte. Nicht nur die allgemeine und ständige Verletzung der Menschenrechte kennzeichnete die Bedrohlichkeit der Situation, man war quasi selbst und direkt davon betroffen.

Die Sozialwissenschaftler waren mit 15% Verhaftungsquote besonders stark betroffen, während die Festnahmen von Naturwissenschaftlern zunächst nur auf einzelne Fälle beschränkt blieb.

3.2. Speziell berufsbezogene Restriktionen

Die oben angeführte "nackte" Gewalt wurde durch eine Reihe von Repressionsmechanismen in Intensität und direkter Betroffenheit noch verstärkt.

Dozenten und Assistenten wurden abgesetzt und mit Lehrverbot belegt. Andere wurden in ihrer Funktion als Chefs von Fakultäts-Abteilungen durch unqualifizierte, jedoch der "Partei" treu ergebene Kräfte abgelöst. Bei der Auswahl neuer Mitglieder des Lehrkörpers galt nicht mehr die Qualifikation, sondern ebenfalls Parteigängerschaft. Im Lehrbetrieb war es jedoch den Naturwissenschaftlern häufig viel leichter möglich die Qualität ihrer Fachmitarbeiter zu halten, während die Sozialwissenschaftler bei der Darstellung politisch-ökonomischer Studieninhalte sich eine Selbstzensur aufzuerlegen hatten und sogar "umdenken" mußten, wollten sie nicht ein Risiko für Leib und Leben eingehen. Mir wurde beispielsweise zum Verhängnis, daß ich einen Aufsatz des Bezirksparteisekretärs über den "Kapitalismus" inhaltlich für unbegründet und formal für mangelhaft hielt und ihn deshalb für eine Veröffentlichung in der Zeitschrift der Fakultät, deren Redaktionsmitglied ich damals war, als

ungeeignet betrachtete. Nur durch die sofortige Flucht aus Kabul konnte ich mich gerade noch vor der Verhaftung retten.

Diese Beispiele können mühelos fortgesetzt werden: Sie reichen von Durchsuchungen der Arbeitszimmer an der Universität bis hin zu direkten Aufforderungen, bestimmte Studenten 'bevorzugt' zu behandeln und ihnen, trotz mangelnder Leistungen, fachliche Kompetenz zu attestieren.

3.3 Privat-familiäre Beweggründe

Bei vielen Akademikern, die in der Bundesrepublik Deutschland ihr Studium absolviert hatten und dann in ihre Heimat zurückgekommen waren, gab es beträchtliche Wiedereingewöhnungsschwierigkeiten. Ihre Kinder, die in Deutschland zur Schule gegangen waren, konnten sich nur schwer in den afghanischen Schulen zurechtfinden. Es gab sowohl sachliche als auch pädagogische Komplikationen. Sagte z.B. das Kind zu seiner Mutter "Mama", dann wurde es von den anderen Kindern ausgelacht, weil 'mama' in den afghanischen Landessprachen Dari und Paschtu 'Onkel' bedeutet.

Auch andere, mehr die sozialen Beziehungen betreffenden Schwierigkeiten stellten sich ein. So kamen z.B. Verwandte und Freunde - nach afghanischer Sitte selbstverständlich unangemeldet - des frisch aus der Fremde heimgekehrten 'Doktors', der noch gar nicht oder gerade beginnend, um eine Anstellung sich bemühte, und blieben, ohne Rücksicht darauf, daß der angehende Dozent sich für seine Vorlesungen und Veranstaltungen an der Universität ja auch vorzubereiten hatte. Das ganze Familienleben mußte sich also wieder von Grund auf ändern und mancher meiner Kollegen litt sehr unter dieser Belastung.

Welche der angeführten Gründe nun für die Flucht Einzelner ausschlaggebend gewesen sein mag, kann nicht eindeutig festgestellt werden. Entscheidend ist jedoch, daß alle dem vorherrschenden, bis zum Ersticken erdrückenden politischen Klima entfliehen wollten. Sicher ist auch, daß jeder, der im westlichen Ausland studiert hatte, von den Parteigängern als "Agent des Imperialismus" verdächtigt wurde und potentiell gefährdet war.

Und ob die Flucht nun auf "ordentliche" Weise, d.h. mit gültigen afghanischen Ausreisepapieren oder illegal, auf Schleichwegen und bei Dunkelheit, durchgeführt wurde, ist nicht so sehr von Bedeutung. Immerhin bleibt festzuhalten, daß etwa 22% aus dem Land illegal emigrierten, überwiegend über die

pakistanische Grenze. von diesen Flüchtlingen waren die Sozialwissenschaftler, mit einem Anteil von über 30%, die stärkste Gruppe.

4. Bundesrepublik Deutschland - zweite Heimat privilegierter afghanischer Asylanten?

Die in Deutschland Zuflucht suchenden afghanischen Akademiker hatten gegenüber ihren Landsleuten aus anderen Schichten nur geringe Schwierigkeiten, Aufnahme und Asyl zu erhalten. Sie kannten ja schon die soziale Mentalität und asylrechtlich relevante gesetzliche Handhabungen. Sie genossen auch den Beistand anderer, bereits als Asylanten anerkannter Afghanen oder sogar deutscher Rechtsanwälte. Deshalb - und vor allem auch aufgrund der Aktualität der Afghanistanproblematik - wurden bis zur ersten Hälfte des Jahres 1981 ausnahmslos alle Flüchtlinge als Asylanten anerkannt. Erst danach gab es vereinzelt Ablehnungsfälle, die jedoch meist in zweiter Instanz in Anerkennung gewendet wurden. Es ist jedoch feststellbar, daß von den Erstablehnungen die Naturwissenschaftler häufiger betroffen waren.

Vereinzelt gab es Fälle, in denen asylsuchende Akademiker bis zur endgültigen Anerkennung keine richtige Wohnung fanden und deshalb zeitweilig in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht waren; die Mehrzahl jedoch konnte meist schon in den ersten Wochen eine zumutbare Wohnung finden und waren auch sonst bei Freunden aus ihren Studientagen gut aufgehoben. Heute gibt es so gut wie keine nennenswerten Wohnprobleme.

Anders und wesentlich kritischer sieht es jedoch mit einer Beschäftigungsmöglichkeit aus. Nur etwa die Hälfte der afghanischen Akademiker haben eine relativ sichere Arbeitsstelle, ohne ihrem Beruf fernliegende Arbeiten entrichten zu müssen. Bei den Sozialwissenschaftlern sind über 66% arbeitslos, wegen dieser Quote bei den Naturwissenschaftlern unter 33% liegt. Die geringere Arbeitslosigkeit bei den Naturwissenschaftlern ist zum Teil fachbedingt, aber auch dadurch zu erklären, daß sich für diese Gruppe ihre ehemaligen Professoren an den deutschen Universitäten besonders stark gemacht haben.

Zwar verfügen alle afghanischen Akademiker, die in dieser Untersuchung erfaßt wurden, über unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen und unbeschränkte Arbeitserlaubnis, aber die arbeitslosen afghanischen Akademiker müssen in zweierlei Hinsicht ihre Aussichten auf eine Berufsausübung als nur sehr gering bezeichnen. Nicht nur die allgemeine hohe Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik fällt für sie negativ ins Gewicht, sondern auch das relativ

hohe Lebensalter. Fast 90% von ihnen sind über 40 Jahre alt, die meisten zwischen 45 und 50 Jahre, einige sind sogar über 50. Im Unterschied zu anderen Arbeitslosen haben sie weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe, da sie nicht die Mindestfrist von einem Jahr sozialversicherungspflichtiger Arbeit nachweisen können. Sie sind also auf Leistungen des Sozialamtes angewiesen. Sie können auch keine Umschulungskurse besuchen, da sie - so sagt das Arbeitsamt - mit dem Erreichen des Dokortitels bereits über die höchstmögliche Qualifizierung verfügen. Ebenso beschränkt sind die Möglichkeiten von Fortbildung. Es gibt allerdings Ausnahmen, wie z.B. Teilnahme an EDV-Kursen oder Umschulungen im Bereich des Steuerrechts, die ein klein wenig hoffnungsvollere Perspektiven eröffnen.

Obwohl integrationsfördernde Aspekte - von der Beherrschung der deutschen Sprache über ein anerkanntes Studium bis hin zu einer stark ausgeprägten Anpassungsfähigkeit - bei dieser Gruppe vorhanden sind, werden sie durch wiederholte Absagen auf Bewerbungen privat rasch entmutigt. Wenn sie darüber hinaus auch noch nicht ihre Entwurzelung bewußt verarbeitet haben, können Erscheinungen trotzartiger Reaktionen entstehen, die sich negativ und integrationshemmend auswirken.

All das hat bei den meisten afghanischen Akademikern zur Folge, daß sie die Lösung ihrer Probleme nur und ausschließlich mit der Lösung des Konfliktes in ihrer Heimat verbinden und aus diesem Grunde u.a. zu politischen Aktivitäten bereit sind, um durch ihr Engagement bei der Befreiung Afghanistans mitzuhelfen.

5. Engagement für Afghanistan

Betrachtet man die in Deutschland exilierten afghanischen Intellektuellen unter dem Gesichtspunkt ihres Engagements für ihre Heimat, so kann man drei Grundhaltungen feststellen:

- a) desinteressierte Individualisten
- b) schein-engagierte Sympathisanten
- c) politisch-motivierte Aktivisten

Die Gruppe a), die desinteressierten Individualisten, ist die größte mit etwa 50%. Sie hatten ihre Entscheidung schon längst getroffen und handeln extrem egozentrisch. Daß sie mit "Afghanistan" nichts mehr zu tun haben wollen, ist zum Teil durch ihre Erziehung, ihren Werdegang und zum Teil durch ihre

Erfahrungen bzw. auf ihr politisches Verständnis zurückzuführen. Ihre allgemein vorherrschende Auffassung ist, daß sie auch in der Vergangenheit "ohne Politik" ganz gut gefahren wären. In ihrer kleinen "heilen" Welt meiden sie deshalb zum Teil ganz bewußt den Kontakt zu politisch aktiven Afghanen. Trotzdem können ihnen nicht in Bausch und Bogen "heimatliche" Gefühle abgesprochen werden; sie sind schlicht und einfach sich der Kurzsichtigkeit ihres Handelns nicht bewußt.

Die Gruppe b), die schein-engagierten Sympathisanten, machen etwa 20% an der Gesamtzahl aus. Sie sind nicht Mitglieder irgendeiner politischen oder humanitären Organisation, weil - so ihr häufigstes Argument - eine Organisation, in der sie Mitglied sein könnten, weder zur Zeit existiert noch gegründet werden könne.

Diese Afghanen üben zum großen Teil destruktive Kritik an allen bestehenden politisch-engagierten Gruppen, ergreifen aber selbst keine Initiative, um ihre eigenen Ansichten in die Tat umzusetzen. Viele fühlen sich als Häuptlinge, denen lediglich die Gefolgsleute fehlen.

Bei dieser Gruppe kann ein unverkennbarer Widerspruch festgestellt werden, zwischen dem Anspruch, große Leistungen vollbringen zu wollen bzw. zu können und einer Abneigung gegen tägliche und mit Ausdauer zu betreibende politische "Kleinarbeit". Sie sehen sich in der Lage, den "großen Wurf" bei der Lösung der Afghanistanproblematik machen zu können, sind aber außerstande, zu bestimmten, für Afghanistan wichtigen Anlässen ein Flugblatt zu schreiben oder auch nur eins zu verteilen. Gewollt oder ungewollt werden diese Afghanen, solange sie nicht organisiert sind, bei der politischen Arbeit der übrigen Afghanen eine retardierende Rolle spielen.

Die Gruppe c), die politisch-motivierten Aktivisten, sind mit etwa 30% unter den Akademikern vertreten. In dieser Gruppe überwiegen die Sozialwissenschaftler mit 10% gegenüber den Naturwissenschaftlern.

Diese Gruppe kann im Großen und Ganzen als Motor der Afghanistan-Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Trotz vielfältiger Hemmnisse vollbringt diese Gruppe, wenn auch bescheidene, so doch nachweisbare Leistungen, vor allem im humanitären Bereich.

Sie kennzeichnet allerdings ein äußerst differenziertes politisches Verständnis und Verhalten. Im engen Kreis befließt man sich deshalb oftmals bei Diskussionen - statt sachlicher Auseinandersetzung - um "afghanische"

Höflichkeit. Obwohl allesamt demokratisch sich nennend, ist ihr Umgang untereinander wohl kaum als demokratisch zu bezeichnen. Typisch intellektuelle Zersplitterung und das Fehlen toleranter Gesinnung sind defizitäre Aspekte, die zum großen Teil auf die heterogene afghanische Gesellschaftsstruktur und auf das Fehlen demokratischer Tradition zurückgeführt werden können. Da seit einiger Zeit jedoch ein Prozeß eingesetzt hat, bei dem die Erkenntnis der Notwendigkeit toleranten Umgangs beobachtbar ist, besteht berechtigte Hoffnung, daß auch diese Defizite sekundär werden.

6. Fazit: defizitäre Leistungsbilanz der afghanischen Intellektuellen

Wenn auch die afghanischen Akademiker in der Bundesrepublik Deutschland nicht in jeder Hinsicht den Status privilegierter Asylanten genießen, so sind sie im Großen und Ganzen doch "in guten Händen".

Das darf jedoch nicht davon ablenken, daß sie weiterer Hilfe dringend benötigen. Dem freien Arbeitsmarkt ausgeliefert, wo ihre Chancen aufgrund ihres bisherigen beruflichen Werdeganges gering sind, könnten flankierende Maßnahmen, z.B. Gespräch von deutscher Seite mit potentiellen Arbeitgebern oder entsprechende Empfehlungen, durchaus positiv wirken.

Psychologisch kommt noch hinzu, daß auch diese Akademiker nicht mehr die "stolzen" Afghanen von gestern sind. Überwiegend hatten sie durch eigenen Fleiß und Qualifikation Stipendien erworben. Mit der Aussicht, in der Heimat eine sichere Arbeitsstelle zu haben und damit auch sozialen Aufstieg erreichen zu können, hatten sie für sich eine rosige Zukunft erwartet. Nun sind sie mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die zum Teil katastrophale Ausmaße erreichen.

Unbestritten stellen diese Akademiker für ein Land wie Afghanistan (mit einer Analphabetenquote von immer noch über 80%) einen großen Verlust dar. Dafür, daß sie zersplittert und häufig auch persönlich verfeindet sind, liefert weder die Zerrissenheit der afghanischen Befreiungsbewegung noch die sozio-kulturelle Heterogenität der afghanischen Völker eine Entschuldigung. Als Teil der Elite Afghanistans müßten sie vielmehr Auslöser und Motor der Einheitsbildung sein. Sie müssen lernen, politisch zu denken und den schon in Gang gekommenen Politisierungsprozeß innerhalb der Widerstandsbewegung bewußt forcieren. Sie haben ein freies Afghanistan von ihren Eltern geerbt und ihre historische Pflicht besteht zumindest darin, daß sie alles dafür tun, damit

ihre Kinder nicht in Knechtschaft der Moskauer Erfüllungsgehilfen von der "DVPA" leben müssen.

Die afghanischen Akademiker in der Bundesrepublik Deutschland und auch in anderen westlichen Staaten besitzen unbestritten die Fähigkeit, für ihr Land Großes leisten zu können. Aufgrund ihrer intellektuellen Potenz sind sie geradezu verpflichtet, sich an der Neugestaltung eines freien Afghanistans zu beteiligen. Doch - gemessen an den Leistungen von Akademikern aus vergleichbaren Ländern in vergleichbaren Situationen (z.B. die der Intellektuellen aus den Ländern der Dritten Welt) - muß man der afghanischen Intelligenz in vielfältiger Hinsicht eine defizitäre Leistungsbilanz bescheinigen.

Wenn die afghanischen Intellektuellen ihre historische Mission erfüllen wollen, wenn sie in der künftigen afghanischen Gesellschaft einen herausragenden sozialen Stellenwert beanspruchen und wenn sie schließlich ihr eigenes Image verbessern wollen, dann müssen sie umgehend konstruktiv an der politischen Entwicklung der afghanischen Befreiungsbewegung partizipieren.

Anmerkungen

* Dieser Artikel ist die Niederschrift eines Referates, das der Verfasser vor dem Internationalen Symposium der "Otto-Benecke-Stiftung" in Bonn Bad-Godesberg gehalten hat. Erschienen ist er zuerst in: Afghanistan Tribune, Juli-August 87, Nr. 40-46

Afghanistan - Positionen der deutschen Linken

Eine kritische Auseinandersetzung*

1. Problemstellung

Bekanntlich marschierten am 27. Dezember 1979 etwa 120.000 Invasionstruppen der Sowjetunion (SU) in Afghanistan ein. Der Partei- und Staatschef H. Amin wurde hingerichtet. An seiner Stelle wurde Babrak Karmal, der sich bis zu dieser Zeit mit seinem Schattenkabinett in der SU aufgehalten hatte, an die Spitze der Partei und des Staates gesetzt. Diese militärische Intervention der sowjetischen Supermacht in Afghanistan lieferte der Aktualisierung des Afghanistan-Problems, das schon durch den Staatsstreich vom April 1978 für Schlagzeilen gesorgt hatte, erneut Brennstoff.

Dadurch wurde der Afghanistan-Konflikt mehr als je zuvor internationalisiert. Denn seit dem zweiten Weltkrieg wurde zum ersten Mal ein islamisches und zur Gruppe der blockfreien Staaten zählendes Land durch die SU militärisch besetzt. Entsprechend ihrer Interessenlage und politischen Einschätzung der Situation reagierten verschiedene Machtblöcke und gesellschaftspolitische Kräfte unterschiedlich auf die Intervention.

Diesbezüglich hat auch die "Deutsche Linke"¹ Position bezogen, die wiederum ihre Einschätzung der politischen Entwicklung nicht nur in und um Afghanistan sondern die der internationalen Lage widerspiegelt.

Das Hauptanliegen dieses Beitrages besteht darin, diese Positionen zu skizzieren und deren Defizite zu erörtern. Es ist hiermit u.a. daran gedacht, die Solidarität derjenigen fortschrittlichen Kräfte zu gewinnen, die bislang den nationalen Befreiungskampf des afghanischen Volkes über eine kritische Distanz hinaus betrachtet haben. Darüberhinaus kann der nationale Widerstandskampf der Afghanen gegen die sowjetische Supermacht durch systematische Vermittlung von Informationsmaterial in der politischen Auseinandersetzung der deutschen Linken zu einer Produktivkraft werden, die den Prozeß der politischen Orientierung derselben unweigerlich forcieren wird.

2. Skizzierung verschiedener Positionen

Innerhalb der deutschen Linken gibt es über die Hintergründe der Invasion, bzw. über die tatsächlichen Ereignisse in Afghanistan keinen Konsens.

Von der durch die sowjetische Großmachtideologie untermauerten Rechtfertigung der Invasion variieren die Positionen bis hin zur scharfen Verurteilung derselben und Sympathiebekundungen mit dem Widerstandskampf der Afghanen gegen die sowjetischen Großmacht-Interventen.

Über die völkerrechtlichen Aspekte der Invasion hinaus wird die militärische Intervention der sowjetischen Großmacht in Afghanistan von beiden Extremfällen wiederum mit den Ereignissen in und um Afghanistan in Zusammenhang gebracht, die in ihrer aktuellen Prägung zumindest vom April-Putsch des Jahres 1978 an datieren. Hierbei spielt die globale Machtblock-Strategie der Supermächte ebenfalls in der Auseinandersetzung eine gewisse Rolle.

Der eine Extrempol sieht in der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan weiteres Beweismaterial für den hegemonialen Expansionsdrang der sowjetischen Supermacht. Mithin finden sie im Hinblick auf die Einschätzung der internationalen Lage ihre politische Position bestätigt. Daher treten sie im Hinblick auf den sozialimperialistischen Charakter der sowjetischen Supermacht ideologisch noch überzeugter auf. Zu diesem Kreis zählen verschiedene Gruppierungen, welche die Sowjetunion als "Sozialimperialist" bezeichnen².

Da sie den totalen und raschen Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan fordern und mit dem nationalen Befreiungskampf des afghanischen Volkes sympathisieren, werden sie in den weiteren Erörterungen als Sympathisanten bezeichnet.

Den Gegenpol zu Sympathisantenkreisen bilden diejenigen Kräfte, die die sowjetische Intervention als eine "militärische Hilfe der UdSSR" bezeichnen, die wiederum "auf Grund einer Bitte der DR Afghanistan und auf der Basis gültiger Verträge und Normen folgte"³.

Zu diesem Gegenpol zählen hauptsächlich die DKP, ihr nahestehende bzw. von ihr beeinflusste Kreise und Personen. Da sie in der Wiedergabe der Rechtfertigungsthese der großen Bruderpartei, der KPDSU, die Erfüllung ihrer "internationalistischen Pflicht" erblicken und nicht zuletzt deswegen die tatsächlichen Ereignisse in Afghanistan verfälschend vortragen, werden sie im weiteren Verlauf der Diskussion als Demagogen bezeichnet.

Diese Demagogen stehen bekanntlich im Dienste der Ideologie und Außenpolitik der sowjetischen Großmacht. Im Hinblick auf Afghanistan nehmen sie kritiklos die Analyse der sowjetischen Ideologen an. Danach wird, ohne zu zögern, auf den nationalen Widerstandskampf des afghanischen Volkes die "Agententheorie" angewandt. Der Befreiungskampf in Afghanistan wird schlechthin als eine Reaktion auf die "April-Revolution" des Jahres 1978 gedeutet. Eine "Revolution" also, die von der "Demokratischen Volkspartei Afghanistans - DVPA - zur Beseitigung der "feudalen" Verhältnisse durchgeführt worden sei⁴.

Im Unterschied zu beiden Extremfällen gibt es innerhalb der deutschen Linken eine Reihe von Zwischenpositionen, die wiederum die Ereignisse in und um Afghanistan im Zusammenhang mit der Globalstrategie der Supermächte betrachten.

Auf einen gemeinsamen Nenner reduziert, bezeichnen sie die sowjetische Intervention in Afghanistan als eine "eklatante Verletzung" der Selbstbestimmungsrechte der Nationen und als solche verurteilen sie das Massaker der Invasoren an dem afghanischen Volk⁵.

Über diese völkerrechtlichen und moralischen Aspekte hinaus vermißt man eigentlich eine eindeutige Stellungnahme zum Charakter des afghanischen Widerstandskampfes. Hierzu zählen auch die Ansichten derjenigen, die mit dem Widerstandskampf der Afghanen eine gewisse Sympathie bekunden, jedoch den Afghanen keine Siegeschance einräumen⁶.

Da sie im Hinblick auf die interne Entwicklung in Afghanistan zum Teil mißträuisch sind und ihr Standpunkt zum Charakter des Widerstandskampfes in Afghanistan ambivalent ist, werden sie im weiteren Verlauf der Diskussion als Skeptiker bezeichnet.

Um diese Standpunkte kritisch beleuchten zu können, wird im folgenden versucht, sie im Zusammenhang mit drei Problemkreisen zu erörtern.

Zunächst basiert die Rechtfertigung der Invasion auf der These der "Rettung der Errungenschaften der April-Revolution" des Jahres 1978. Daher halte ich eine eingehende Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Ereignissen in Afghanistan für erforderlich.

Dem folgt ein zweiter Schritt, nämlich zum einen die Ableitung der Invasionsmomente aus der Gesellschaftsstruktur der Sowjetunion und zum anderen eine Diskussion um die völkerrechtliche Rechtfertigung der Invasion.

Anschließend wird zu erörtern sein, daß manche Positionen im fortschrittlichen Gewand mit einer gewissen Portion "Eurozentrismus" versehen sind.

3. Defizite der Positionen

3.1 Revolutionsverständnis der Demagogen

3.1.1 Historischer Background der Machtergreifung der "DVPA"

Der Vielvölkerstaat Afghanistan hat im Laufe seiner historischen Entwicklung gewisse Spezifika aufzuweisen, deren Reichweite vom politischen Moment des typischen "Afghanischen Despotismus" über die zentrifugalen Bestrebungen gegen die Machtzentrale bis zum sozio-ökonomischen Aspekt spezifischer Stadt-Land-Beziehungen reicht. Im Zusammenhang damit haben die Interessen der imperialen und imperialistischen Mächte dazu geführt, daß der "Entwicklungsprozeß" in Afghanistan im Vergleich zu vielen anderen Staaten der Peripherie relativ spät eingesetzt hat⁷.

Daß die sozio-ökonomischen Verhältnisse nicht idyllisch und tiefgreifend umwälzungsbedürftig waren, ist unbestritten. Dies gilt auch für die Zeit vor dem Staatsstreich des Jahres 1978, wodurch die "DVPA" an die Macht geputscht wurde. Diese Machtübernahme wird von Demagogen als eine "Revolution" bezeichnet, wodurch "das faschistische Regime von Daud" beseitigt wurde. Hiermit wird eine Reihe von Fragen abstrakter und konkreter Art aufgeworfen, die einer eingehenden Erläuterung bedürfen:

Die abstrakte Frage bezieht sich auf das Revolutionsverständnis der Demagogen. Der konkrete Teil beinhaltet die Frage danach, wer die "DVPA" ist, wer der damalige Staatspräsident Daud war und von wem er unterstützt wurde. Der Name Sardar Mohammad Daud, Prinz und Schwager des Exkönigs von Afghanistan Mohammad Zaher Shah, steht für eine gewisse Fraktion der herrschenden Klassen in Afghanistan, welche von Beginn der fünfziger Jahre an, bei der Gestaltung der Innen- und Außenpolitik Afghanistans eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat.

Der "verrückte Sardar", wie er in der Öffentlichkeit genannt wurde, wurde 1953 zum Ministerpräsident ernannt. Er hat das Land mit "eiserner Hand", d.h. despotisch regiert. Die Liquidierung der national-demokratischen Bewegung (1947-53), wofür u.a. die Namen Abturrahman Mahmudi und Sarwar Joja als Wortführer stehen, geht auf seine Kosten. Die Daud-Fraktion war jedoch bestrebt, die politische Unterdrückung und Repressalien durch ökonomische Effizienz zu untermauern. Darüberhinaus gilt er als Initiator der Intensivierung

der Beziehungen Afghanistans mit der SU, von der er militärische und ökonomische Unterstützung erhofft und auch erhalten hat⁸.

Das Scheitern der Außenpolitik der Daud-Fraktion (speziell die Pachtunistan-Frage) und die Tatsache, daß auch ihre ökonomischen Entwicklungspläne im Fiasko endeten, zwang Daud 1963 zum Rücktritt. Ergänzend hierzu haben die internen fraktionellen Machtkämpfe der herrschenden Klasse einerseits und die potentielle Aufstandsgefahr des afghanischen Volkes andererseits, keine geringe Rolle gespielt. Aus der Sicht der Daud-Fraktion war hierbei nur eine Schlacht, jedoch nicht der endgültige Machtkampf verloren. Es hat aber trotzdem ein Jahrzehnt gedauert, bis der Despot Daud mit aktiver Unterstützung der "DVPA", und zusammen mit ihr, 1973 an die Macht geputscht wurde. Die Koalition zwischen der Daud-Fraktion und der "DVPA" blieb nicht auf die Proklamierung der programmatischen Ebene beschränkt. Bekanntlich wurde im wesentlichen das von der "DVPA" 1965 entwickelte Programm, leicht modifiziert als Programm der Koalitionsregierung vorgestellt. Auf ideologischer Ebene stand die "DVPA" im Dienste des Herrschaftsapparates, an dem sie unmittelbar partizipierte, so daß sie - vertraut mit der Demagogie der sowjetischen Ideologie - den Staatsstreich 1973 als "Revolution" und die Person Daud als deren "genialen Führer" hochpreisen konnte⁹.

In der praktischen Politik hat die "DVPA" mit der Unterstützung der Person Dauds, der als Architekt der modernen afghanischen Armee gilt, die Armee in gewissen Abständen von "unerwünschten Kreisen" brutal "gesäubert". Auf der politischen Bühne wurde wiederum versucht, durch Inhaftierungen und Hinrichtungen der national-gesinnten, fortschrittlichen und sozial-revolutionären Kräfte die patriotische Bewegung im Keim zu ersticken, die sich 1963 - 1973 formiert hatte.

Bei der Intensivierung der Beziehungen Afghanistans zur SU teilten beide Koalitionspartner, die Daud-Fraktion und die "DVPA", ebenfalls einen gemeinsamen Standpunkt. Ihre Positionen in dieser Frage variierten jedoch einmal hinsichtlich des Grades der Intensivierung der Beziehungen und zum anderen im Hinblick auf die ideologische Zugehörigkeit zur KPdSU, die letzten Endes der Daud-Fraktion zum Verhängnis wurde. Die "DVPA" setzte sich dafür ein, den Einverleibungsprozeß Afghanistans in die sowjetische Machtsphäre rasch zu forcieren. Daud war jedoch bestrebt, den "Beistand" des großen Nachbarn zur Zementierung seines Machtapparates im Innern zu instrumentalisieren. Auf ideologischer Ebene teilte er den demagogischen

Standpunkt der "DVPA" nicht. Denn der Despot Daud ist alles andere als ein Anhänger des Sozialismus sowjetischer Prägung gewesen. Die Divergenzen beider Fraktionen wurden noch evidenter, als Daud dem Vorschlag des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, in ein "kollektives Sicherheitssystem für Asien" einzutreten, nicht Folge leistete. Weil sich die Daud-Fraktion, genauso wie die "DVPA", nicht auf die Unterstützung des afghanischen Volkes stützen konnte, mußte sie im Gegensatz zur "DVPA" nach Verbündeten im Westen und in der Region suchen. Denn für die politische, ökonomische und vor allem militärische Loslösung von der SU benötigte sie eine Kompensation.

Aus diesen fraktionellen Machtkämpfen ging letzten Endes die "DVPA" im April 1978 als Sieger hervor.

3.1.2 Vom "Feudal"-Staat Afghanistan zum Satelliten der SU - historischer Fortschritt?

Es läßt sich nun die Frage stellen, ob mit dem April-Putsch des Jahres 1978 ein derartiger Machtwechsel vollzogen wurde, so daß er nach dem sozial-revolutionären Verständnis des Konzeptes das Etikett "Revolution" verdient.

Daß ein Machtwechsel stattgefunden hat, ist unbestritten. Daß dieser Machtwechsel eine fraktionelle Machtverschiebung zugunsten der "DVPA" - auf Kosten der Fraktion Daud - zum Ausdruck bringt, ist ebenfalls evident. Denn aus dem Bündnis von mehreren Klassen und Fraktionen der Periode 1973 - 1978, die alle "herrschende" waren, ging nun die Fraktion der "DVPA", die die Interessen bestimmter sozialer Kategorien verteidigt, als hegemonische Fraktion hervor. Vor allem erlangte sie die politische Hegemonie. Die Demagogen sind eine Beweisführung schuldig geblieben, daß bei diesem Machtwechsel einer herrschenden Klasse oder Fraktion oder die herrschenden sozialen Kategorien insgesamt an die unterdrückten Klassen oder Fraktionen die politische Macht verloren hätten.

Der Position der Demagogen nahestehend versuchen einige Kreise ihren Standpunkt auf einer gewissen Differenzierungsebene hinüberzuretten¹⁰. Sie unterscheiden zwischen dem Inhalt und der Form des April-Putsches. Der Machtwechsel des Jahres 1978 sei der Form nach ein Militärputsch, dem Inhalt nach aber eine Revolution, "da durch sie die politische Macht von der bisherigen Aristokratie und den Stammesführern und den mit diesen verbundenen Ideologieproduzenten aus der islamischen Geistlichkeit in die Hände einer wohlorganisierten und entschlossenen Organisation überging, die sich aus den

Reihen der modernen städtischen Bevölkerung rekrutierte, die durchaus angemessen als Mittelschicht zu bestimmen sind"¹¹.

Über den komplizierten Zusammenhang zwischen Form und Inhalt hinaus ist diese Differenzierung insofern unzutreffend, als der behauptete "Inhalt" weder durch die Klassenzugehörigkeit der Putschisten, noch durch die Auswirkungen der Programmatik der "DVPA" eine adäquate Erfüllung vorfinden kann.

Nach sozial-revolutionärem Verständnis müssen eigentlich bei der Inhaltsbestimmung eines Machtwechsels zwei gesellschaftspolitische Aspekte berücksichtigt werden, nämlich einerseits die Klassenzugehörigkeit der Träger des Machtwechsels, andererseits die Programmatik der nun hegemonischen Fraktion in ihren praktischen Auswirkungen; zum einen für die breiten Volksmassen und zum anderen für die eigenständige nationale Entwicklung des Landes.

Im Hinblick auf die Klassenzugehörigkeit der Mitglieder der "DVPA" muß man zunächst zwischen den Mitgliedern, welche die Strategie und Taktik der Partei maßgebend bestimmen, also der Partielite, und der Parteimasse unterscheiden.

Bekanntlich stammt der maßgebende Teil der hohen Funktionäre der "DVPA" ihrer Klassenzugehörigkeit nach weder aus der Bauern- noch aus der Arbeiterschaft. Die Elite der "DVPA" stammt hauptsächlich aus der Generalität¹², Aristokratie¹³, "Feudalherrschaft"¹⁴, roten Kompradorenbourgeoisie¹⁵ und zum geringen Teil aus der technischen Intelligenz in hoher Position des Staatsapparates¹⁶.

Im Unterschied zur Partielite dürfte sich die Parteimasse (im Falle der Chalq-Fraktion) aus ländlichen, ins Kleinbürgertum aufgestiegene Familien mit bäuerlichem Grundbesitz und (im Falle der Parscham-Fraktion) aus den kleinkarierten Kräften der Beamenschaft in mittleren Positionen des Staatsapparates und der Armee rekrutieren¹⁷.

Die Parteimasse, als Befehlsempfänger der hohen Parteifunktionäre, vertritt im Rahmen der parteipolitischen Programmatik verbal die Interessen der Werktätigen, jedoch als eine Fraktion des intellektuellen Kleinbürgertums, und als verzogene Kinder desselben findet sie in der Mitgliedschaft der "DVPA" die Chance für "ihren eigenen sozialen Aufstieg"¹⁸.

Ausgehend von ihrem Stellenwert im Produktionsprozeß der afghanischen Gesellschaft, stellen daher die Mitglieder der "DVPA" keine Fraktion der

unterdrückten Klassen dar. Ganz im Gegenteil, von der Klassenzugehörigkeit her repräsentieren sie fast alle die herrschenden Klassen und sozialen Schichten.

Wenn man neben dem ökonomischen Aspekt, der für die Bestimmung der Klassenzugehörigkeit der sozialen Agenten ausschlaggebend ist, noch die ideologischen und politischen Aspekte hinzunimmt, wird das Bild der Klassenzugehörigkeit der Anhängerschaft der "DVPA" noch evidenter¹⁹.

Hiermit gelangen wir zur Überprüfung der Programmatik der "DVPA" in ihren praktischen Auswirkungen. Bekanntlich drücken in den peripheren Gesellschaften seit geraumer Zeit die Träger des Machtwechsels die politische Legitimation und/oder die Zementierung ihrer Herrschaft in der Ankündigung sozialer Umwälzungen aus. Daher kommt es bei der Inhaltsbestimmung eines Machtwechsels nicht ausschließlich auf das vorgetragene Programm an, sondern vielmehr und hauptsächlich auf das, was dadurch für die breite Volksmasse und den eigenständigen nationalen Entwicklungsprozeß erzielt wird.

Die "DVPA" hat, wie 1973 in der Koalition mit der Daud-Fraktion, auch 1978 ihre Umwälzungs- und Reformpläne zur Zementierung ihrer hegemonischen Machtausübung instrumentalisiert. Im Bereich der Wirtschaft hat sie zunächst durch eine widersprüchliche Taktik die kleine Privatindustrie und damit die Existenz der Nationalbourgeoisie zerstört. Eine Kompensation des Produktionsausfalls konnte durch neugegründete oder schon vorhandene Staatsbetriebe nicht herbeigeführt werden. Durch gezielte handelspolitische Maßnahmen einerseits und durch den voreiligen Monopolanspruch des Staates auf den Außenhandel andererseits, wurde im Bereich des Außenhandels eine Umleitung des Handelsstromes vom Westen in die sowjetische Machtsphäre gezwungen. Mit dem praktischen Ergebnis, daß der Außenhandel zunächst eine zeitweilige Stagnation und dann sogar eine relative rückläufige Entwicklung aufweist. Darüberhinaus kam diese Umorientierung der "roten Fraktion der Kompradorenbourgeoisie" zugute. Durch politisch motivierte Massenflucht wurde auch das traditionelle Handwerk und das bescheidene Bazar-Geschäft erheblich beeinträchtigt. Durch die den afghanischen Verhältnissen inadäquaten Landreformvorstellungen einerseits und durch den Hochmut, den Machtmißbrauch und die Unwissenheit der Aktivisten der Partei andererseits endete bekanntlich die Landreform der "DVPA" ebenfalls im Fiasko²⁰. Dadurch wurde auch auf dem Lande die Reproduktionsbasis der Bauernschaft, vor allem die der landlosen Bauern, zerstört. Auf dem Wege der Etablierung des

partei-bürokratischen Terrorsystems fiel dem Herrschaftsapparat der "DVPA" nicht nur die politische Intelligenz zum Opfer, sondern trafen die ersten Kugeln der sowjetischen Panzer und Jagdbomber die Stirne der Bauern in Kandahar und in Darai Soof und die der Arbeiter einer Textilfabrik in Herat. Die von den Massen verhaßte und isolierte Minipartei hat daher die Kompensation für das Fehlen der internen sozialen Basis in der massiven militärischen Unterstützung der SU gesucht. Als Konsequenz mußte die "DVPA" den Prozeß der sowjetischen Machtsphäre forcieren. Daher wurden die ökonomischen Verhältnisse unterdrückt und die sozialen Beziehungen zerrüttet.

Das Land wurde stärker denn je von der sowjetischen Machtsphäre abhängig. Über die Außenhandelsphäre²¹ und technologische Abhängigkeit hinaus wurde die Penetration des Landes in die sowjetische Machtsphäre durch eine Reihe flankierender Maßnahmen untermauert, die sich vom kulturellen bis zum militärischen Sektor ausweiteten²².

Wenn das Reformprogramm der "DVPA" in seinen praktischen Auswirkungen die Zerstörung der Reproduktionsbasis der Massen und die Zerrüttung der sozialen Verhältnisse zur Folge hat, ist ein solches Programm auch inhaltlich nicht fortschrittlich. Darüberhinaus ist es auch in historischer Betrachtungsweise rückschrittlich, wenn statt der Möglichkeit zu einer eigenständigen nationalen Entwicklung die umfassende und allseitige Abhängigkeit des Landes als praktisches Ergebnis resultiert. Hinzu kommt die massive Unterdrückung und Niedertretung der demokratischen Rechte der Massen, verbunden mit den inzwischen auf eine Mio. erhöhten Opfern, die ebenfalls bei der Einschätzung der "revolutionären" Inhalte der Programmatik der "DVPA" einzukalkulieren sind.

Nach hiesigem sozial-revolutionären Verständnis der nationalen Befreiungsbewegungen stellt die Unabhängigkeit des Landes den ersten Schritt zur Überwindung der sozialen Mißverhältnisse und zur Einleitung einer eigenständigen nationalen Entwicklung dar.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß diese rückläufige Entwicklung in Afghanistan nicht das Ergebnis zufälliger Unglücksfälle gewesen ist, sondern vielmehr logische Konsequenz der hegemonischen Machtergreifung einer Fraktion. Sie hat wiederum ihren Ursprung in der theoretischen Betrachtungsweise der sowjetischen Ideologie. Die national-demokratische Strategie oder die Theorie des nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges ist bekanntlich

hauptsächlich von sowjetischen und osteuropäischen Wissenschaftlern erarbeitet worden.

Diese Strategie sieht für die einzelnen Länder der Peripherie die Möglichkeit der Entwicklung zum "Sozialismus" ohne kapitalistisches Entwicklungsstadium vor²³. Durch Forcierung der staatlichen Aktivitäten in einzelnen Ländern soll dieser Entwicklungsweg beschritten werden, wobei die hegemonische Machtergreifung einer dem Kreml treuen Gruppe diesen Weg krönen soll. Im Hinblick auf Afghanistan wurde das Einschlagen dieser Strategie zum Verhängnis für das Land.

Die "DVPA" hat sich selbst als eine Koalition der demokratischen, nationalen, fortschrittlichen und vaterlandsliebenden Kräfte darzustellen versucht²⁴. Die Partei verwechselte sich also hoffnungslos mit dem Volk. Wer gegen die Partei war, war folgerichtig auch gegen das "Volk"²⁵. Damit war der Gedankengang für die Etablierung eines partei-bürokratischen Herrschaftsapparates im peripheren Afghanistan konzipiert. Hiermit läßt sich auch der "revolutionäre Inhalt" der Machtergreifung der "DVPA" als Farce entlarven.

3.2 Scheinargumentation der Invasionsrechtfertigung

Über die unzulängliche Einschätzung der internen Entwicklung in Afghanistan hinaus besteht ein weiteres Defizit der Position der Dogmatiker und von Teilen der Skeptiker in dem Modus der Rechtfertigung der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Diese Sachproblematik wird im folgenden im Zusammenhang mit zwei Momenten erörtert. Zunächst wird eine grundsätzliche Einschätzung der Gesellschaftsstruktur der SU und eine daraus abgeleitete außenpolitische Strategie der sowjetischen Supermacht vorgenommen. Dem folgt im zweiten Teil eine eingehende Untersuchung der völkerrechtlichen Aspekte der Invasion.

3.2.1 System-immanenter Expansionsdrang

Hiermit wird versucht, den Expansionsdrang der sowjetischen Supermacht aus internen Gesellschaftsstrukturen und aus den außenpolitischen Motivationen abzuleiten. Denn gerade im Zusammenhang mit der Afghanistan-Invasion wird der Expansionismus der SU heruntergespielt. Bekanntlich besteht über den Charakter der gesellschaftlichen Formation der SU innerhalb der Linken kein Konsens. Die eine ideologische Richtung, zu der die Demagogen zählen, bezeichnet die sowjetische Gesellschaft als eine nicht-ausbeuterische, sozialisti-

sche Formation. Hiernach ist das Wesen des Sozialismus konzipiert als Staatseigentum an Produktionsmitteln im Zusammenhang mit zentraler Wirtschaftsplanung. Auf politischer Ebene repräsentiere die Partei, die KPdSU, das ganze Volk. Der sozialistische Charakter der SU zeige sich auf internationaler Ebene in der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung²⁶. Die Kehrseite dieser Feststellung ist nämlich die, keine gesellschaftspolitische Bewegung in der Peripherie könne gegen das außenpolitische Engagement der SU Front machen. Wird gegen die "brüderliche Hilfe" der SU Position bezogen, wie das nun in Afghanistan oder auf einer anderen Ebene in Polen der Fall ist, wird eine solche soziale Bewegung dann als durch und durch reaktionär und rückschrittlich abgestempelt.

Im Gegensatz zu dieser Feststellung vertritt eine andere ideologische Richtung, zu der die Sympathisanten zählen, den Standpunkt, daß die SU eine staatskapitalistische Gesellschaft sei. Unter Hinweis auf die Wirtschaftsreformen der 60er Jahre wird auf den zunehmenden Stellenwert der Märkte und damit auf die wachsende Rolle der Güterproduktion, des Geldes und der Gewinne geschlossen. Die Außenpolitik der SU als eine sozialimperialistische Macht läßt sich hiernach von der Motivation her von den monopol-kapitalistischen Imperialisten des Westens nicht unterscheiden. Die massive Militärintervention der sowjetischen Supermacht in Afghanistan stelle bloß ein Beispiel für die aggressiven sozialimperialistischen Aktionen dar²⁷.

Zwischen beiden Polen läßt sich wiederum die Position derjenigen einordnen, die die sowjetische Gesellschaft entweder als eine "Übergangsgesellschaft" oder als eine "neue Produktionsweise" charakterisieren. Mit dem Hinweis auf den geplanten Charakter der sowjetischen Ökonomie einerseits und das Fehlen der Verwaltung der Gesellschaftsbeziehungen seitens der unmittelbaren Produzenten andererseits, kommen die Vertreter der Übergangsgesellschaft in etwa zu folgender außenpolitischer Schlußfolgerung: Der sowjetische Staat habe keinen konsistenten Standpunkt zu nationalen Befreiungsbewegungen. Die Außenpolitik der SU, die sich aus den herrschenden politischen Interessen herleite, könne die Unterstützung, Ignorierung oder Untermauerung dieser Bewegungen zur Folge haben²⁸. Im Falle Afghanistans hat diese Interessenkonstellation gegen die Unabhängigkeit des Landes Front gemacht.

Aufgrund des Fehlens des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Gewinnmaximierung, kapitalistischer Momente einerseits und aufgrund des Fehlens der Produktionsdispositionen und demokratischer Entscheidungen

seitens der Arbeiterschaft, sozialistischer Züge andererseits, herrsche in der SU eine neue "Produktionsweise". Eine Produktionsweise also, welche im historischen Kontext höher als die kapitalistische, jedoch niedriger als eine sozialistische einzuordnen ist.

Die territoriale Expansion des sowjetischen Vielvölkerstaates datiert bekanntlich nicht erst seit dem zweiten Weltkrieg, aus dem die SU neben den Vereinigten Staaten von Amerika als Großmacht hervorgingen.

Wenn auch das zaristische Rußland durch Einverleibung kleinerer Nachbarstaaten stets expandierte, läßt sich in der Entfaltung dieser Expansion entlang der Oktoberrevolution (1917) ein Schnitt legen, wodurch sich das "periphere kapitalistische" Rußland zur "sozialistischen Sowjetunion" wandeln sollte.

In diesem Formationsprozeß hat sich jedoch ein parteibürokratisches System herauskristallisiert, wobei diesbezüglich folgende zwei Faktoren eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben:

- 1) die im Rahmen der Entwicklungsstrategie der KPdSU konzipierte massive Forcierung des Entwicklungsprozesses zur Überwindung der peripher kapitalistischen bzw. der "halb-asiatischen" Rückständigkeiten, und

- 2) die unter dem Einfluß zum Krieg drängenden Faktoren in den 30er Jahren.

Basierend auf dieser konzeptionellen Vorstellung und realen Entwicklung hat sich in der SU eine Gesellschaft formiert, in der das bestimmende Moment der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich das Privateigentum an Produktionsmitteln fehlt. Da die Funktionäre der Partei alle Schlüsselpositionen im Staatsapparat innehaben, verfügen sie de facto über die Produktionsmittel. Wenn auch die Partei nicht de jure Eigentümerin der Produktionsmittel ist, bestimmt sie als ganze durch Zentralplanung und direkte Dispositionen im Betrieb auf dem Wege der Faktorallokation und -kombination den Produktionsprozeß und die Effizienz der Ökonomie. Durch die Praxis des real-existierenden Sozialismus in der SU wird es evident, daß sich diese de facto Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel mittels der bürokratischen Momente verwirklichen läßt.

Diese partei-bürokratische Verfügungsgewalt in der sowjetischen Gesellschaft ist in etwa mit der Rolle der großen Manager der kapitalistischen Länder vergleichbar. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß die Manager aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation, die in der Absatz- und/oder Gewinnma-

ximierung ihren Niederschlag finden, und die Parteifunktionäre aufgrund der Loyalität zur Partei-Linie und der Gehorsamkeit zu höheren Parteiinstanzen bestimmt werden. Hiermit läßt sich auch zum Teil die Ineffizienz der real-sozialistischen, unter Leitung der Parteibürokratie geführten Betriebe begründen.

Auf nationaler Ebene läßt sich diese partei-bürokratische Verfügungsgewalt in der zentralen Wirtschaftsplanung, worin das Außenhandelsmonopol ebenfalls enthalten ist, auf der Ebene zum Ausdruck bringen, daß weder ein Markt für größere Produktionsmittel noch für Arbeitskraft vorhanden ist²⁹. Damit hat die Arbeitskraft aufgehört, als Ware zu fungieren. Das darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, daß die Arbeiter eben Kontrolle über den Produktionsprozeß haben. Das Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und den Parteifunktionären ist durch und durch deformiert und widersprüchlich. Aufgrund der Ineffizienz der Entwicklung der Produktivkräfte vor allem in der späteren Phase, die neben den bürokratisch gesteuerten Momenten und historisch bedingten kapitalistischen Rückständigkeiten und zum Teil auch durch Varianten der asiatischen Produktionsweise bestimmt ist, entfaltet sich nun der Interessenkonflikt zwischen den sozialen Klassen der Arbeitstätigen und der sich zu einer Klasse formierten partei-bürokratischen Funktionäre langsam, aber gewiß. Hinzu kommt noch die strukturelle Deproportionalität der Industrie und der Landwirtschaft und die ungleiche Entwicklung des städtischen und ländlichen Milieus und der manuellen und geistigen Arbeit³⁰.

Diese ökonomischen Momente finden ihren polit-ideologischen adäquaten Rahmen in dem Parteiverständnis der KPdSU, in dem die Substitutionstheorie in der parteipolitischen Arbeit realisiert wird. Die Partei substituiert das Volk, und das Zentralkomitee der Partei wiederum die Partei. Durch Instanzen des Politbüros und des ständigen Ausschusses wird letzten Endes das Zentralkomitee vom Generalsekretär der Partei ersetzt. Diese Feststellung gilt vor allem dann, nachdem der Generalsekretär der Partei seine Machtposition zementiert und seine "Parteivasallen" ins Sekretariat geholt hat.

Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß "die Diktatur des Generalsekretärs der ZK der KPdSU "keine persönliche, sondern eine "Klassendiktatur" ist, und die Zustimmung der obersten Schicht dieser Klasse "eingeholt werden mußte"³¹. Auf lange Sicht führt dies zur Sterilität des Systems und Entlarvung des Parteiapparates, was wiederum hegemonischen Despotismus der Parteifunktionäre und auf einer bestimmten Stufe die relative Stagnation der Pro-

duktivkräfte zur Folge hat. "Das von der "Nomenklatura"- Volensky - geschaffene Gesellschaftssystem ist daher in seiner späteren Phase wenig produktiv. Die auf diese Weise erreichte Stabilität führt jedoch unausweichlich zu Inflexibilität, ja zu "Sklerose", die auch in der Altersstruktur der Mitglieder der kooptativen Elite sichtbar wird"³².

Eine grundlegende Steigerung der Effizienz der Wirtschaft, aus der vor allem auch die breiten Volksmassen profitieren sollten, ist entweder durch eine relative Verschiebung der Sektoren im Produktionsprozeß zusammenhängend mit der de facto Partizipation der unmittelbaren Produzenten oder durch eine völlige Ersetzung des Systems möglich. In der SU hat trotz mehrfach beteuerten Reformen eine Gewichtsverlagerung stattgefunden, jedoch nicht zugunsten des Konsumsektors, sonder zugunsten der dem Militärpotential dienenden Sektoren. Die Ersetzung des Systems ist für die Parteibürokraten weder denkbar noch wünschenswert, weil allein dieses System ihnen die Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten und das Machtmonopol garantiert. "Deshalb beschreitet die Nomenklatura einen zusätzlichen Weg: Expansion nach außen. Ausweitung ihrer Macht auf andere Länder und Ausbeutung ihrer Reichtümer"³³.

In diesem Rahmen kann vor allem der Stellenwert der sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen mit der Peripherie eingeschätzt werden.

Bekanntlich ist die SU in den 50er Jahren dazu übergegangen, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit der Peripherie zu intensivieren. Die Importe der SU aus der Peripherie bestehen hauptsächlich aus Rohstoffen und Lebensmitteln. Diktiert durch die Bedürfnisse der sowjetischen Industrie wurde in der Qualität der Importgüter ein derartiger Wandel vollzogen, daß heutzutage zunehmend verfeinerte Rohstoffe importiert werden. Zur Zeit importiert die SU 40% ihrer Rohstoffe aus der Peripherie³⁴.

Sowjetische Importe aus der Peripherie sind von 210,4 Mill. US-Dollar im Jahre 1955 auf 4,282 Mrd. US-Dollar im Jahre 1975 gestiegen³⁵.

Als Gegenstrom exportiert die SU in die Peripherie industrielle Güter und maschinelle Apparaturen. Diese Exporte haben ebenfalls einen Wandel in die Richtung erfahren, daß statt einfacher industrieller Güter zunehmend sophistische Technologien exportiert werden. Statt daß die sowjetische Industrie Handschuhe produziert, produziert sie Handschuhmaschinen und exportiert sie nach Indien. Dafür importiert sie aus Indien Handschuhe. Das größte Hin-

dernis für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Peripherie war einerseits die Devisenknappheit der SU selbst. Sie wurde zum Teil durch den o.a. Warenaustausch überwunden. Der Expansion der sowjetischen Handelsbeziehungen stand andererseits die Devisenknappheit der Peripherie im Wege. Mit den staatlich gewährten Krediten in Höhe von 71,1 Mrd. US-Dollar (1954 - 1978) wurde auch zur Überwindung dieser Barriere wirksam beigetragen³⁶.

Ein kurzer Blick in diese Beziehungen macht deutlich, daß sie genau den Mechanismen und Motivationen unterworfen sind, welche den Beziehungen der kapitalistischen Länder mit der Peripherie zugrunde liegen.

Bekanntlich heben die Abhängigkeitstheorien in den Wirtschaftsbeziehungen der kapitalistischen Länder mit der Peripherie drei Aspekte hervor, nämlich die terms of trade, die internationale Arbeitsteilung und den Kapitalexport.

Im Hinblick auf die Preiskomponente muß vorausgeschickt werden, daß sie einen komplizierten Sachverhalt darstellt. Durch einzelne Fallstudien wird jedoch evident, daß die Exportpreise der sowjetischen Güter trotz derer minderen Qualität in vielen Fällen über dem Niveau des internationalen Preises liegen³⁷. Bei Importpreisen kann man am Beispiel des Gases aus Afghanistan demonstrieren, daß sie vielfach niedriger liegen als der internationale Durchschnittspreis. Denn Afghanistan bekommt nicht mal die Hälfte dessen, was Algerien von Italien oder Kanada von den USA bekommen (Für etwa 27 m³ Gas bekommt Afghanistan 2,8 US-Dollar, Kanada 5,45 und Algerien 4,41 US-Dollar)³⁸ hat.

Sollte der Preis des afghanischen Gases einen Ausnahmefall darstellen, dann könnten, wie vielfach aufgezeigt wird, im besten Fall die Importpreise dem internationalen Niveau entsprechen. Nun muß gefragt werden, ob dieser internationale Preis ein "fairer" Preis ist.

Die Ausbeutung der Peripherie und die Argumentation des Werttransfers aus der Peripherie in die kapitalistische Welt basieren bekanntlich auf der These des "unequal exchange" und der negativen Entwicklung der terms of trade.

Genau so wird durch die Importe der Rohstoffe und Exporte der hochtechnologischen Güter seitens der SU, der Peripherie die internationale Arbeitsteilung aufgezwungen und diese perpetuiert. Denn schließlich spricht Kossygin selbst von der Bedeutung einer stabilen Arbeitsteilung zwischen sozialistischen

und Entwicklungsländern. Hinzugefügt werden muß, daß sowjetische Wissenschaftler heute nicht mehr von "sozialistischer internationaler Arbeitsteilung", sondern schlechthin von weltweiter Arbeitsteilung sprechen³⁹. Das Wesen des Kapitalexports aus der SU besteht einmal in der Herbeiführung und Intensivierung der Beziehungen mit der Peripherie, zum anderen in der Forcierung der Industrialisierung in der SU und zum dritten dient sie der Perpetuierung der internationalen Arbeitsteilung. Basiert in etwa nicht die Forderung der Peripherie nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf dem Gedanken, daß die bestehenden Beziehungen zugunsten der Industrieländer einseitig und unfair sind?

Der Unterschied zwischen den Beziehungen der SU mit der Peripherie und denen der westlichen Industrieländer und der Peripherie besteht darin, daß die Partner der SU in der Peripherie meistens die Staaten dieser Regionen sind. Sie stehen im übrigen nicht über den Klassen. Dadurch wird eine bürokratische Schicht gefördert, die wiederum ihre Überlebenschance in der Aufrechterhaltung bzw. im Ausbau dieser Beziehungen erblickt.

Die Formierung dieser parasitären sozialen Klasse ist ein unvermeidliches Produkt dieses nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges. Hinzu kommt noch der politische Aspekt, daß die SU einmal zustandgekommene Beziehungen auch mit Gewalt verteidigt. Wie der Fall Afghanistan dies abermals bestätigt, ist die SU im internationalen politischen Spiel ein schlechter Verlierer, und mithin unberechenbar.

Dieser gewaltpolitische Aspekt verdeutlicht wiederum den besonderen Stellenwert des Militärssektors in der SU. Die Rolle der Armee im Entscheidungsprozeß und der Anteil der dem Militärpotential dienenden Sektoren am gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ist in der SU so gewaltig, daß heutzutage die stratokratische Struktur (Castrodiadis) die ganze sowjetische Gesellschaft prägt. Eine Gesellschaft also, in der "die Armee als soziale Gruppe, repräsentiert durch ihre Führer, die grundsätzliche Orientierung und tatsächliche Leitung der Gesellschaft übernimmt"⁴⁰.

Die Militärausgaben der SU mit 31 Mrd. US-Dollar im Jahre 1958 (USA: 70 Mrd. US-Dollar) stiegen auf 49 Mrd. US-Dollar im Jahre 1963 (USA: 76 Mrd. US-Dollar)⁴¹. In dieser Hinsicht hat die SU 1972 (mit Militärausgaben in Höhe von 84,5 Mrd.) die USA (mit Militärausgaben in Höhe von 77,4 Mrd. US-Dollar) eingeholt. Die Militärausgaben der SU lagen 1978 mit 148 Mrd. US-Dollar etwa 40% höher als die der USA. 12-14% des Sozialproduktes gibt

die SU für militärische Zwecke aus, wobei diese Relation in den USA knapp die Grenze von 5% erreicht. Absolut gesehen nimmt damit die SU den ersten Rang ein, obwohl sie vom Umfang des Sozialproduktes den zweiten Rang bestreitet. Schätzungsweise gibt es in der SU 20 Mill. Menschen, die für die sowjetische Militärmaschinerie tätig sind. Nach Le Monde soll es allein 100 000 Spezialisten für die chemische Kriegsführung geben⁴².

Der Waffenverkauf der sowjetischen Supermacht an die Peripherie erfährt zunehmend an Bedeutung. Allein 1978 hat die SU 1,6 Mrd. US-Dollar aus Waffenverkäufen kassiert⁴³. In der SU kann man heutzutage von einem gigantischen militärindustriellen Komplex sprechen, welcher als Produkt der russischen Geschichte und der sowjetischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden kann.

Die Geschichte der sowjetischen Supermacht stellt in der Hinsicht eine Kontinuität dar, daß sie mit Kriegen oder Vorbereitungen zum Krieg eng verbunden ist. Neben dem gewaltigen Ausbau und der strukturellen Stabilität des sowjetischen Militärssektors ist die Kontinuität der führenden Manager des Militärssektors ein weiteres Kennzeichen der sowjetischen stratokratischen Gesellschaftsstruktur. Ustinov, der gestorbene Verteidigungsminister, hatte seit 1945 einen aktiven Anteil an der Waffenentwicklung und -produktion. Dies gilt ebenfalls z.B. für Slawski, der zumindest seit 1957 an der Entwicklung und der Produktion der Nuklearwaffen eine wichtige Rolle spielt⁴⁴. Der ehemalige Verteidigungsminister Ustinov und der Oberbefehlshaber der Warschauer Pakt-Truppen Kulikow reist nicht nur ständig um die Welt, er meldete sich auch zunehmend zu Wort. "Die außenpolitischen Erfolge der SU beruhen auf Waffen. Bisher hat sich noch kein Land (mit Ausnahme Vietnams) der SU freiwillig angeschlossen"⁴⁵. Bis auf den militärischen Bereich versagt die sowjetische Parteibürokratie in allen Sektoren. Zum Zweck der Maskierung braucht die Armee die Partei. In Polen stürzte diese Fassade ein. "Die Armee kann nicht im Namen Christi, des Zaren oder des heiligen russischen Reiches zur Eroberung der Welt antreten"⁴⁶.

Es ist viel wirksamer, wenn die Partei von internationalistischen Verpflichtungen redet und zur Verwirklichung dieser die Armee losmarschieren läßt.

Dieser kurze Abriß macht es evident, daß der Invasionsdrang der sowjetischen Supermacht aus den internen Gesellschaftsstrukturen der SU herleitbar ist. Eine stratokratische Gesellschaft also, die voll von gesellschaftlichen Widersprüchen, vielfältigen Ungleichgewichten und vor allem ausbeuterisch ist.

Eine Gesellschaft also, die in ihrer außenpolitischen Erscheinung, ihren Motivationen und ihrem Agieren mit der anderen Supermacht vergleichbar ist. Zur Überwindung dieser "Übergangsgesellschaft" können die Impulse sowohl aus dem Inneren des Landes und genauso von außen kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die militärischen, politischen und ökonomischen Lasten der Kriegsführung in Afghanistan - im Zusammenspiel mit anderen "internationalistischen Verpflichtungen" aus Kambodscha, Äthiopien und Kuba - hierzu als Auslöser dienen.

3.2.2 Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan

Im Zusammenhang mit der Afghanistan-Invasion wird bekanntlich der Expansionismus der SU von gewissen Kreisen heruntergespielt. Charakteristisch ist hierzu folgende Version: "Was die Ursachen für die sowjetische Intervention selbst betrifft, so können sie wohl kaum in einer generellen Aggressionsbereitschaft der SU oder in ihrem strukturellen Expansionsdrang in Richtung auf den Persischen Golf liegen, sonst hätte die SU nicht 60 Jahre zu dem kleinen und rückständigen Afghanistan normale Beziehungen ohne jeden Versuch einer Intervention unterhalten."⁴⁷

Bei der Einschätzung der Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan muß zwischen einem langfristig angelegten strategischen Plan und kurzfristig bedingten Sachzwängen der Invasionsmomente unterschieden werden. Der langfristige Plan basiert auf dem strategischen und ökonomischen Stellenwert Afghanistans in dem sowjetischen Vormarschplan in Richtung des indischen Ozeans und der Golfregion.

Diesbezüglich hat sogar Afghanistan im 19. Jh. im Konkurrenzkampf zum Ausbau der imperialen Machtsphäre zwischen dem zaristischen Rußland einerseits und dem britischen Imperium andererseits auf dem Subkontinent eine brisante Rolle gespielt.

Der Plan zur Einverleibung Afghanistans in die sowjetische Machtsphäre geht in seiner aktiven Prägung jedoch erst auf die Intensivierung der sowjetisch-afghanischen Beziehungen in den 50er Jahren des 20. Jh. zurück. Diese schleichende Invasion, die ihren Ausdruck in der zunehmenden Einflußnahme der sowjetischen Supermacht auf die afghanische Wirtschaft findet, endete bekanntlich Ende 1979 in der militärischen Besetzung des Landes.

Kurzfristig gesehen war für die Invasion die intern bedingte Entwicklung in Afghanistan von ausschlaggebender Bedeutung, wobei hierbei die Entwicklung in der Region nicht bagatellisiert werden darf.

Zu regional bedingten Momenten zählt zunächst die Errichtung der Islamischen Republik Iran, deren unvermeidliche Ausstrahlungseffekte auf die südasiatischen Sowjetrepubliken die Parteibürokraten im Kreml fürchteten. Zum anderen ging die Rechnung der Kreml-Führung auch in Pakistan nicht auf, da sich die Militärregierung relativ stabilisieren konnte.

Zu kurzfristigen intern bedingten Momenten der Invasion zählen folgende Aspekte, die durch die dogmatische Handlungsweise der "DVPA" ausgelöst wurden:

- Vernichtung der sozio-ökonomischen Beziehungen,
- Zerrüttung des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses, vor allem auf dem Lande,
- Willkür und subjektive Einschätzung des Stellenwertes der national gesinnten Kräfte, darunter auch desjenigen der Nationalbourgeoisie,
- politischer Monopolanspruch der "DVPA" und brutale Unterdrückung aller Andersdenkenden,
- Naivität und interne Zersplitterung der von der Masse isolierten Minipartei der "DVPA".

Diese Entwicklung wurde durch die Maßnahme verursacht, die ihre theoretische Begründung bzw. ihre verbale Formulierung in den von der Regierungsmannschaft der "DVPA" erlassenen Dekreten Nr. 1-8 finden. Bei der Durchführung der Maßnahmen haben sich die Funktionäre der "DVPA" als hochmütig, arrogant und naiv erwiesen. Als der Plan, H. Amin mit Unterstützung von Tariki durch B. Karmal zu ersetzen, mißlungen war und die Opposition sich sowohl organisatorisch als auch militärtechnisch schneller formierte als erwartet, wurde dann zum massiven militärischen Einmarsch übergegangen.

3.2.3 Völkerrechtliche Defizite der Rechtfertigungsthese

Zur völkerrechtlichen Rechtfertigung der Invasion beziehen sich die sowjetische Führung und die Regierungsmannschaft der "DVPA" einheitlich auf den Artikel 4 des sog. Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Demokratischen Republik Afghanistan.

Die Dogmatiker bezeichnen die Invasion als "eine brüderliche Hilfe der Sowjetischen Sozialistischen Republik", die ihre völkerrechtliche Legitimation im Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen haben soll⁴⁸.

Bevor auf die Vereinbarkeit der Invasion mit dem sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrag eingegangen wird, muß auf die widersprüchlichen Versionen der angeblichen "Hilferufe" hingewiesen werden.

Der Außenminister Afghanistans, Shah Mohammad Dost hat vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erklärt, daß die neue Regierung der Karmal-Mannschaft am 28.12.1979 den Hilferuf an die SU abgesandt habe.

Im Widerspruch zu seinem Außenminister hatte Karmal in seiner ersten Pressekonferenz gesagt, daß es die alte Regierung gewesen wäre, also die Amin-Regierung, jedoch nicht Amin selbst, der die Hilfe angefordert habe⁴⁹.

Im Widerspruch zu Karmal hat die indische Delegation bei der UNO vorgetragen, daß die SU Indien versichert hätte, der Hilferuf am 26.12.1979 sei vom Präsidenten H. Amin selbst ausgesprochen worden⁵⁰. Der Kreml-Politiker, Prof. Sagladin hat in einem Interview schlicht gesagt, daß Karmal im Namen des Revolutionsrates um Hilfe gebeten habe⁵¹. Schließlich hat der damalige Chef der KPdSU weder zeitlich noch personenbezogen seine Version präzisiert. Er hat grob behauptet, Moskau sei mehrere Male und dringend um militärische Hilfe gebeten worden⁵². Genauso wie diese widersprüchlichen Versionen der "Hilferufe" ist die Bezugnahme auf den Artikel 4 des Freundschaftsvertrages und dessen Vereinbarkeit mit dem Artikel 51 der UNO-Charta aus der Sicht der international anerkannten und engagierten Juristen unpräzise und willkürlich.

Zunächst kann man aus dem Artikel 4 des "Freundschaftsvertrages" auf keinen Fall die militärische Besetzung des Landes ableiten. Denn, wie der Wortlaut des Artikels zum Ausdruck bringt, kann im besten Fall eine begrenzte militärische Zusammenarbeit beider Länder abgeleitet werden. Zum anderen kann auch diese begrenzte militärische Zusammenarbeit, wiederum nach dem Wortlaut dieses Artikels, nur dann in Frage kommen, wenn die Sicherheit Afghanistans in Gefahr wäre. Es ist daher absurd, behaupten zu wollen, daß was auch selbst von seiten vieler sowjetischer Soldaten bestätigt wurde, die Sowjetunion mit ihrer Invasion in Afghanistan einer anderen Invasion seitens der Chinesen, Amerikaner oder einer anderen regionalen Macht zuvorgekommen sei. Zumindest seit dem zweiten Weltkrieg bestand stets potentiell die einzige

Gefahr für die Sicherheit Afghanistans von sowjetischer Seite her, die nun Realität wurde. Zuletzt muß noch darauf hingewiesen werden, daß der "Freundschaftsvertrag" von einer Regierung unterschrieben worden ist, die selbst bekanntlich um ihre Legitimation kämpfte. Denn die Regierung der "DVPA" wurde weder von der traditionellen "Loya Girgah" - Vertreterversammlung der afghanischen Volksstämme - noch von einer im Sinne des modernen Staates einberufenen Volksvertretung legitimiert und bestätigt. Im Gegenteil, die landesweite Widerstandsbewegung zeigte allzu deutlich, daß die "DVPA" negiert und bekämpft wurde.

Es wäre gewiß nicht überflüssig, wenn ich zum Schluß auf den Modus des Zustandekommens dieses Vertrages hinweisen würde. Nach Augenzeugenberichten des ehemaligen Berufsdiplomaten im afghanischen Außenministerium Abdul Majid Mangal, der bei der Unterzeichnung als Delegationsmitglied dabei gewesen ist, widerspricht die Art und Weise, in der der Vertrag zustande gekommen ist, jeden zwischen zwei souveränen Staaten üblichen diplomatischen Gepflogenheiten⁵³. In seinem Artikel für "The Sunday Telegraph" bestätigte Mangal, daß die afghanische Delegation am 4. Dezember 1978, also einen Tag vor der Unterzeichnung, einen fertig formulierten Vertrag in die Hand gedrückt bekommen habe. Als er auf den Artikel 4 des Vertrages die Aufmerksamkeiten des Delegationschefs Taraki und seines "Schülers" Amin lenkte, habe Taraki zu ihm gesagt: "this has already been agreed with the Soviet comrades"⁵⁴.

Mit der völkerrechtlichen Legitimation der sowjetischen Invasion in Afghanistan hat sich bekanntlich im Mai 1981 das ständige Volkstribunal in Stockholm eingehend beschäftigt. nach einer ausführlichen Untersuchung der Beweismaterialien, darunter auch der zugunsten der sowjetischen Standpunkte vorliegenden, und Anhörung vieler international anerkannter Sachverständiger und Augenzeugen kam das Tribunal zum Schlußurteil, daß die Invasion eine Verletzung der Selbstbestimmungsrechte der afghanischen Nation darstellt⁵⁵.

Aus der sowjetischen Stellungnahme hebt zunächst das Tribunal zwei wesentliche Elemente heraus, nämlich, daß die Sicherheit und die territoriale Integrität Afghanistans durch gewisse westliche Länder, arabische Staaten und die Volksrepublik China bedroht gewesen sei. Daher habe sich die SU im Zusammenhang mit dem Freundschaftsvertrag verpflichtet gesehen, militärisch einzumarschieren⁵⁶.

Im Hinblick auf die ausländische Intervention kam das Tribunal zur Schlußfolgerung, daß "neither the Soviet nor the Afghan Government has ever formulated precise and substantiated accusation against any foreign government"⁵⁷.

Darüberhinaus, wenn die SU nun behaupte, daß die Sicherheit Afghanistans in Gefahr gewesen sei, warum habe sie dann nicht an kollektive Sicherheitsmöglichkeiten der UNO appelliert? Außerdem, wie könne eine Regierung, in diesem Fall die Amin-Regierung, ausländische Hilfe zu eigener Liquidierung herbeirufen? Diesbezüglich sei ebenfalls die Stellungnahme der Sowjets nicht überzeugend. Ergänzend stellt die Jury fest, daß eine Maßnahme, wodurch eine Regierung die Armee eines anderen Staates beauftragt, das ganze Land zu besetzen, eine zu ernste Angelegenheit darstellt, als "not to take careful note of its date, its form, and the authority on which it rests"⁵⁸.

Daher, so das Urteil des ständigen Volkstribunals, könne die sowjetische Aktion in Afghanistan in keinem anderen Lichte gesehen werden, als dem einer ernsthaften Intervention in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates⁵⁹.

Bekanntlich wird im Artikel 51 der "UNO-Charta" das unveräußerliche Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen fixiert. Es ist eigentlich evident, daß kein Organ der UNO die sowjetische Truppenintervention in Afghanistan a priori bewilligt oder a posteriori legitimiert hat. Im Gegenteil wurde kurz nach der Invasion am 14. Januar 1980 mit der Zustimmung von 104 Mitgliedsstaaten der UNO eine Resolution verabschiedet, in der der sofortige, bedingungslose und totale Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan gefordert wird. In diesem Zusammenhang hebt die UNO wiederum das Recht auf Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates hervor. Die Verletzung dieses Rechtes widerspreche den Prinzipien der UNO-Charta.

Im Hinblick auf den Artikel 51 der UNO-Charta vertritt das Volkstribunal die Ansicht, daß im Falle eines bewaffneten Angriffs die Legitimation der kollektiven Selbstverteidigung unbestritten ist. Um einem Mißbrauch dieses Rechtes zuvorzukommen, wurde daher dieser Artikel mit strengen Bedingungen vorgesehen. Um die internationale Sicherheit und den Frieden zu gewährleisten, mußten zunächst die zuständigen Organe der UNO einige vorbeugende Maßnahmen getroffen haben⁶⁰.

Zum zweiten, führt das Volkstribunal weiter aus, ist dieses Art Verteidigung NUR im Falle einer bewaffneten Aggression legitim, jedoch "it is not possible to interpret reference to such aggression"⁶¹.

Zum dritten müßte von diesbezüglichen Maßnahmen sofort der Sicherheitsrat der UNO unterrichtet werden, weil das Recht auf eine derartige Verteidigung provisorisch sei. Nur die Bevollmächtigten der Weltgemeinschaft können a priori diese Rechtsausübung legitimieren.

Zum Schluß fügt das ständige Volkstribunal hinzu, daß die Schritte dieser Rechtsausübung dem Maß der bewaffneten Aggression proportional sein sollten⁶².

Im Hinblick auf die Überprüfung dieser Punkte kam das Volkstribunal zum Schlußurteil, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan alle Züge einer bewaffneten Invasion und einer militärischen Okkupation des Landes aufweise. **Darüberhinaus zeige** sich hierbei, daß die Invasion unmittelbar gegen die **politische Unabhängigkeit** Afghanistans gerichtet sei⁶³.

Zum Schluß überprüft das Volkstribunal die sowjetische Invasion im Hinblick auf die universale Deklaration der Völkerrechte, die im Juli 1974 in Algier verabschiedet wurde. Im Artikel 5 dieser Deklaration wird festgehalten, daß es das unveräußerliche Recht der Nationen sei, ihr Schicksal selbst frei und unabhängig von ausländischer Einmischung zu bestimmen. Die sowjetische Invasion stelle auch eine Verletzung dieses Artikels dar. Zum Schluß betont das Volkstribunal ausdrücklich, daß "only the Afghan people has the right to decide on its future"⁶⁴.

3.2.4 "Revolutionärer" Eurozentrismus

3.2.4.1 Zur These des "Feudalismus"

Bei der Positionsbestimmung zur Afghanistan-Frage wird stets auf die "Feudalität" der Verhältnisse in Afghanistan hingewiesen. Daraus wird der Gedankengang zur Legitimation der quasi fortschrittlichen "Regierungsmannschaften" der "DVPA" hergeleitet.

Auf die Klassenzugehörigkeit der Anhänger der "DVPA" wurde mit dem Hinweis eingegangen, daß sie ihre Klassenbasis weder bei Arbeitern noch bei der Bauernschaft haben. Wie es geschildert wurde, sind als Folge der über die letzten Jahre hinweg anhaltenden Terrorherrschaft die sozialen Verhältnisse im Lande zerrüttet und die Reproduktionsbasis der breiten Massen, und vor allem die der Arbeiter- und Bauernherrschaft, zerstört. Es hat sich also ein-

deutig gezeigt, daß die Machthaber keine Einsichten in die komplizierten Verhältnisse der afghanischen Gesellschaft haben. In der Verkenntung dieses Tatbestandes haben sie alles auf "Feudalismus" reduziert. Weiterhin haben sie versucht, so schnell wie irgend möglich ein "peripher-partebürokratisches System" in Afghanistan zu errichten, welches ökonomisch zentralistisch, politisch repressiv und außenpolitisch in die Machtsphäre des bürokratischen Kollektivismus der SU penetriert ist. Bekanntlich müssen bei der Bestimmung der "feudalen" Verhältnisse der Status der Arbeiterschaft, die Verwendung des Produktes der Arbeit, das Eigentum an Grund und Boden und schließlich die Existenzmomente der zentralen Staatsgewalt in Betracht gezogen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte ist der "Feudalismus" charakterisiert zunächst als eine Produktionsweise, in der die Arbeitskräfte Nutz- und Besitzrechte am Boden haben. "Das Eigentum liegt jedoch zum großen Teil in den Händen einer Hierarchie der Grundherren"⁶⁸. Auf der anderen Seite ist die Arbeiterschaft wiederum dadurch bestimmt, daß weder die, "die den Boden bestellen noch das Produkt der Arbeit... bislang Gegenstand des freien Austausches geworden"⁶⁹ sind.

Diese Aspekte als definitionsbestimmende Faktoren vorausgesetzt, bietet die afghanische Gesellschaft eine Formation an, die viel komplexer und erheblich heterogener strukturiert ist. Eine Formation also, in der Dorf- und Sippeigentum, in dem sogar die Eigentümer periodisch abwechseln, Oasenbau und durch und durch kapitalistisch funktionierende landwirtschaftliche Betriebe vorhanden sind. Daß daher regional bestimmende und stammesbezogene, präfeudale, rentenkapitalistische und auch "feudale" Verhältnisse, in ihrer spezifischen afghanischen Prägung bestehen, ist unbestritten.

Diese ökonomische Struktur des Landes hat im Laufe der Jahrhunderte adäquate gesellschaftliche Verhältnisse begründet, die von "Paschtunwale"⁷⁰ über spezifische Hazara-Bauern-Mentalität⁷¹ bis Tajiken-Tradition in Badakhshan⁷² reichen. Dies alles nur auf "Feudalismus" zu reduzieren und auf dieser Basis Analyse und Klassenkampf zu betreiben, zeugt von der Naivität und Ignoranz der Einschätzung der komplizierten Verhältnisse. Mithin endet die daraus abgeleitete politische Praxis im Fiasko. Die Abwesenheit der unmittelbaren Staatsgewalt mancher Orts ist als einziges gültiges Merkmal des afghanischen "Feudalismus" zu bezeichnen, wobei auch hier die staatlichen Entscheidungsbefugnisse durch eine kompliziert gestaltete und heterogen geprägte Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Behörden und den dörflichen Nazars

(Aufpasser), Maleks (Dorfbürgermeister) und sonstigen Einflußbereichen (z.B. Reschsafieds oder Spinjarai) gewährleistet ist.

Mit der These des "Feudalismus" wurde zum einen verkannt, daß "die Sozialgeschichte keineswegs geradlinig verläuft, sondern ein äußerst vielfältiger Prozeß ist"⁷³. Zum anderen steht man hier immer noch auf dem Boden des Monismus, d.h. einer unlinearen Vorstellung der Geschichte. Eine geschichtliche Entwicklung also, die auf - nach Marx' historischer Skizze - die Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa zurückgeht. Der Versuch, diese geschichtliche Auffassung in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges zu verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorge-schrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden"⁷⁴, ist von Marx selbst verurteilt worden.

3.2.4.2 "Kulturbotschaft" neueren Ursprungs

Im Kontext des Afghanistan-Konfliktes kommt ein gewisser soziologisch-anthropologischer Ansatz ebenso zu einer historischen Generalisierung. Zu dieser Version zählt eine Variante aus gewissen Kreisen, die aus der Effizienz bzw. aus der Rationalität des Systems die Legitimation desselben herleitet. Dieser Version nach wird aus dem historischen Vergleich zwischen den napoleonischen Überfällen in Spanien mit der bewaffneten Intervention der SU in Afghanistan schlechthin die Legitimationsthese des Freiheit- und Fortschritts-gedankens der französischen Revolution in seiner "missionarischen Funktion" modifiziert in der Form der Übertragung des "Fortschritts" und des "Realsozialismus" sowjetischer Ausprägung auf Afghanistan⁷⁵.

Zunächst erinnert uns diese Version an die Entstehung des europäischen Kolonialismus. Bekanntlich wurde in dieser historischen Epoche in der Kolonialisierung anderer Länder, in der Ausbeutung, Unterdrückung und Vernechtung anderer Völker feierlich der Vollzug der "zivilisatorischen Mission" des Jahrhunderts der Aufklärung gesehen⁷⁶.

Mit gewisser Akzentverschiebung wurde auch im 19. Jh. argumentiert, "daß diejenigen Regionen der Erde, die als "nichtzivilisiert" bezeichnet werden, ..., annektiert oder besetzt werden sollten und dies von den weiter entwickelten Mächten"⁷⁷.

Dieser Ansatz stellt ein Beispiel des "orientalistischen" Verständnisses dar, welches in seiner ursprünglichen Form nichts anderes bedeutet als "Aggression, Aktivität, Urteil, Wahrheitsanspruch und Wissen"⁷⁸. In seiner

modernsten Version ist er schlechthin als "ethnozentrisch" zu bezeichnen. Denn durch das Vorverständnis des Orientalismus wird auch "das Verständnis der Afghanistan-Krise geprägt"⁷⁹. Legitimierten die Kolonialisierung anderer Länder die Franzosen mit "ihrer Mission civilisatrice, die Deutschen mit ihrer Kulturbotschaft und die Engländer mit ihrer white man's burden"⁸⁰, rechtfertigen nun die Sowjets ihre Gewaltherrschaft in Afghanistan mit dem Vorwand "Sozialistischer Orientierung". Würde man nun diese "sozialistische Orientierung", die sich als Alternative zum "Feudalismus" in Afghanistan präsentierte, als "geschichtlichen Fortschritt" betrachten, dann käme man nicht an dem Tatbestand vorbei, die Gewalt und Zerstörung als "rational", d.h. legitim und notwendig zu betrachten. Die "Partisanen der Tradition" kämpften dann auf verlorenem Posten der Geschichte.

Über den eurozentrischen Inhalt dieser Version hinaus kann sie durch eine "logische" Schlußfolgerung zu einer gefährlichen Konsequenz, selbst für die westeuropäischen Länder führen.

Die realsozialistische Produktionsweise der SU ist nach Ansicht der Demagogen, historisch gesehen, fortschrittlicher als die des westeuropäischen Kapitalismus. Theoretische Schlußfolgerungen könnten auch hier zur Legitimation der Übertragung des sowjetischen Realsozialismus (mit oder ohne Militärintervention) verleiten. Wie wäre die Reaktion der westeuropäischen Völker, wenn im Namen des Sozialismus die Rote Armee in diese Länder einmarschieren würde, die Fabriken verstaatlichen, die Aktivitäten der Parteien verbieten und alle Andersdenkenden verhaften würde?

Es besteht kein Zweifel daran, daß gegen diese Art einer Oktroyierung der "fortschrittlichen Produktionsweise" außer den Brückenköpfen der KPdSU alle freiheitsliebenden Kräfte sich erheben und Widerstand leisten würden.

3.2.4.3 Doppelmoral der Demagogen

Ein weiteres Defizit dieser Version besteht darin, daß einfach nicht zur Kenntnis genommen wird, daß in Afghanistan für Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gekämpft wird. Mangels zuverlässiger Informationen wird aus den Ansichten bzw. Praktiken einiger im Exil vorhandenen afghanischen Organisationen auf den Charakter der Gesamtbewegung geschlossen. Die Schlußfolgerung ist oft die Abstempelung der nationalen Widerstandsbewegung der Afghanen gegen die sowjetischen Invasionstruppen zum

"rückschrittlichen, fanatischen Traditionalismus", der gegen den "Fortschritt" und die "Zivilisation" kämpft.

Abgesehen davon, daß hierzu eine gewisse Propaganda der sowjetischen Medien beiträgt, ist auf eine Doppelmoral der Demagogen hinzuweisen: Bekanntlich bekämpfen die Demagogen mit Leib und Seele genau das in der afghanischen Widerstandsbewegung, was sie in der Islamischen Republik Iran unterstützen.

Dabei ist richtig, daß die Widerstandsbewegung in Afghanistan nicht einheitlich ist. Sie setzt sich zusammen aus den religiösen (fortschrittlicher und konservativer Prägung), national-demokratischen und sozial-revolutionären Zirkeln, Organisationen und Fronten⁸¹.

Aus der Zersplitterung des afghanischen Widerstandskampfes dessen Ausichtslosigkeit bzw. Herrschaftslegitimation des Terrorsystems der "DVPA" oder die Legitimation der sowjetischen Invasion herzuleiten, ist unhistorisch und basiert auf einem Defizit an Information aus dem Innern des Landes. Keine nationale Widerstandsbewegung hat es zustande gebracht, innerhalb von fünf Jahren eine nationale Einheitsfront zu bilden. Das gilt genauso für die vietnamesische sowie algerische Unabhängigkeitsbewegung. Als Dachorganisation der palästinensischen Befreiungsbewegungen hat sie die PLO erst 1964 gebildet, obwohl die Palästinenser in organisierter und aktiver Form zumindest seit 1948 kämpfen. In diesem Zusammenhang muß noch auf eine Version hingewiesen werden, die das Schicksal Afghanistans mit dem der CSSR vergleicht und zu folgender Schlußfolgerung kommt: "nach wenigen Monaten wird sich sowjetische Militärpräsenz erheblich verringern, das Land bleibt aber wirksam an sowjetische Kontrolle gebunden"⁸³.

Diese Version demonstriert eindeutig, daß nicht die Struktur des Landes, die Mentalität und der Kampfeswille des afghanischen Volkes, sondern vielmehr die durch die internationale Politik geprägten Momente, Natodoppelbeschluß oder Defensivität des Invasionscharakters, ins Kalkül einbezogen werden. Die vergangenen Jahre des Widerstandskampfes in Afghanistan deuten darauf hin, daß aus dieser "provisorischen Präsenz" eine "permanente" wurde.

Mangels einer politischen Lösung muß sich die SU auf eine länger dauernde Verstrickung in Afghanistan mit all ihren politischen, ideologischen, militärischen und ökonomischen Konsequenzen gefaßt machen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß aus der Frage nach der Regierungsalternative die Legitimation der Herrschaft oder Invasion nicht hergeleitet werden darf. Über den Modus seiner Regierungsform muß das afghanische Volk in freier Willensäußerung, ohne Jagdbomber oder Panzer entscheiden können. Die Scheinargumentation, daß die Afghanen nicht dazu in der Lage seien, sich selbst zu regieren, ist genauso alt wie die Geschichte der imperialen und imperialistischen Ausweitung der Machtsphären. Wurde nicht in den 30er Jahren von Seiten der Franzosen den Algeriern die Fähigkeit abgesprochen, sich selbst regieren zu können? Die Geschichte hat jedoch dessen Gegenteil bewiesen. Durch Afghanistan wird die geschichtliche Entwicklung um ein weiteres Beispiel bereichert werden.

4. Schlußwort

Sind u.a. in etwa die sowjetische Invasion in Afghanistan und die sozial-ökonomische gespannte Lage in Polen für den jetzigen Zustand internationaler Spannungen von immenser Bedeutung, dann ist der Kampf für den Frieden hier untrennbar mit dem Kampf für die Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in der Peripherie verbunden.

Auch die Friedensbewegung kann keine Aussicht auf einen relativen Erfolg verzeichnen, wenn sie den Kampf für den Frieden hier nicht als Teil des Kampfes für die nationale Befreiung in der Peripherie ansieht.

Der Widerstandskampf des afghanischen Volkes gegen die sowjetische Supermacht bietet sich nun als ein konkreter Fall an, an dem die Glaubwürdigkeit der deutschen Linken gemessen werden kann. Das Volkstribunal in Stockholm hat die sowjetische Invasion in Afghanistan verurteilt und sein Schlußwort ausgesprochen: "Only the Afghan people has the right to decide on its future. Democracy and social progress can not be but the product of the populations of Afghanistan free from any foreign interference"⁸⁴. No comments.

5. Anmerkungen

Dieser Beitrag ist zunächst erschienen in: Informationsmaterialien zur Afghanistan-Debatte Nr. 2, Karlsruhe 1985.

1) Mit dem Begriff der "Deutschen Linken" ist die in den 60er Jahren aus der anti-US-amerikanischen Solidaritätsbewegung mit Vietnam herauskristallisierte Bewegung gemeint, mit der viele gesellschaftspolitische Kräfte und einzelne Personen sympathisierten.

Wenn auch der vietnamesische Befreiungskampf als repräsentativ für den antiimperialistischen Befreiungskampf geknechteter Nationen und unterdrückter Völker galt, hat er durch die Vertiefung theoretischer Überlegungen und praktischer Erfahrungen der 70er Jahre eine neue und kritische Perspektive gewonnen. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Einschätzung des Stellenwer-

tes der sowjetischen Supermacht. Mit dem Fall Afghanistan wird diese Bewegung um ein weiteres Beispiel an kritischer Perspektive bereichert.

2) Beispielsweise seien folgende Gruppierungen erwähnt: Rote Fahne, Kommunistische Volkszeitung, Kommunistischer Hochschulbund, Marxistische Gruppe, Kommunistische Arbeiterzeitung.

3) Vgl. hierzu Kuschnik, H., Augenzeuge in Afghanistan. Hrg. von der "DKP", Neuss 1980, S. 38.

4) Vgl. u.a. Unsere Zeit, 2.1.1980.

5) Dazu vgl. vor allem die Erklärung zu den Ereignissen in Afghanistan, die von namhaften Personen wie Ch. Siegrist, D. Senghaas, E., Altwater und vielen anderen unterzeichnet wurde. Vgl. taz vom 9.1.1980.

6) Als Beispiel sei hier auf den Beitrag von Albrecht hingewiesen, den ich in die Diskussion einbeziehe. In: K.H. Rudersdorf, Afghanistan, Eine Sowjetrepublik, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, S. 113-133.

7) Zum Ensemble der Produktionsweisen in Afghanistan vgl. Oesterdiekhoff, P., Hemmnisse und Widersprüche in der Entwicklung armer. Länder - Darstellung am Beispiel Afghanistans. Minerva Publikation München 1978, S. 81-173. Und zur politischen Entwicklung, vgl. Grevemeyer, J.-H., Im Windschatten des Widerstands. Zentralstaatbildung und koloniale Intervention in Afghanistan, in: Hrg. derselbe, Traditionelle Gesellschaften und europäischer Kolonialismus, Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main 1981, S. 82-105.

8) Hierzu vgl. Saminy, S.M., Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1981, S. 95-99.

9) Relativ gesehen war hierbei die Partscham-Fraktion der "DVPA" mehr engagiert als die Chalq-Fraktion. Davon hat sie auch insofern mehr profitiert, daß sie im Staatsapparat und in der Armee an Einfluß und Anhängerschaft gewann.

10) Dazu zählt repräsentativ der Beitrag von Halliday, F., von dem die deutsche Linke im Hinblick auf die Einschätzung des Afghanistanproblems zum Teil beeinflusst ist: Halliday, F., Revolution in Afghanistan, in: Afghanistan zwischen Marx und Mohammad, Reihe Internationalismus Information, Nr. 6, Hrg. von Schröder, G., S. 14-77.

11) Halliday, F., a.a.o., S. 10.

12) Repräsentativ hierzu, Mahmud Barialai und Babrak Karmal. Beide sind Söhne von General Mohammad Hussain und Exgouverneur der Paktia-Provinz.

13) Repräsentativ hierzu seien: Ratebsad, Najib und Basier. Alle sind Mitglieder des ZK der "DVPA". Aristokratische Abstammung gilt viel mehr und vor allem für die Mitglieder der Partscham-Fraktion.

14) Madjid Sarboland und Nur Mohammad Noor, beide Mitglieder des ZK der "DVPA", sind Söhne von zwei Großgrundbesitzern aus der Provinz Kandahar.

15) Repräsentativ hierzu gilt Dr. Shah Wali, der Gesundheitsminister der Taraki-Karmal-Mannschaft und Außenminister der Amin-Mannschaft.

Im Konkurrenzkampf mit der westlich orientierten Kompradorenbourgeoisie hat seine Familie (unter dem Management seines Onkels Shah Mohammad Lang) auf privater Ebene das Außenhandelsmonopol mit der sowjetischen Machtsphäre errichtet und betrieben.

16) Als Beispiel sei hier nur auf einige hohe Funktionäre der "DVPA" hingewiesen: Mohammad Salem Massodi, Abdul Hamid Mohattat, Raz Mohammad Paktin. Die hatten vor dem April-Putsch des Jahres 1978 bis zu Ministerposten inne.

17) Den Kennern des politischen Szenarios in Afghanistan ist das kein Geheimnis, daß die Parteimasse der "DVPA" (im Falle der Partscham-Fraktion) hauptsächlich als verzogene Kinder der Bourgeoisie und (im Falle der Chalq-Fraktion) als den Adel-Status Genießende, keine unterdrückten Schichten bildeten.

18) Olivier Roy, Afghanistan, die "Revolution" aus dem Nichts, in: Befreiung, Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, Nr. 21, April 1981, S. 78.

19) Zur Diskussion der Stellung der sozialen Klassen im Zusammenhang mit ökonomischen, politischen und ideologischen Momenten, vgl. Poulantzes, N., Zum Marxistischen Klassenbegriff, internationale Marxistische Diskussion 38, Merve-Verlag Berlin 1973, S. 7-28.

- 20) Zur Einschätzung der Landreform vgl. Samimy, S.M., a.a.o., S. 12-20.
- 21) 1976/77 war noch der Anteil der sowjetischen Machtsphäre am Außenhandel etwa 28%. 1980/81 wurde dieser Anteil auf 70% erhöht. Diese Monopolposition wird 1982 auf etwa 80% ausgebaut. Hinzu kommt noch, daß die restlichen 20% aufgrund des Boykotts des traditionellen Weges durch Pakistan und Iran, ebenfalls durch die SU getätigt wird. Vgl. Quarterly Economic Review, Bangladesh, Pakistan, Afghanistan, Annual Supplement 1979, S. 41 und Samimy, S.M., a.a.o., S. 113.
- 22) Bekanntlich ist der Militärsektor in Afghanistan sowohl von technischer Ausrüstung her als auch von militärischer Ausbildung her 100% von der SU abhängig. Das Eindringen der SU in das Erziehungswesen und genauso in das allgemeine öffentliche Leben wird durch die Überschwemmung der Ministerien durch die sog. sowjetischen Berater dokumentiert. Zur historischen Ableitung und dem Stand der Penetration der afghanischen Gesellschaft von der sowjetischen Machtsphäre vgl. Samimy, S.M., a.a.o., S. 99-121.
- 23) Zur Darstellung und deren Zusammenhang mit den lokalen Ereignissen vgl. den ausführlichen und kritischen Beitrag von Asta Olesen. The Saur Revolution and the Local Response to it, Department of Ethnography and Social Anthropology, University of Aarhus, Denmark, 1982.
- 24) Die Äußerungen kommen in fast allen Reden und Vorträgen der Parteikader der "DVPA" zum Ausdruck.
- 25) Shams, R., Die interne politische Entwicklung in Afghanistan - Zur Genesis einer gescheiterten Revolution, in: die dritte Welt, Nr. 1/2, 1981, 9. Jg., S. 143.
- 26) Die Herausgeber der Zeitschrift "The Review of Radical Political Economics" geben einen umfassenden Überblick über verschiedene Positionen. Die hier vorgetragenen Versionen basieren ebenfalls auf dieser Zusammenfassung. Vgl. "The Review of Radical Political Economics", Vol. 13, No. 1, Spring 1981, S. iii - viii.
- 27) Vgl. u.a., rote Fahne, 11. Jg., Nr.4.
- 28) "The Review of Radical Political Economics", a.a.o., S. iii.
- 29) Mandel, E., "The Laws of the Soviet Economy, in: "The Review of Radical Political Economics" Vol. 13, No. 1, Spring 81, S. 35.
- 30) Ebenda
- 31) Voslenski, M.S., Nomenklature, die herrschende Klasse der SU, Verlag Fritz Molden, München 1980, S. 408.
- 32) Schultz, E. und Wetting, G.: Chancen für einen Wandel in Osteuropa, Bonn, Europa Union Verlag 1982, S. 10.
- 33) Voslensky, M., Die herrschende Klasse der SU, Zitiert nach Spiegel, Nr. 9/81, S. 191.
- 34) "The Review of Radical Political Economics", a.a.o., S. 83.
- 35) Clawson, P., The Character of Soviet Economic Relations with Third World, in "The Review of Radical Political Economics", a.a.o., S. 78.
- 36) Ebenda
- 37) Chandra schreibt in einer Untersuchung der Preisstruktur des sowjetischen Außenhandels folgendes: "The USSR generally charges the Third World prices which are higher by about a third compared to those realised in Soviet exports to the West". Vgl. Clawson, P., a.a.o., S. 79
- 38) The Review of Radical Political Economics, a.a.o., S. 83 und für Algerien Neue Züricher Zeitung, 29. Sep. 1982, Nr. 225, S. 10
- 39) Clawson P., a.a.o., S. 80
- 40) Castrodias, C., Sowjetische Sicherheitspolitik und unsere Interessen, in: Amo, 3/4 1981, S. 15
- 41) Samimy, S.M., a.a.o., S. 122
- 42) Le Monde vom 7.3.1980
- 43) Clawson, P., a.a.o., S. 79

- 44) Zum Militarismus der SU vgl. den ausführlichen Beitrag von Holloway, D., War Militarism and the Soviet State, in: Protest and Survive, Hrg. von Thompson, E.P., A Penguin Special 1981, S. 129-168
- 45) Jung, L., Afghanistan, Der Nachbar auf dem Vormarsch, in: Spuren, 2/80, S. 34
- 46) Castrodias, C., a.a.o., S. 17
- 47) Hierzu vgl. Samimy, S.M., a.a.o., S. 3.51
- 48) Kühnl, R., Die Welt zu Beginn der 80er Jahre, Distel-Verlag, Heft 1, 1981, S. 17
- 49) Die folgenden Ausführungen sind zum Teil vorher publiziert worden.
- 50) Die Bedeutung der Golfregion für die SU ist nicht allein auf die Ölabhängigkeit der westlichen Welt von dieser Region beschränkt. Die SU hat selbst vielfältige ökonomische und darunter auch erdölbezogene und geostrategische Interessen an der Golfregion. Vgl. dazu: Hubel, H., Die sowjetische Nah- und Mittelost-Politik, Bonn Europa Union Verlag GmbH, 1982, und Yaacov Roi (Hrg.): The limits to power, Croom Helm London 1979
- 51) Bröhmer, W., Zwei Stellungnahmen aus der Westdeutschen Linken, in: Afghanistan zwischen Marx und Mohammad, a.a.o., St. 122, Vgl. außerdem: Unsere Zeit, Zentralorgan der DKP, 29.12.1979 und 2.1.1980
- 52) Zu den erst genannten zwei Versionen vgl. Le Monde vom 16.1.1980
- 53) UNO-Chronicle, March 1980, Vol. XVII, S. 108
- 54) Le Monde vom 16.1.1980
- 55) Stern vom 31.1.1980
- 56) The Sunday Telegraph, June 24, 1984
- 57) Ebenda
- 58) Permanent Peoples' Tribunal, Afghanistan Session, Stockholm 1-3 May, 1981, Vgl. S. 10, 14 und 17
- 59) Ebenda
- 60) Ebenda
- 61) Ebenda
- 62) Ebenda, S. 11
- 63) Ebenda, S. 13
- 64) Ebenda, S. 14
- 65) Ebenda, S. 14
- 66) Ebenda, S. 17
- 67) Ebenda, S. 23
- 68) Roy, O., Afghanistan, a.a.o., S. 79
- 69) Ebenda
- 70) Vgl. den Beitrag von Sigris, Ch., Paschtunwali - Das Stammesrecht der Paschtunen, in: Revolution in Iran und Afghanistan, Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main, 1980, S. 264-280
- 71) Vgl. Bindemann, R., Zur Sozialgeschichte der Hazarah-Bauern im Zentralhochland von Afghanistan, Magisterarbeit, Freie Universität Berlin, 1978
- 72) Vgl. Holzwarth, W., Abgabesystem und dörfliche Organisation der Tajiken Badakhsans im 19. und 20. Jhd., Magisterarbeit an der FU Berlin, 1978
- 73) Wittfogel, K.A., die Orientalische Despotie, Ulstein Materialien, 1977, S. 9
- 74) Ebenda, S. XIV
- 75) Repräsentativ hierzu s. den Beitrag von: Münckler, H., Partisanen der Tradition, in: Der Monat, 1/1981, Feb., März 1981, S. 109-115 und dazu eine erweiterte Version von ihm: Afghanistan, Legitimität der Tradition und Rationalität der Modernisierung, in: Beilage zur Wochenzeitung, Das Parlament. B 21/82, 29 Mai, S. 32-44

76) Vgl. hierzu u.a. Leclerc, G., Anthropologie und Kolonialismus, ein Ulstein Buch, München 1976, vor allem zweiter Teil, S. 37-93

77) Said, E.W., Orientalismus, Ulstein Materialien, Ulstein 1981, S. 232

78) Ebenda, S. 229

79) Tibi, B., Orientalismus und Afghanistan: Die Wurzeln einer Sichtweise, s. S. 6 in: Afghanistan, Renner-Institut, Wien 1984, S. 4-14

80) Ebenda

81) Vgl. Samimy, S.M., a.a.o., S. 61-91

82) Zur Darstellung des afghanischen Unabhängigkeitskampfes. Darstellung am Beispiel der "Nationalen Einheitsfront", Khalid, D., Afghanistan's Struggle for National Liberation, in: Internationales Asienforum, Vol. II (1989), Nr. 3/4, S. 197-228

83) Albrecht U., Der sowjetische Einmarsch, in: Afghanistan, eine Sowjetrepublik, Rowohlt Taschenbuch Verlag 1980, S. 129

84) Permanent Peoples' Tribunal, a.a.o., S. 23

Die Genfer Afghanistan-Vereinbarungen^{*} Hintergründe, Verlauf und Perspektiven

O. Vorbemerkungen:

Der 14. April 1988 war ein sonnenbeschienener Donnerstag. In den Straßen der schweizerischen Konferenzstadt Genf flanierten frohgestimmte Menschen und erfreuten sich an blühendem Frühlingsgrün. Drinnen im 'Palais des Nations' saßen sich vier Männer gegenüber, die unter den Augen eines fünften, gewichtige Dokumente unterzeichneten. Auf einer Seite saß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Peres de Cuellar, flankiert von dem Unterhändler des Kabuler Regimes, Abdul Wakil, und dem der pakistanischen Regierung, Zain Noorani. Ihnen gegenüber auf der anderen Seite saßen die Vertreter der Großmächte; der Außenminister der USA, George Schultz, und der Sowjetunion, Edward Schewardnadse. Sie machten Gesichter, als herrschten sibirische Minustemperaturen. Dabei hätte doch das, was da so feierlich zelebriert wurde, ihnen Anlaß zu großer Freude sein sollen: Ein Frieden ward geschlossen - so jedenfalls hieß es landauf, landab.

Aber war das wirklich ein echter Friedensvertrag? Im folgenden werden wir das zu untersuchen haben.

Im ersten Teil dieses Beitrages wird auf die im Vorfeld der Unterzeichnung der Genfer Afghanistan-Vereinbarungen aufgetretenen Hemmnisse und Positionen eingegangen. Dem schließt sich eine Darstellung der in den Vereinbarungen enthaltenen vier Dokumenten und des dazu zählenden Memorandums an. Zum Schluß werden die daraus resultierenden Konsequenzen - in einer kritischen Würdigung - beleuchtet.

I. Im Vorfeld der Genfer Afghanistan-Vereinbarungen: Hemmnisse, Positionen und Anstrengungen

Die am 2. März 1988 in Genf wieder aufgenommenen "Indirekten Gespräche" zwischen Islamabad und Kabul über eine politische Lösung des Afghanistankonfliktes, wurden von den Medien fast einheitlich mit dem Prädikat 'Schlußrunde' versehen.

Hierzu gab es auch berechtigten Anlaß; und das nicht nur, weil der Unterhändler der Vereinten Nationen, Diego Cordovez, im Vorfeld der neuen Runde seine Pendel-Diplomatie besonders aktiviert hatte, sondern auch die